

kritisch + denken + lernen

Nr. 1, November 2013

Der erschöpfte Planet Grundzüge eines ökologischen Sozialismus

Dr. Eckhard Fascher



Rosa Luxemburg
Stiftung Niedersachsen e.V.



Impressum

Titelfoto: ©Stephan Krull

Layout Umschlag: Katrin Herrmann

Druck: Interdruck Berger + Herrmann GmbH, berger@interdruck.net

Herausgeber: Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.

Otto-Brenner-Str. 1, 30159 Hannover, www.rls-nds.de

November 2013, Schutzgebühr 2,00 Euro

ViSdP: Stephan Krull

Der erschöpfte Planet

Grundzüge eines ökologischen Sozialismus

Dr. Eckhard Fascher

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Der erschöpfte Planet	7
2.1 Radioaktive Verseuchung und nukleare Kriegsgefahr	7
2.2 Klimakatastrophe und Abbrennen fossiler Brennstoffe	9
2.3 Erschöpfung natürlicher Ressourcen	13
2.4 Zerstörung von Wald, Boden und von Arten	14
2.5 Produktionsweise und zunehmende Vergiftung	17
2.6 Ozonloch	19
2.7 Wer hat von 200 Jahre Industrialisierung profitiert?	20
2.8 Armut, Hunger und Kriegsgefahr als Folgen der Erwärmung und der globalen Umweltzerstörung	22
3. Ökologischer Kapitalismus versus Sozialismus?	23
3.1 Grüne und ihr Green New Deal	24
3.2 Alternative Ökologischer Sozialismus?	26
3.3 Zukunftsfähigkeit und Wachstum	28
3.4 Plan oder Markt?	31
3.5 Umweltprobleme und Sozialismus	32
3.6 Technische Innovation durch die Privatwirtschaft?	33
3.7 Steuerung und Sozialverträglichkeit des Umbaus in der Marktwirtschaft	36
3.8 Partei DIE LINKE, die Ökologie und der »Plan B«	38
4. Grundzüge einer Kreislaufwirtschaft	40
4.1 Produktion in Kreisläufen	41
4.2 Energiewende	44
4.3 Gesunde Nahrung für Alle	49
4.4 Verkehrsvermeidung	53
4.5 Zusammenfassung	56
5. Demokratie und Planung durch öffentliches Eigentum	57
5.1 Was muss öffentlich sein?	58
5.2 Weltweite Planung?	60
5.3 Statt Globalisierung Regionalisierung und Dezentralisierung	62
5.4 Starke und demokratische Kommunen	64
5.5 Existenzsicherheit statt Konkurrenz	67
5.6 Freie und neue Bildung im Ökologischen Sozialismus	70
6. Wie kann man das ändern?	72
6.1 Wie sollten sich Linke in aktuellen Kämpfen positionieren?	72
6.2 Der Kampf um das (öffentliche) Eigentum	74
6.3 Buen Vivir en America Latina – Erste Ansätze?	75
6.4 Zur Rolle der Gewerkschaften und den Verteilungskampf	77
6.5 Neuer Lebensstil von unten	79
7. Zusammenfassung	81

1. Einleitung

Liebe Leserin, Lieber Leser,

mit dieser Broschüre beginnen wir eine kleine Reihe von Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen. Wir stellen damit Positionen, Diskussionen und Forschungsergebnisse aus der Arbeit unserer Stiftung vor und zur Diskussion, beginnend mit dem Thema »Der erschöpfte Planet – Grundzüge eines ökologischen Sozialismus.«

Der Autor Eckhard Fascher ist promovierter Sozialwissenschaftler (Universität Göttingen) und seit vielen Jahren aktiv als Kommunalpolitiker im Kreistag von Göttingen sowie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen. Tief beeindruckt und nachhaltig beeinflusst hat ihn ein mehrjähriger Aufenthalt in Mocambique.

Ausgehend von nuklearer Verseuchung, Klimakatastrophe und erschöpften Ressourcen fragt der Autor in kritischer Geschichtsbetrachtung, wer von der Art und Weise unserer Produktion und von 250 Jahren Industrialisierung profitiert (hat). Ist eine Ökologisierung der Produktion ein erfolgversprechender Ausweg aus der selbst verschuldeten Krise? Müssen die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere die Profitorientierung, überwunden werden? Geht Ökonomie ohne Wachstum? Und wenn nicht – welches Wachstum brauchen wir und wie erreichen wir dafür einen gesellschaftlicher Konsens, einen globalen „Plan“? Sind Regionalisierung und Dezentralisierung von Produktion eine hinreichende Alternative? Ist öffentliches Eigentum per se die bessere Eigentumsform und welche konkrete Form hat denn öffentliches Eigentum?

Wie soll sich die Linke dazu positionieren, welche Rolle spielen Gewerkschaften und können wir von anderen lernen – zum Beispiel von Buen vivir in Lateinamerika?

Erste Antworten und Vorschläge dazu sind das Ergebnis der Überlegungen des Autors – ein Angebot zur weiteren Diskussion, ein Angebot, sich auch in der Bildungsarbeit mit diesen Fragen zu beschäftigen. Dafür stehen die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und der Autor weiterhin zur Verfügung.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und hoffen auf vielfältige Reaktionen, Diskussionen und kritische Stellungnahmen.

Stephan Krull

Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen
Hannover, im November 2013

2. Der erschöpfte Planet

Rund zweihundert Jahre nach Beginn der Industrialisierung droht unser Planet durch menschliches Handeln für Menschen unbewohnbar oder zumindest immer unbewohnbarer zu werden. Die Situation ist so dramatisch geworden, dass sie sich weder verdrängen noch wegdiskutieren lässt. Nach der vom World Wildlife Fund (WWF) alle zwei Jahre vorgelegten Untersuchung »Living Planet Report 2012« verbraucht die Menschheit das 1,5fache der Ressourcen, die sich jährlich erneuern. Dieser »ökologische Fußabdruck« hat sich seit 1966 verdoppelt. Hier fließt der oben beschriebene Kohlendioxidausstoß beispielsweise ebenso ein wie der Wasserverbrauch oder die abnehmenden Fischbestände. *»Geht die Entwicklung so weiter, brauchen wir im Jahre 2030 zwei Planeten.«¹*

Die Dramatik der Situation soll anhand einiger Beispiele verdeutlicht werden:

2.1 Radioaktive Verseuchung und nukleare Kriegsgefahr

Eines der größten Umweltprobleme ist die radioaktive Verseuchung durch die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie seit 1945.

Vor Beginn der zivilen Nutzung standen militärische Interessen. So befürchtete die USA, dass Nazideutschland ihnen bei der Entwicklung der Atombombe und deren möglichen Einsatz zuvorkommen würde. Die Sowjetunion forcierte danach erfolgreich ihr Atomprogramm, um mit den USA gleichziehen zu können. Ähnliches galt dann in den fünfziger Jahren für Frankreich, Großbritannien und China. Auch Indien und Pakistan wurden zu Atommächten, um jeweils das andere Land in Schach halten zu können. Auch Israel besitzt heute Atomwaffen.

Trotz Ende des Kalten Krieges reicht die heutige Atomwaffenkapazität immer noch aus, um die Erde um ein Mehrfaches zu vernichten.² Zur Zeit des Kalten Krieges stand die Menschheit mindestens zweimal vor einem Nuklearkrieg, der zur (fast) kompletten Verseuchung der Erde hätte führen können. Dies war im Oktober 1962 durch die Kubakrise und während der angespannten Situation aufgrund des US-SDI-Programms³ 1983 der Fall. Im Herbst 1983 hätte es aufgrund von technischen Fehlinformationen zu einem sowjetischen Atomschlag kommen können.⁴

1 www.wwf.de/2012/mai/raubbau-an-der-natur-geht-unvermindert-weiter/bl/1/listid/12937/backpid/186/ Grundsätzlich wurden die zitierten Quellen aus dem Internet in der ersten Jahreshälfte 2012 abgerufen und am Ende des Monats Juni 2012 noch einmal überprüft.

2 <http://www.atomwaffena-z.info/atomwaffen-heute/die-atomare-welt/overkill/index.html> Seite des Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen«.

3 Strategic Defense Initiative (SDI) mit der unter dem US-Präsidenten 1983 ein Abwehrschirm gegen Interkontinentalraketen errichtet werden sollte und damit US-seitig das Gleichgewicht der »nuklearen Abschreckung« aufgehoben werden sollte.

4 Dokumentarfilm »ZDF History - 1983 - Die Welt am Abgrunde«, abrufbar über You tube.

Traurige Höhepunkte der zivilen Nutzung der Atomenergie sind die Atomunfälle von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011. In der Umgebung von Tschernobyl ist ein Gebiet von 40.000 km² auf unabsehbare Zeit nicht mehr bewohnbar und für die Landwirtschaft unbenutzbar.⁵ Durch die Atomkatastrophe von Fukushima sind weite Teile des dicht besiedelten Ost- und Nordostjapans betroffen. Nach Angaben des japanischen Umweltministeriums ist ein Gebiet von 2400 km² radioaktiv so verseucht, dass es nicht mehr betreten werden kann. Erhebliche Mengen von Radioaktivität sind auch in den Pazifik und die dortigen biologischen Kreisläufe gelangt.⁶

In Majak/ Russland, 1.700 km östlich von Moskau, wurde 1957 durch die Explosion eines Tanks mit radioaktivem Abfall ein Gebiet von 20.000 km² verseucht.⁷ Die Wiederaufarbeitungsanlage im britischen Sellafield geriet 1957 außer Kontrolle. Polonium und Jod entweichen, der Vorfall wird vertuscht. Nach Angaben von Global 2000, einer österreichischen Umweltorganisation habe sie auch im »Normalbetrieb« massiven Schaden angerichtet: Die Radioaktivität würde sich großflächig im Atlantischen Ozean verteilen, Plutonium lasse sich in den Zähnen englischer Kinder nachweisen.⁸ Die WAA Sellafield und ihr französisches Pendant La Hague wurden primär aus militärischen Gründen errichtet.

Durch die rund 622 Atomwaffentests in der Atmosphäre sind zwischen 1945 und den achtziger Jahren weitere radioaktive Substanzen in die Atmosphäre gebracht wurden. Einzelne Gebiete sind noch immer unbewohnbar. Die radioaktive Verseuchung betrifft nicht nur einzelne abgegrenzte Gebiete: Mittlerweile ist kein Flecken der Erde mehr frei von zusätzlicher radioaktiver Belastung durch die zivile oder militärische Nutzung der Atomenergie.⁹

Auch die Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen ist (bisher) weltweit nahezu ungeklärt. Es ist auch äußerst fraglich, ob radioaktiver Müll über Zehntausende oder gar Hunderttausende von Jahren überhaupt sicher eingelagert werden kann.

Mit der Freisetzung dieser radioaktiven Stoffe wurde dem Ökosystem Erde ein Problem aufgeladen, dass die Menschheit in seiner zeitlichen Dimension nicht überblicken kann.¹⁰

5 <http://umweltinstitut.org/radioaktivitat/20-jahre-tschernobyl/belastung-von-lebensmitteln-62.html> (Homepage des Umweltinstitut München).

6 www.spiegel.de/wissenschaft/technik/atomkatastrophe-fukushima-japan-muss-gewaltige-bodenmengen-entsorgen-a-788831.html und Onlinelexikon Wikipedia »Strahlungsbelastung durch die Nuklearunfälle von Fukushima«

7 Onlinelexikon Wikipedia »Kyschtym-Unfall«.

8 www.global2000.at/site/de/wissen/atom/atomeuropa/article-akwuk.htm(Seite von Global 2000).

9 alt.global2000.at/files/Teil9radioaktiv.pdf. Auch: Onlinelexikon Wikipedia »Kernwaffentest«.

10 So beträgt beispielsweise die Halbwertszeit des häufig hergestellten Plutoniums 239 etwa 24.000 Jahre.

Nach einer Statistik der Internationalen Atomenergieorganisation waren während des Fukushima-GAU 437 Atomkraftwerke in Betrieb, dies ist eine seit 2002 relativ stabile Zahl. Trotz Fukushima setzen aber etliche Länder weiterhin auf den Ausbau der Atomenergie. Dies gilt beispielsweise für China, wo etwa fünfzehn Atomkraftwerke in Betrieb und 24 im Bau sind sowie der Anteil der Atomenergie bis 2020 verdoppelt werden soll.¹¹ Auch die Nachbarstaaten Südkorea, Russland und Indien wollen die Atomenergie noch deutlich ausbauen, während einzelne europäische Staaten wie Deutschland, Spanien, Belgien, die Schweiz sowie Japan aussteigen wollen, wobei jedoch der Ausstieg erst jeweils in den 2020er Jahren abgeschlossen sein wird. Österreich und Italien sind bereits ausgestiegen.¹² In Frankreich, wo drei Viertel des Stroms nuklear erzeugt wird, ist mittlerweile nach Fukushima das Atomprogramm politisch umstritten.¹³

Beim Ausblenden des Endlagerproblems und der möglichen Gefahren galt die zivile Atomenergie als effiziente und kostengünstige Form der Energieerzeugung. Die Stromerzeugung rechnet sich vor allem bei bereits abgeschriebenen Reaktoren. Da im Betrieb befindliche Atomkraftwerke kein Kohlendioxid ausstoßen, werden sie beispielsweise in Schweden und ursprünglich auch von der Regierung Merkel bis Fukushima als klimafreundliche Brückentechnologie bezeichnet. Hermann Scheer, bis zu seinem Tod 2010 Präsident von Eurosolar wies nach, dass nur die Interessen von Energiekonzernen für diese »Brückentechnologie« sprechen.¹⁴

2.2 Klimakatastrophe und Abbrennen fossiler Brennstoffe

Der wichtigste Rohstoff für das Funktionieren der heutigen globalisierten Weltwirtschaft ist das Erdöl, gefolgt von Erdgas und Kohle. Das Abbrennen dieser fossilen Brennstoffe hat aber zu einem massiven Anstieg des CO₂-Ausstosses und damit zu einem ständig ansteigenden Anteil in der Atmosphäre geführt wie die unten stehende Tabelle¹⁵ verdeutlicht:

11 Onlinelexikon Wikipedia »Liste der Kernreaktoren in der Volksrepublik China« und http://www.focus.de/finanzen/news/kernenergie-china-wirbt-um-deutsche-atomexperten_aid_631583.html

12 Onlinelexikon Wikipedia »Kernenergie nach Ländern«

13 Frankreich: Ist der Atomausstieg möglich, Arte vom 13.3.13, abrufbar über You tube. Diskussion zur Atomkraft in Frankreich. Onlinelexikon Wikipedia »Kernenergie in Frankreich«. Sozialisten und Grüne haben sich kritisch zur Atomenergie geäußert. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnte nach Fukushima die Atomenergie ab.

14 Hermann Scheer, Der energetische Imperativ, 2010, S. 85ff.

15 www.volker-quaschnig.de/datserv/CO2/index.php Der Autor stützt sich für die älteren Daten auf das WorldResources Institute bis 1990, für die neueren Emissionswerte ab 1990 auf die Internationalen Energieagentur und für die neueren Werte der CO₂-Konzentration auf die National Oceanic and Atmospheric Administration der USA. Für die Emissionen 1990 wurde ein Mittelwert gebildet, ansonsten die Werte gerundet.

Jahr	1860	1900	1950	1975	1990	2000	2005	2010
CO ₂ -Emmission/ Jahr in Mio t.	333	2.000	6.000	16.900	22.000	23.725	27.100	30.600
CO ₂ -Konzentration ppm	rd. 280			331	354	369	379	389

Diese erhöhte Konzentration von Kohlendioxid sowie einem steigenden Anteil von Methan und Distickstoffmonoxid (Lachgas) in der Atmosphäre haben nachweislich zu einem Temperaturanstieg von 0,8 Grad Celsius in diesem Jahrhundert geführt.¹⁶

Das Kohlendioxid ist hieran mit etwa 75 Prozent beteiligt, Methan mit etwa 15 Prozent und Lachgas mit knapp 8 Prozent.

Methan entsteht vor allem bei der Viehhaltung und durch biochemische Abbauprozesse auf Mülldeponien, Lachgas entsteht beim Abbau von mineralogischen Stickstoffdünger. Die Methankonzentration in der Atmosphäre hat seit der Industrialisierung um mehr als das Doppelte zugenommen, die Konzentration von Lachgas um 17 Prozent.¹⁷

In Deutschland liegt der Anteil von Kohlendioxid an den Treibhausgasen bei etwa 86 Prozent, in der EU-15 betrug er 81 Prozent. Emittenten sind die Energiewirtschaft mit Anteilen in den 200 Jahren um die 40 Prozent, der Verkehr mit rund 20 Prozent. Die Landwirtschaft liegt in Deutschland bei rund 8 Prozent, in der EU-15 bei zehn, dies ist für Deutschland eine ähnliche Höhe wie die Industrieprozesse. Auffallend ist in Deutschland der sich verringende Anteil der deutschen Privathaushalte.¹⁸

Beim Verkehr ist eine ständig steigende Tendenz zu beobachten. So verandert-halbfachten sich die Treibhausgase für den Internationalen Verkehr zwischen 1990 und 2005 und betragen 3,5 Prozent an den weltweiten CO₂-Emissionen.¹⁹

Der beginnende Klimawandel zeigt sich bereits durch eine Erhöhung des Meeresspiegels, der Zunahme von extremen Wetterlagen wie Dürren, Hitzeperioden,

16 Onlinelexikon Wikipedia »Globale Erwärmung«.

17 www.oekosystem-erde.de/html/treibhausgase.html (Homepage des Diplombiologen Jürgen Paeger, der Berater für betrieblichen Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Managementsysteme sowie Autor verschiedener Bücher zu Reisen und Natur ist. (vgl. www.amazon.de). Zu Methan auch: <http://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Methan>

18 Hierbei handelt es sich um verschiedene Daten des Umweltbundesamtes aus; <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=2541>

19 www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=2346

Hochwasser oder Wirbelstürme. Diese »Wetterkapriolen« würden sich durch einen weiteren Temperaturanstieg verschärfen. Wie sich dann beispielsweise die Meeresströmungen, u.a. der für Europa wetterbestimmende Golfstrom verändern, ist bisher kaum erforscht.

Obwohl das Problem grundsätzlich erkannt worden ist, steigen die weltweiten Kohlendioxidemissionen stetig weiter an. Auch die Methankonzentration hat im Jahr 2010 Rekordwerte erreicht. Laut Daten der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Vereinten Nationen stieg der Anteil der CO₂-Moleküle in der Atmosphäre innerhalb eines Jahres um 2,3 Millionstel (2,3 ppm). Zum Vergleich: In den vergangenen zehn Jahren nahm er im Schnitt um 2,0 ppm zu, in den 1990er-Jahren um 1,15 ppm.²⁰ Hier ist Deutschland, obwohl eines der wenigen Länder mit gesunkenen Kohlendioxidemissionen, immer noch eines der Hauptemittenten.²¹

Bereits ein Verharren der jährlichen Kohlendioxidemissionen auf dem heutigen Stand würde zu einem weiteren deutlichen Anstieg der Kohlendioxidkonzentration und damit zu einer weiteren Erwärmung führen. Damit würde das weitere Abschmelzen des arktischen und antarktisches Eisschildes, von Gletschern bzw. der sibirischen Tundra drohen. Vor Sibirien bahnt sich eine drastische Verschärfung der Klimasituation an. Russische Forscher haben alarmierende Hinweise gefunden, dass der gefrorene Boden im Schelfmeer der Arktis auftaut und eingelagertes Methan freisetzt. Die Folge wäre eine katastrophale Erderwärmung – Methan ist ein noch stärkeres Treibhausgas als CO₂.²²

Dies sind Ereignisse, die das Klima durch zusätzliches Freisetzen von Kohlendioxid und Methan noch anheizen und zu einem völlig unkontrollierbaren Temperaturanstieg führen würden.

Notwendig wäre eine schnelle deutliche weltweite Reduzierung der Kohlendioxidemissionen bis hin zu einem kompletten Ausstieg, wenn man einen deutlichen Temperaturanstieg und die damit verbundenen dramatischen folgen noch vermeiden will.

Bereits 1992 wurde in der Klimarahmenkonvention von New York grundsätzlich die Notwendigkeit einer Senkung der Kohlendioxidemissionen anerkannt. Im Kyoto-Protokoll 1997, das mittlerweile von fast allen Staaten bis auf die USA ratifiziert worden ist, gab es verbindliche Verpflichtungen einzelner Staaten zur Kohlendioxidreduktion, die in den meisten Fällen, insbesondere auch von den

20 Tagesschau.de vom 21.11.2011: Immer mehr Treibhausgase in der Atmosphäre.

21 Onlinelexikon Wikipedia »Liste der größten Kohlenstoffdioxidemittenten«. Die Reduktion lässt sich auch auf die Entindustrialisierung Ostdeutschlands nach 1990 zurückführen.

22 www.spiegel.de/wissenschaft/natur/auftauendes-methaneis-sibriens-klimagas-tresor-oeffnet-sich-a-547716.html

angelsächsischen und westeuropäischen Staaten, nicht eingehalten worden sind. Aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu Beginn der neunziger Jahre wurden lediglich in den ehemaligen Ostblockstaaten Einsparungen von mehr als 20 Prozent im Jahre 2007 gegenüber 1990 erreicht.²³

Um die Verhinderung der Erwärmung von mehr als zwei Grad - das erklärte Ziel der 194 Vertragsstaaten der Klima-Rahmenkonvention - mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent zu erreichen, dürfte die Treibhausgas-Konzentration nicht über 400 ppm steigen. Hierzu müssten die Kohlendioxidemissionen bis 2050 um 90 Prozent sinken. Allerdings drohen auch bei einem Temperaturanstieg zwischen 1,5 und 2 Grad ein Massensterben von Amphibien und Reptilien, große Meeresverluste verbunden mit einem Anstieg des Meeresspiegels sowie Beeinträchtigungen der gesamten Nahrungsmittelproduktion in Afrika und Indonesien und Wasserknappheit. Indigene Völker und besonders Inselstaaten halten das 2-Grad-Ziel hingegen für zu wenig ambitioniert und plädieren in internationalen Verhandlungen für eine Verschärfung auf mindestens 1,5°C.²⁴

Wenn man sich den Ablauf und das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Durban im Dezember 2011 ansieht, dann scheint selbst das Zwei-Grad-Ziel nur noch schwer und eine Begrenzung auf 1,5 Grad kaum noch erreichbar zu sein.²⁵

Die Folgen eines solchen von Menschen gemachten Temperaturanstiegs lassen sich kaum vorhersehen. Auch die Einschränkung auf zwei Grad würde über die Temperaturschwankungen der letzten 12.000 Jahre hinausgehen.²⁶

Nach dem Klimagipfel in Doha (Katar) Anfang Dezember 2012 hat sich diese resignative Einschätzung noch verstärkt. Nach Einschätzung der Organisation Germanwatch wird deutlich, *»dass der politische Wille, angemessen auf die Dringlichkeit des Klimawandels zu reagieren, derzeit bei den wichtigsten Akteuren China, USA und EU noch nicht sichtbar ist.«*²⁷

Wie oben beschrieben wurde 1992 grundsätzlich die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Klimawandel durch die Weltgemeinschaft anerkannt, ohne dass sich die Nutzung von Erdgas, Erdöl und Kohle und damit der Anstieg des Treibhausgasausstoßes weltweit verändert hätte. Selbst die zu erwartende Knapp-

23 Stephan Kaufmann/ Tazio Müller, Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009, S. 139ff und Online-Lexikon Wikipedia »Kyoto-Protokoll«.

24 Kaufmann/ Müller, S. 136ff und Online-Enzyklopädie Wikipedia »2-Grad-Ziel«

25 In Durban verständigten sich die einzelnen Staaten darauf, global erst ab 2020 eine Senkung der Kohlendioxidemissionen einzuleiten.

26 Temperatur-Veränderungen im Holozän, aus: Onlinelexikon Wikipedia »Klimageschichte«.

27 <http://germanwatch.org/de/Doha2012>

heit der fossilen Brennstoffe ändert daran nichts. Die Stimmungslage mag zwar in Deutschland eine andere sein, aber eine deutliche Mehrheit der Staaten wie die USA und selbst das von den Folgen des Klimawandels stark bedrohte China weigern sich schnelle Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen.

Wo liegt die Ursache? Stephan Kaufmann stellt fest: *»Regierungen sehen sich also mit dem Problem konfrontiert, dass Klimaschutz einerseits Kosten bedeutet, der Antrag dieser Kosten sich andererseits nicht exklusiv verwenden lässt. Die Bedingungen der kapitalistischen Nutzung – der Ausschluss Anderer von den Ergebnissen des eigenen Aufwandes ist nicht gegeben.«* Das Kernproblem beim Zustandekommen einer Vereinbarung sieht er auch darin, dass jeder Staat im Interesse »seiner« Wirtschaft darum kämpft, noch möglichst viele Verschmutzungsrechte realisieren zu können.²⁸

Aber was macht die fossilen Energieträger so attraktiv? Elmar Altvater sieht als wesentlichen Faktor, dass diese gegenüber den regenerativen Energien eine enorme Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse ermöglichen.²⁹

2.3 Erschöpfung natürlicher Ressourcen

Bei einem immer noch ansteigenden Verbrauch der fossilen Brennstoffe ist deren Ende absehbar. Schätzungen gehen von rund 30 weiteren Jahren für Erdgas und Erdöl aus, bei Kohle von noch knapp 200 Jahren. Zwar werden immer noch neue Vorkommen entdeckt, deren Förderung wird aber zunehmend schwieriger. So finden sich neue Vorkommen häufig in ökologisch sensiblen Bereichen wie beispielsweise in der Arktis oder Antarktis bzw. auf dem Meeresboden oder sind nur mit fragwürdigen Fördermethoden wie durch das Fracking³⁰ zu erschließen.

Der wichtigste Stoff ist das Erdöl, von dem vor allem der Verkehr und damit auch die Mobilität abhängt. Um die Jahrtausendwende wurde der Verkehr fast ausschließlich mit Erdöl angetrieben. Im Jahr 2006 wurden weltweit vierzig Prozent des Öls für den wachsenden Transportbereich verwendet, in der EU sogar sechzig Prozent.³¹

Dabei ist der Höchststand einer möglichen Förderung des Erdöls, der Peak Oil, bereits erreicht oder wird in den nächsten zehn Jahren erreicht sein. Die weltweite Fördermenge könnte sich dann bis zum Jahre 2030 halbieren. Der Höhepunkt der

28 Kaufmann/ Müller, S. 108ff

29 Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*, Münster 2009, S. 87. Weitere ursprüngliche Vorteile der Fossilien wie Orts- und Zeitunabhängigkeit sowie ihren flexiblen Einsatz sieht er auch bei einzelnen regenerativen Energien.

30 Das Fracking ist eine umstrittene Methode zur Erdgasgewinnung durch die Pressung von flüssigen giftigen Chemikalien in die Bohrung mit erheblichen Nebenwirkungen.

31 www.ngo-online.de/2006/02/21/ol-fur-40-jahre. (Internetzeitung). Zitiert wird eine Studie des VCD.

Gasförderung wird etwa im Jahr 2025 erreicht sein. Aber auch für die Kohle wird aufgrund der weiteren ständigen Nachfrage von einem Fördermaximum zwischen 2020 und 2030 ausgegangen. Im bisherigen Verlauf der weltwirtschaftlichen Zyklen lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit und dem Erdölpreis feststellen.³² Kritische Ökonomen wie Elmar Altvater sehen hier das Grundproblem des heutigen auf Erdöl und Wachstum beruhenden Weltwirtschaftssystems.³³

Die Endlichkeit der Ressourcen betrifft aber nicht nur die fossilen Brennstoffe. Eine Untersuchung des Bundesumweltministeriums aus dem Jahre 2006 belegt, dass auch wichtige Metalle wie Antimon (verwendet für wichtige Legierungen), Indium (Stromleiter), Silber (Elektronik, Fotografie, Katalysator), Gold (Elektronik, Optik, Medizin) und Strontium (Monitore) bei gleichbleibendem Verbrauch nur noch wenige Jahrzehnte zur Verfügung stehen.³⁴

2.4 Zerstörung von Wald, Boden und von Arten

Zu einem weiteren Anheizen des Klimas trägt auch die Zerstörung der tropischen Regenwälder bei, da hier große Mengen von Kohlenstoff gespeichert sind. Im Jahre 1950 hatte der Anteil von tropischen Regenwäldern an der Weltgesamtoberfläche noch elf Prozent betragen, heute ist es etwa die Hälfte. In den kommenden zwei Jahrzehnten könnte sich dieser Anteil erneut halbieren. Bei einer völligen Zerstörung der tropischen Wälder würde sich der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre um ein Viertel erhöhen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt trägt die Entwaldung mit mindestens 17 Prozent zum Treibhauseffekt bei.³⁵

Die Vegetation und die Böden speichern etwa die dreifache Menge des Kohlenstoffes, der sich in der Atmosphäre befindet. Außerdem vergrößern und regenerieren Wälder den Wasserkreislauf, erhalten die Wasserqualität, verhindern Versteppungserscheinungen, mildern Klimaextreme, schwächen schädliche Wind- und Sturmwirkungen ab und schützen gegen Erosion (Abtragung der Erde durch Wasser).

Wälder, insbesondere die Regenwälder, sind so für das weltweite Wetter verantwortlich. Wenn sie verschwinden, wird das Auswirkungen auf das gesamte Klima haben. Der Regenwald im Amazonasgebiet produziert 20 Prozent des weltweiten

32 Winfried Wolf, Sieben Krisen und ein Crash, 2009, S.154 und www.energieverbraucher.de/de/Energiebezug/Heizoel/Ende-des-Oels_337/ContentDetail_9922/ (Homepage des Bundes der Energieverbraucher)

33 Altvater, S.108

34 Siegfried Behrendt/ Michael Scharp, Seltene Metalle – Maßnahmen und Konzepte zur Lösung des Problems konfliktverschärfender Rohstoffausbeutung am Beispiel des Coltan, 2006 S.14 (ausschließlich download über www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3182.pdf oder auch Klaus Engert, Ökosozialismus – Das geht!, 2010, S.16f)

35 www.klima-sucht-schutz.de/klimaschutz/klimawandel/die-abholzung-der-waelder.html (Kampagne des Bundesumweltministerium) Nach Angaben des Weltklimarates 2007.

Sauerstoffes und zwei Drittel der gesamten Frischwasserreserven. Durch den Verlust des Regenwaldes würde auch die biologische Vielfalt verloren gehen, denn hier existiert das größte und vielfältigste Pflanzenreservoir der Erde.³⁶

Aber nicht nur die Pflanzen und Tiere des tropischen Regenwaldes sind vom Aussterben bedroht: Betroffen sind weltweit rund ein Drittel aller nacktsamigen Pflanzenarten, 29 Prozent der Amphibien, 21 Prozent der Säugetiere und 12 Prozent der Vögel. Ursache ist vor allem das Verschwinden und die unten beschriebene Vergiftung der Lebensräume.

Die Folgen sind unübersehbar: Jede aussterbende Art hinterlässt eine Lücke im Ökosystem Erde mit unbekanntem Folgen. Bedroht sind auch eine Vielzahl von Früchte- und Gemüsearten und auch Wildpflanzen, aus denen landwirtschaftliche Nutzpflanzen gezüchtet worden sind. Betroffen ist auch die Grundlage für zahlreiche Arzneimittel und Pharmazeutika, u.a. krebsbekämpfende Pflanzen.³⁷

Ursachen der Abholzung der Regenwälder sind vor allem der Futtermittelanbau für die Massentierhaltung, der Verkauf von Tropenholz und die Förderung von fossilen Brennstoffen oder von Metallen, wofür Großgrundbesitzer oder internationale Konzerne verantwortlich sind.³⁸

Die Abholzung der Regenwälder beschleunigt die natürliche Erosion der Böden. Weitere Ursachen der verstärkten Erosion sind die industrielle Landwirtschaft beispielsweise durch schwere Maschinen oder dem Klima nicht angepasste landwirtschaftliche Praktiken sowie die Nutzung nicht geeigneter Flächen. Eine Vertreibung von Kleinbauern in für die Landwirtschaft nicht geeignete Gebiete wirkt sich verstärkend aus. In trockenen Ländern wie z.B. dem Irak ist zudem ein großer Teil des Bodens durch Versalzung verloren gegangen: Bei Bewässerung wird in trockenen Ländern das dadurch in den Boden gelangte Salz nicht mehr ausgewaschen. Mittlerweile gelten weltweit 23 Prozent der Böden als durch die Erosion geschädigt. Auch mehr als ein Fünftel des Weidelandes ist durch Überweidung nur noch eingeschränkt nutzbar.

Ein weiteres Problem stellt die auch durch neue Verkehrsflächen noch immer zunehmende Überbauung dar. Bei weiter wachsender Bevölkerung und gleich bleibender Erosion und Überbauung wird die weltweite Ackerfläche pro Kopf von 0,33 Hektar (1986) auf 0,15 Hektar im Jahr 2050 absinken.³⁹

36 www.scribd.com/doc/263805/Der-tropische-Regenwald von Harry Müller.

37 Engert, S. 18f

38 www.faszination-regenwald.de/info-center/zerstoerung/ursachen.htm (Homepage der Initiative »Faszination Regenwald«)

39 www.oekosystem-erde.de/html/bodengefaehrung.html Detlef Bimboes, Götz Brandt/ Johanna Scheringer-Wright/ Zukunftsgerechte Landwirtschaft in Deutschland, Beiträge zur Umweltpolitik 1/2010, abrufbar unter www.oekologische-platt-

Mittlerweile werden auf rund zehn Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlandes gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Die meisten Flächen liegen in den USA (45 Prozent) und Brasilien (17 Prozent) und machen dort jeweils rund vierzig Prozent des verfügbaren Ackerlandes aus. In Argentinien, Paraguay und Uruguay sind sogar zwei Drittel der Ackerflächen mit Genpflanzen bepflanzt. Das EU-Gebiet hingegen ist weitgehend gentechnikfrei. Angebaut werden vor allem gentechnisch verändertes Soja, Mais, Baumwolle und Raps.⁴⁰

Einmal angebaute gentechnisch veränderte Pflanzen können sich auch in bisher von Genpflanzen freie Gebiete verbreiten. So finden sich mittlerweile auch in Europa in nahezu allen – auch biologischen – Lebensmitteln Spuren von Genahrung. Obwohl in Europa die grüne Gentechnologie wegen ihrer Umstrittenheit kaum angewendet wird, dienen Genmais und Gensoja als billige Futtermittel für die europäische Massentierhaltung. Die Folgen sind bisher nicht ausreichend erforscht und unabsehbar: So stehen genbelastete Lebensmittel im Verdacht, Allergien auszulösen.⁴¹

Auch die sozialen Folgen vor allem in Lateinamerika sind verheerend: Für den großflächigen Anbau von Gensoja oder Genmais durch Konzerne oder Großgrundbesitzer werden Regenwälder gerodet und die einheimische indigene Bevölkerung vertrieben oder ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Sojabohnen beispielsweise des Konzerns Monsanto sind gentechnisch so verändert, dass sie gegen giftige Herbizide des gleichen Konzerns resistent sind. Der dadurch mögliche großflächige Einsatz dieser Herbizide führt zur Vergiftung, nicht nur der Lebensmittel, sondern der gesamten Umgebung.⁴²

Verantwortlich für diese Entwicklung sind vor allem internationale Konzerne. Am Beispiel von Monsanto lässt sich nachweisen, dass hier ein Konzern gentechnisch verändertes Saatgut entwickelt, gleichzeitig seine Verwendung und den Handel kontrolliert, dazu die »passenden« Herbizide bereitstellt und auch über eigene Anbauflächen verfügt. In großen Teilen der USA und einigen anderen Gebieten ist es so für Landwirte kaum noch möglich, sich dem zu entziehen und eben nicht nur Saatgut bei Monsanto zu kaufen. In den USA und Teilen Südamerikas dominieren bei Mais, Soja und Baumwolle inzwischen schon die gentechnisch veränderten Pflanzen.⁴³

form.de/?p=10915. 17 gehen davon aus, dass weltweit sogar bereits 38 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen geschädigt sind.

40 www.bund.net/themen_und_projekte/gentechnik/kommerzieller_anbau/weltweit/ (Homepage des BUND) und Online-Lexikon Wikipedia, »Grüne Gentechnik«.

41 www.planet-wissen.de/natur_technik/forschungszweige/gentechnik/gruene_gentechnik.jsp (Homepage des WDR)

42 Dokumentarfilm von Friends of Earth Uruguay und Europe, Vergiftetes Land – die Folgen des Soja-Anbaus (abgerufen über YouTube), auch Dokumentarfilm über Monsanto: Marie-Monique Robin: Monsanto mit Gift und Genen, Frankreich 2007.

43 Dokumentarfilm über Monsanto: Marie-Monique Robin: Monsanto mit Gift und Genen, Frankreich 2007, abrufbar über

2.5 Produktionsweise und zunehmende Vergiftung

Durch die Produktion gefährlicher Stoffe gelangen über hunderttausend verschiedene Chemikalien in die Umwelt. Eine wichtige Rolle spielt dabei - wie oben dargestellt - der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, eine andere übernahm die Ablagerung gefährlicher Chemikalien in ungesicherten Müllkippen.

Sicher ist, dass Pestizide sich gesundheitsschädlich für ihre Anwender auswirken. Wie sich ein ständiger Genuss relativ geringer Mengen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte auf den Verbraucher der konventionell erzeugter Lebensmittel auswirkt, ist umstritten. Gesetzliche Grenzwerte sind ebenfalls umstritten, zumal einzelne Menschen sehr unterschiedlich reagieren. Vergleicht man jedoch die Zahl der Krebserkrankungen in Ländern mit industrieller Lebensmittelerzeugung wie Nordamerika und Westeuropa gegenüber solchen mit überwiegend traditioneller Erzeugung wie in Indien, so fallen signifikante Unterschiede auf.⁴⁴

Anhand des Umgangs mit einzelnen Lebensmittelzusatzstoffen wie Aspartam, das in unabhängigen Studien als krebserregend eingestuft wird, zeigt sich, das im Interesse der Lebensmittelindustrie durchaus Gesundheitsgefährdungen in Kauf genommen werden.⁴⁵

Mittlerweile werden pro Jahr 150 Millionen Tonnen biologisch nicht abbaubare Kunststoffe (Plastik) produziert. Das Problematische daran ist, dass die chemische Zusammensetzung des Plastiks in aller Regel nur den Herstellern bekannt ist und als Firmengeheimnis gilt. Die meisten Kunststoffe enthalten auch gesundheitsgefährdende Chemikalien. So kann das als Weichmacher eingesetzte Bisphenol A in Polycarbonat, das u.a. auch für Trinkgefäße, Lebensmittelverpackungen und Babyspielzeug eingesetzt wird, Krebs verursachen oder die Fruchtbarkeit einschränken und es wurde deshalb vom Bundesgesundheitsamt als bedenklich eingestuft. In Österreich wurde die Produktion von Babyschnullern aus Polycarbonat wegen der darin enthaltenen Weichmacher verboten. Auch der Umgang mit anderen häufig verwendeten Kunststoffe wie dem Polyvinylchlorid (PVC), das u.a. für Babyartikel und Kinderspielzeug verwendet wird, kann Krebs erzeugen, da sich im PVC noch unreaktierte Reste des giftigen Ausgangsproduktes Vinylchlorid befinden können. Bei fast allen

You Tube.

44 Dokumentarfilm »Unser täglich Gift« von Marie-Monique Robin, Frankreich 2011, abrufbar über You Tube. Der Film dokumentiert die gesundheitlichen Folgen der industriellen Ernährung und den Umgang von Behörden damit. www.informationenergymedicine-association.com/continued-education/manfred-doepp-articles/krebs-international/

Die Daten beruhen auf Angaben der Weltgesundheitsorganisation. Sicherlich spielen auch andere Faktoren wie die allgemeine Umweltverschmutzung eine große Rolle, jedoch fällt die geringe Rate in Indien gegenüber Teilen Südamerikas oder dünnbesiedelten Industriestaaten wie Australien und Kanada auf.

45 Dokumentarfilm »Unser täglich Gift«.

dieser Kunststoffarten ist das Recycling wegen der giftigen Nebenbestandteile problematisch.

Immerhin verfügt die EU seit 2006 mit der REACH-Verordnung (EG) 1907/2006 über ein Regelwerk zur Registrierung und Überprüfung von Chemikalien. Wie die bis 2010 amtierende Umweltkommissarin Margot Wallström aber einräumte, ist jedoch eine wirksame Kontrolle aller Kunststoffe kaum durchführbar.⁴⁶

Problematisch ist Kunststoff auch in den Weltmeeren: Im nördlichen Pazifik treiben mehrere Millionen Tonnen Kunststoffmüll in einem Strudel von der doppelten Größe Deutschlands. Nach einer Studie der UNEP, der Umweltorganisation der Vereinten Nationen, befinden sich in diesem Strudel bis zu 13.000 Kunststoffteile auf jedem Quadratkilometer Meeresfläche. Auf ein Kilogramm Plankton kommen hier sechs Kilogramm Kunststoff, der dort etwa 16 Jahre verbleibt. Jedes Jahr tötet dieser Müll mehrere hunderttausende höhere Meerestiere. Auch im nördlichen Atlantik gibt es eine vergleichbare Menge von Plastikmüll.⁴⁷

Die in Europa übliche Müllverbrennung sorgt dafür, dass viele giftige Stoffe wie zum Beispiel Quecksilber, Arsen, Schwermetalle oder Dioxine freigesetzt werden. Durch die Verbrennung einer Tonne Müll entstehen 400 kg Asche, 200 Liter verschmutztes Wasser, 5000 Kubikmeter giftige Abgase und Feinststäube auf einer 300fach größeren Fläche wie der ursprüngliche »Abfall«.⁴⁸

Eine Verschärfung dieser Müllproblematik und der zunehmenden Knappheit von Rohstoffen wird durch die geplante Obsoleszenz (künstlicher Alterungsprozess) hervorgerufen. Wichtige Konsumgüter wie Computer, Monitore und Telefone werden so konstruiert, dass sie nach einer gewissen Zeit defekt werden und dann zur Ankurbelung des Konsums neu gekauft werden müssen. Erste Absprachen durch das Phöbuskartell betrafen 1924 Glühbirnen, deren Haltbarkeitsdauer auf 1000 Stunden begrenzt wurde, obwohl damals schon eine vielfache Brenndauer bei gleichem Materialaufwand technisch möglich war.⁴⁹

Eine Verseuchung mit Schwermetallen tritt vor allem dort auf, wo Metalle gewonnen oder verarbeitet werden. Als Beispiele zu nennen sind Orte wie Tianying in China, wo die Hälfte des chinesischen Bleis produziert wird, Sukinda/ Indien

46 Zu den Gefahren von Plastik allgemein: Werner Boote, Film Plastic Planet, 2009, zu den einzelnen Kunststoffen: www.global2000.at/site/de/wissen/chemikalien/kunststoff/article-kunststoffliste.htm (Homepage der Umweltorganisation Global 2000). Von Seiten der Industrie werden Gesundheitsgefährdungen bestritten.

47 Onlinelexikon Wikipedia »Plastikmüll in den Ozeanen«. Zitiert wird auch eine Studie des UN-Umweltschutzprogramm: Marine Litter – An analytical overview Umweltprogramm der Vereinten Nationen, 2005.

48 Vortrag Christian Jooß, Naturinsperierte Technik und Kreislaufwirtschaft, Folie 17.

49 Online-Lexikon Wikipedia »Obsoleszenz«, ausführliche Dokumentation: Film »Kaufen für die Müllhalde«, Frankreich 2010, abrufbar über You tube.

(Produktion von Chromiterz), Norlisk/ Sibirien (Kupfer- und Nickelproduktion), La Oroya/ Peru (Metallschmelze) oder Kabwe/ Sambia (Bleimine und -Produktion). In allen diesen Orten ist die Umwelt hochgradig verseucht. In Norlisk und Kabwe sind dies 60 bzw. 20 km im Umkreis. Gesundheitliche Schäden treten insbesondere bei Kindern auf, da deren vor allem noch nicht voll entwickeltes Nervensystem geschädigt wird. Hinzu kommen Unfälle wie im Oktober 2010 in Ajka/ Ungarn, als 700.000 Tonnen Aluminiumschwamm zwei Dörfer und jedes Leben in den Flüssen Torna und Marcal zerstörte.⁵⁰ Gezielt erfolgt z.B. in Chile oder Rumänien der Goldabbau mit hochgiftigen Cyaniden, die die Beschäftigten unmittelbar und die Bevölkerung in der Folge über das vergiftete Trinkwasser krank machen.

Immer wieder kommt es auch bei der Ölproduktion oder dem Transport von Rohöl durch Öltanker zu Unfällen. So ist durch die Ölpest im Golf von Mexiko im Sommer 2010 der gesamte Küstenabschnitt der am Golf liegenden US-Staaten betroffen. Die Spätfolgen können je nach Biotop mehrere Jahrzehnte andauern.⁵¹

Bisher gibt es nur wenig Anzeichen, dass die Produktion von nicht abbaubarem Kunststoff, der Verseuchung durch Schwermetalle oder der massive Einsatz in der Landwirtschaft überdacht werden würde, auch wenn die Probleme grundsätzlich bekannt sind. Auch eine weltweite Kontrolle der verwendeten Chemikalien erfolgt nicht. Offensichtlich ist es nicht gewünscht oder bei den gegenwärtigen Strukturen möglich, hier Regelungen gegen die Interessen von Wirtschaftskonzerne durchzusetzen, obwohl wie unten gezeigt wird, eine andere Produktionsweise möglich ist.

2.6 Ozonloch

Ein weiteres existenzielles Problem ist die Zerstörung der Ozonschicht in der Atmosphäre, die lebensnotwendig ist, um die ultraviolette Strahlung der Sonne abzuhalten.⁵² Insbesondere über der Antarktis zeigt sich seit den Beginn der achtziger Jahre ein vor allem im dortigen Spätwinter/ Frühjahr zunehmendes Ozonloch. Ursächlich sind die ab 1930 technisch hergestellten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die vor allem als Kältemittel in Kältemaschinen, als Treibgas für Sprühdosen, als Treibmittel für Schaumstoffe sowie als Reinigungs- und Lösungsmittel eingesetzt worden sind. Diese sind extrem langlebig und verbleiben bis zu über hundert Jahren in der Atmosphäre.⁵³

50 www.oekosystem-erde.de/html/rohstoffe.html

51 www.wwf.de/themen/meere-kuesten/oelpest-im-golf-von-mexiko/

52 Die Ozonschicht (O₃) bildete sich innerhalb der letzten 2,5 Mrd. Jahre durch die Sauerstoffproduktion der Pflanzen in der Atmosphäre (14–35 km Höhe). Sie schirmt uns vor der ultravioletten Strahlung der Sonne ab. Ultraviolettes Licht ist so energiereich, dass es Mikroorganismen tötet – nur im Schutz des Meeres konnte deswegen Leben entstehen, bevor es die schützende Ozonschicht gab. vgl. www.was-ist-das-ozonloch.de

53 Onlinelexikon Wikipedia »Fluorchlorkohlenwasserstoffe« (abgerufen: 28.12.2011) Diese zersetzen in einer chemischen

Das anders als beim Klimaschutz internationale Vereinbarungen zum Schutz der Lebensgrundlagen möglich sind, zeigten die Konferenzen 1987 in Montreal und 1990 in London, die ein weltweites Verbot der FCKW ab dem Jahre 2000 ermöglichen.

Problematisch dabei ist allerdings, dass die in vielen Fällen anstelle der FCKW eingesetzten Fluorkohlenwasserstoffe zwar nicht die Ozonschicht schädigen, aber dafür zum Treibhauseffekt beitragen.⁵⁴ Das in der Fertigung von Photovoltaikplatten eingesetzte Stickstofftrifluorid mit einem Treibhauspotential des 10.000 – fachen von CO₂ ist bei den weltweiten Klimakonferenzen schlicht nicht berücksichtigt worden.

Immerhin lässt sich insgesamt seit den 2000er Jahren eine leichte Abnahme des FCKW in der Atmosphäre beobachten. Jedoch hatte gerade im letzten Jahrzehnt im September das Ozonloch in der Antarktis seine größten Ausdehnungen, die größte im Jahre 2006 mit 27,5 Mio. km². Trotz der leichten Abnahme in der Atmosphäre tauchte in der bisher wenig betroffenen Arktis erstmals im März 2011 ein Ozonloch von der fünffachen Größe Deutschlands auf. Erst ab Mitte des Jahrhunderts kann nach optimistischen Einschätzungen mit einer Normalisierung gerechnet werden.⁵⁵

2.7 Wer hat von 200 Jahre Industrialisierung profitiert?

In den letzten zweihundert Jahren hat eine Explosion der ökonomischen Möglichkeiten, aber auch der weltweiten Bevölkerungsentwicklung stattgefunden. Während um Christi Geburt bis etwa 1000 Jahre danach nur 300 Mio. Menschen auf der Erde lebten, wuchs die Bevölkerungszahl von rund eine Mrd. um 1800, über zwei Mrd. im Jahre 1927 und vier Mrd. im Jahre 1974 auf im Jahre 2011 rund sieben Mrd. Menschen an. Seit 1962 ist die jährliche Wachstumsrate dabei von 2 auf 1,1 Prozent abgesunken. Der Höhepunkt wird bei etwas über 9 Mrd. im Jahre 2050 liegen.⁵⁶

Die Explosion des wirtschaftlichen Pro-Kopf-Wachstums hat ebenso wie die Bevölkerungsexplosion nach 1820 stattgefunden. Elmar Altvater weist dabei nach, dass die einzelnen Weltregionen während der historischen Entwicklung sehr unterschiedlich von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert haben. So befindet sich Afrika am Ende des letzten Jahrhunderts etwa auf dem Niveau Westeuropas und seiner Siedlungskolonien in Nordamerika und Australien von 1820 und damit

Kettenreaktion die O³-Moleküle, insbesondere bei extremer Kälte.

54 Onlinelexikon Wikipedia »Fluorkohlenwasserstoffe«.

55 Onlinelexikon Wikipedia »Ozonloch und <http://ozoneaq.gsfc.nasa.gov> (Daten der NASA zum Ozonloch.)

56 Onlinelexikon Wikipedia »Bevölkerungsentwicklung«, auch englische und portugiesische Fassung.

um den Faktor 15 mal niedriger als die Industrieländer.⁵⁷ Mittlerweile haben Menschen im reichsten Fünftel der Erde 90mal mehr Ressourcen zur Verfügung wie im ärmeren Fünftel mit steigender Tendenz, gegenüber dem dreißigfachen 1969.⁵⁸

Da in den einzelnen Ländern jeweils eine Oberschicht von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert hat, sind die ökonomischen Unterschiede eher noch ausgeprägter. Zwar gibt es prozentual gesehen einen Rückgang der Menschen, die von weniger als 2 Dollar am Tag leben müssen, von knapp 70 Prozent auf nunmehr 47 Prozent in den Entwicklungsländern, jedoch zeigt sich dieser Rückgang vor allem in China, während er in Subsahara-Afrika mit über 70 Prozent konstant geblieben ist. Auch in Südasien wird noch ein ähnlicher Wert erreicht.⁵⁹

Auch wenn der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung von 37 Prozent im Jahre 1969 auf 16 Prozent 2010 gefallen ist, so ist die absolute Zahl leicht gestiegen und liegt bei knapp einer Milliarde Menschen. Betroffen sind vor allem in der Landwirtschaft tätige Kleinbauern, Landlose, Fischer oder Viehzüchter sowie mit einem Anteil von rund 20 Prozent Menschen in städtischen Elendsvierteln. In einzelnen Industrieländern hat der Hunger zugenommen. So sind in den an sich reichen USA 12 Prozent aller Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Dieser Anteil hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.⁶⁰ Diese Zahlen zeigen deutlich, dass trotz weltweiter positiver Entwicklung es unter den gegenwärtigen Strukturen nicht möglich ist, allen Menschen auf der Erde ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Auch die »Deutsche Welthungerhilfe« benennt als strukturelle Ursache dieser Armut die Marktmacht der industrialisierten Länder, die günstige Preise für Rohstoffe und unverarbeitete Nahrungsmittel durchsetzen, während sie sich selbst mit Zollschränken vor verarbeiteten Lebensmitteln schützen können. So liegen die Beihilfen für ein europäisches Rind mit 2,5 Euro/ Tag höher als das Einkommen der meisten Afrikaner.⁶¹

Vor allem die oben dargestellte Durchsetzung der industriellen Landwirtschaft ist verantwortlich für die schwierige ökonomische Situation vieler Kleinbauern. Hinzu kommen die durch diese Produktionsweise verursachten ökologischen Probleme und der Raubbau an den landwirtschaftlichen Ressourcen. Eine Situation, die sich durch den Klimawandel und die fortschreitende globale Umweltzerstörung noch verstärken wird.

57 Altvater, S. 92f.

58 Deutsche Welthungerhilfe, Entwicklungspolitische Infographiken, 2004, S.10, Quelle: UNO

59 www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52680/armut, Die Bundeszentrale für politische Bildung bezieht sich dabei auf Daten der Weltbank aus dem Jahre 2008.

60 Onlinelexikon Wikipedia »Welthunger«. Zu den USA, auch: <http://feedingamerica.org/hunger-in-america/hunger-studies/hunger-study-2010/key-findings.aspx>

61 Deutsche Welthungerhilfe, Entwicklungspolitische Infografiken. April 2006, S. 15ff. Download unter www.welthungerhilfe.de/infografiken.html

2.8 Armut, Hunger und Kriegsgefahr als Folgen der Erwärmung und der globalen Umweltzerstörung

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind die Folgen dieser fortschreitenden Zerstörung unserer Existenzgrundlagen deutlich sichtbar. Aufgrund des beginnenden Klimawandels haben bereits die »Wetterkapriolen« zu genommen. Es gibt immer mehr Überschwemmungen, extreme Dürre oder Wirbelstürme.

Die 2007 erschienene Studie der Bundesregierung »Sicherheitsrisiko Klimawandel« sieht als Hauptgefahren die Erschwerung des Zugangs zu Süßwasser, die Gefährdung der Ernährungssicherheit und Vernichtungen von Existenzgrundlagen durch eine Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen.⁶²

Betroffen sind vor allem Regionen in Afrika, Asien und Lateinamerika. In den betroffenen Regionen Afrikas nehmen Ernteauffälle und Trinkwasserknappheit zu. In Asien, wo vor allem die bevölkerungsreichen Staaten China, Indien, Pakistan und Bangladesch betroffen wären, drohen zusätzlich Flutkatastrophen, in der Karibik zusätzliche Wirbelstürme. Die Schmelze der Gletscher in den Anden könnte den Amazonas-Regenwald gefährden mit unabsehbaren Folgen. Hunderte von Millionen Menschen würden in diesen Gebieten ihre Heimat und Lebensgrundlage verlieren und fliehen müssen.⁶³

Diese Probleme werden durch die Zerstörung der tropischen Wälder und der oben beschriebenen Vergiftung von Böden, Wasser und Luft noch verschärft und vor allem diejenigen betreffen, die in den Ländern des Südens von Ackerbau oder Fischfang leben müssen.

Eine zunehmende Verknappung von Nahrungsmitteln, Wasser oder Bodenschätzen würde zusätzlich bewaffnete Konflikte anheizen. So sieht der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon 2007 den Darfur-Konflikt als Folge des beginnenden Klimawandels an, da der Konflikt zwischen den verschiedenen Ethnien während der Dürrezeit ausgebrochen war.⁶⁴ Ein bewaffneter Konflikt zwischen den Groß- und Atom-mächten China und Indien um die Wasservorräte des Himalaja wäre in Zukunft möglich. Auch in der sich auftauenden Arktis könnte es zu Problemen zwischen Russland und den nordamerikanischen Staaten kommen.⁶⁵ Eine im Jahre 2003 erschienene Studie des Pentagon kommt zu ähnlichen teilweise noch gravierenden Ergebnissen, da dort von einem Abschwächen des Golfstromes mit gravierenden

62 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Sicherheitsrisiko Klimawandel- Zusammenfassung, S.2f.

63 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung, , S.4.

64 www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,489141,00.html

65 ZDF-Dokumentarfilm Der erschöpfte Planet – Machtfaktor Erde, abrufbar unter You tube. Ein indischer General hält einen Krieg um Wasser mit China für möglich. In Indien hatte es bereits zwischen zwei Bundesstaaten einen bewaffneten Konflikt um Wasser gegeben, der von der Bundesarmee niedergeschlagen wurde.

klimatischen Folgen für Westeuropa (ähnliche Bedingungen wie Sibirien) ausgegangen wird. Auch wird befürchtet, dass bewaffnete Konflikte zunehmen und auch Bündnisse erodieren könnten. So werden bewaffnete Konflikte selbst innerhalb der EU werden für möglich gehalten. Einzelne Staaten insbesondere in Asien könnten dabei auch Atomwaffen einsetzen.⁶⁶

Die Nahrungsmittelkrise wird auch das »Land Grabbing« verstärken, da Staaten wie China, Indien, Südkorea, Japan und Saudi Arabien, die bei wachsender Bevölkerung selbst nicht über genügend Ackerland verfügen, sich in ärmeren Ländern bebaubare Flächen sichern werden, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Die bisher dort lebenden Kleinbauern würden dann vertrieben,⁶⁷ so dass weitere hungernde Menschen produziert würden.

In der Studie der Bundesregierung wird für die Zukunft die weitere Herausbildung gescheiterter Staaten wie Somalia oder gar gescheiterter Regionen, insbesondere in der Sahelzone befürchtet. Es wird nicht so sehr mit bewaffneten Konflikten zwischen Staaten gerechnet, sondern eher mit Bürgerkriegen oder staatlichen Verfallsprozessen. Auch eine internationale Verständigung wäre immer schwieriger.⁶⁸

Erste der beschriebenen gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen des Klimawandels sind bereits sichtbar. In welcher Intensität diese auch bei einem Noch-Erreichen des Zwei-Grad-Zieles auftreten würden, lässt sich kaum vorhersagen, da es vergleichbare Erfahrungen bisher nicht gibt.

3. Ökologischer Kapitalismus versus Sozialismus?

Die ökologische Krise ist global und wird unübersehbare Folgen haben, wenn wir ihr nicht entgegen steuern. Doch wo liegen die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen, lassen sich diese überhaupt in den gegebenen Strukturen lösen?

Hierzu gibt es unterschiedliche Auffassungen unter denjenigen, die grundsätzlich die Problematik der ökologischen Krise erkannt haben. Als Antipoden sollen hier die Ansichten derjenigen vorgestellt werden, die die Krise innerhalb des bestehen-

66 Peter Schwartz/ Dougg Randall, An abrupt Climate Change Scenario and its implications for United States National Security, 2003, (abrufbar über: <http://www.greenpeace.org/international/en/publications/reports/an-abrupt-climate-change-scena/>), S.17.

67 <http://land-grabbing.de/land-grabbing/> (Homepage des FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V zu Land-grabbing).

68 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Sicherheitsrisiko Klimawandel- Zusammenfassung, S.5f.

den Wirtschaftssystemen lösen wollen. In Deutschland sind diese im Wesentlichen mit den Grünen und ihren Green New Deal identisch und andererseits denjenigen, die die kapitalistischen Strukturen überwinden möchten. Darin knüpfen sich als wesentliche Konfliktpunkte die Fragen an, inwieweit ein fortwährendes Wachstum noch sinnvoll ist und inwieweit eine ökologische Wirtschaft noch marktgesteuert sein kann.

3.1 Grüne und ihr Green New Deal

Mit ihrem Programm zur Bundestagswahl 2009 **Der grüne neue Gesellschaftsvertrag** bekennen sich Bündnis 90/ Die Grünen auf ihrem Bundesparteitag im Mai 2009 zum Green New Deal als einer Konzeption zur gleichzeitigen Bewältigung von wirtschaftlicher und ökologischer Krise. Ein staatlicher Investitionsschub bei ökologischen Technologien soll wie in den dreißiger Jahren der New Deal des US-Präsidenten Theodor Roosevelt die Wirtschaft wieder ankurbeln helfen. Einerseits erhofft man sich ein erneutes wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen, andererseits den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft einleiten zu können.⁶⁹ Die Grünen möchten durch die Ermöglichung neuer Investitionen eine Millionen Arbeitsplätze schaffen.⁷⁰

Bei solchen Konzepten werden die Gründe der ökologischen Krise nicht im kapitalistischen Wirtschaftssystem gesehen, sondern in einer Fehlentwicklung. Marktwirtschaftliche Mechanismen wie Kapitalverwertung, Konkurrenz, ökonomisches Wachstum werden sogar als notwendig zur Lösung der ökologischen Krise begriffen.⁷¹ Im grünen Programm heißt es dazu. *»Wir müssen (...) auch die Regeln des internationalen Finanzsystem und des internationalen Handelns so verändern, dass die Globalisierung sozial und ökologisch wirkt.«*⁷² Für den Vorstand der parteinahen Heinrich Böll-Stiftung Ralf Fücks ist *»Der Kapitalismus (ist) ein hocheffizientes wirtschaftliches System, das bisher noch jede Krise und jede Opposition in einen Investitionsschub verwandelt habe.«*⁷³

Dabei bekennen sich die Grünen zwar grundsätzlich auch zu einer wirtschaftlichen Betätigung durch den öffentlichen Sektor, insbesondere für die Grundversorgung von wichtigen öffentlichen Gütern wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, Internet, Müllabfuhr oder Wasser. Eine Bereitstellung durch Private wird aber

69 Frank Adler/ Ulrich Schachtschneider, Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? 2010, S. 302. Auch im Bundestagswahlprogramm 2009 von Bündnis 90/ Die Grünen, S.15 u. S.26 findet sich dieser Bezug.

70 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.29ff. Diese sollen in den Bereichen Ökologische Modernisierung, Gesundheit und Bildung liegen sowie durch den Abbau der Schwarzarbeit entstehen.

71 Adler/ Schachtschneider, S. 257f.

72 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.17.

73 Ralf Fücks/ Kristina Steenbock, Die grosse Transformation, Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen, 2007, S.2 (runterladbar: www.boell.de/downloads/E-Digest07-03FuecksSteenbockEndf.pdf)

nicht ausgeschlossen. Auch ein gemeinwohlorientierter Sektor und die Möglichkeit der Übernahme von Betrieben durch die Belegschaft werden anerkannt.⁷⁴

Ökologisches Handeln und Produzieren über Preise, eine ökologische Steuerreform und Emissionshandel sollen gefördert werden.⁷⁵

Mit einer Mischung aus möglichen staatlichen Regelungen und Anreizen sollen Klimaschutzmaßnahmen erreicht werden. Dies betrifft ein Verbot von Atom- und Kohlekraftwerken und staatliche Zuschüsse zur Energieeinsparung und für die Entwicklung regenerativer Energien. Die Grünen bekennen sich dabei zu einer Bahn in öffentlicher Hand und wollen den Flugverkehr durch die Beendigung von Steuervorteilen und einer stärkeren Belastung unattraktiv machen.⁷⁶ Auch die ökologische Landwirtschaft soll finanziell gefördert werden, Agrarsubventionen für konventionelle Großbetriebe sollen ebenso wegfallen wie Exportsubventionen für Lebensmittel. Biopatente sollen abgeschafft werden und Gentechnologie verboten werden.⁷⁷

Auch wenn die Grünen sich grundsätzlich zur Globalisierung bekennen, fordern sie eine teilweise Einschränkung des Freihandels, etwa um höhere Preise für Exportprodukte von Entwicklungsländern durchzusetzen oder Möglichkeiten für diese, sich vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen.⁷⁸

Die Grünen wollen durch diese Maßnahmen die soziale Situation verbessern, ohne grundsätzlich die gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage zu stellen. Dabei fällt auf, dass zwar Forderungen nach sozialen Verbesserungen gestellt werden, diese aber vergleichsweise bescheiden ausfallen.⁷⁹

Auffallend ist, dass zwar insgesamt staatliche Strukturen mehr Macht bekommen sollen, um einen ökologischen Umbau zu ermöglichen, dabei aber die Konzentration von ökonomischen Eigentum und ökonomischer Macht weder in Frage gestellt noch hinterfragt wird. Insgesamt bleibt mit Bernd Ihme zum Green New

74 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.33ff.

75 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.55ff. Es sollen keine Verschmutzungsrechte mehr ausgegeben werden. Auf diesen Punkt wird im Kapitel 3.7. Steuerungsmöglichkeiten und Kostenverteilung des Umbaus in der Marktwirtschaft näher eingegangen.

76 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.66ff.

77 Bundestagswahlprogramm Grüne. S. 128f und 137ff.

78 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.206ff.

79 Bundestagswahlprogramm Grüne, S.7ff So bekennen sie sich zu einem sanktionsfreien Grundeinkommen von 420 Euro plus Miete Verbesserungen von Anrechnungen für die Erwerbslosen. 400.000 Stellen sollen in einem »sozialen Arbeitsmarkt« geschaffen werden. Bildung soll kostenlos sein.

Bundestagswahlprogramm Grüne, S.36f. Auch ein gesetzlicher Mindestlohn von lediglich 7,50 Euro wird gefordert und soll nach der Einführung durch eine Kommission (Arbeitgeber, Gewerkschaften und Wissenschaft) festgelegt werden.

Deal und den Grünen festzustellen: »Es geht darum, Lösungen für gesellschaftliche relevante Probleme einzuleiten und Machtkonstellationen zu verändern, ohne aber die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten.«⁸⁰

Wie unten dargestellt, hatten die Grünen ursprünglich eine marktwirtschaftskritische Position. Ursächlich für eine Umorientierung war hier der Zusammenbruch der Staaten des real existierenden Sozialismus, der sowohl ökologisch als auch ökonomisch gescheitert war. Planwirtschaften wird nicht zugetraut, die notwendigen Innovationen für einen sozialökologischen Umbau zu vollziehen.

3.2 Alternative Ökologischer Sozialismus?

Ökosozialismus bezeichnet einen partizipativ-demokratischen Sozialismus mit einer ökologischen Ausrichtung.

Innerhalb der Linken gab es auch schon in früheren Jahrhunderten vor 1960 einzelne Vordenker, die sich der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen bewusst waren. In den achtziger Jahren war diese Strömung innerhalb der Partei Die Grünen zeitweise dominant, um nach der Niederlage des real existierenden Sozialismus in den neunziger Jahren vorübergehend aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verschwinden.

Eine internationale Konstituierung eines ökologischen Sozialismus fand 2007 mit der Gründung des Ökosozialistischen Netzwerkes (Ecosocialist International Network) statt. Gründungsmitglieder waren sechzig Personen aus allen Teilen der Welt mit Schwerpunkt in Lateinamerika.⁸¹

Die wichtigste Erklärung des Netzwerkes ist die Ökosozialistische Erklärung von Belem, die während des Weltsozialgipfels im Jahre 2009 entstanden ist. Diese beginnt mit einer grundlegenden Kritik am Kapitalismus und einer Beschreibung der ökologischen Probleme, insbesondere der zu erwartenden Folgen des Klimawandels. Damit grenzt sich der Ökologische Sozialismus sowohl von der »kapitalistischen Marktökologie« als auch vom »sozialistischen Produktivismus« ab, »die das ökologische Gleichgewicht der Erde und ihre Grenzen ignorieren« würden. »Er definiert den Weg und das Ziel des Sozialismus neu im Rahmen des demokratischen und ökologischen Rahmens.«⁸² Dies bedeute eine grundsätzliche Abwendung vom quantitativen Wachstum. Voraussetzung ist eine Kollektiv-

80 Bernd Ihme, Nachhaltige Entwicklung – Sozial-Ökologischer Umbau – Kernbereiche Linker Politik: in Kontroversen 02/2010, S.4.

81 Auf der Homepage des ökosozialistischen Netzwerkes finden sich verschiedene Dokumente in zumeist englischer oder auch spanischer Sprache zum Internationalen Ökosozialismus: www.ecosocialistnetwork.org/Docs/Mfst02/BelemDeclaration.htm

82 Die Ökosozialistische Erklärung von Belem 2009, S.1, abrufbar über www.islinke.de/pdf/oekosoz_manifest2.pdf

rung der Produktionsmittel, um eine demokratische Entscheidungsfindung im Bereich der Wirtschaft zu erreichen. Eine Lösung der ökologischen Probleme innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen Strukturen erscheint unmöglich: *»Unbegrenzte ökonomische Expansion ist unvereinbar mit endlichen und fragilen Ökosystemen, aber das kapitalistische Wirtschaftssystem kann keine Grenzen des Wachstums ertragen, sein andauernder Bedarf an Expansion wird alle Grenzen sprengen (...).«*⁸³

Als grundlegende Menschenrechte für Alle werden der Zugang zu chemiefreien Lebensmitteln, sauberem Wasser, zu fruchtbaren Böden und zu erneuerbaren Energie definiert.⁸⁴

Wesentliche Ziele sind:

- Umstellung auf regenerative Energien (unter Kontrolle der Kommunen),
- ein öffentliches Transportsystem,
- eine Produktion von ausschließlich wiederverwertbaren Gütern,
- nachhaltige, möglichst lokale Agrarökosysteme.

Umgesetzt werden soll der Ökosozialismus mit Hilfe der unter den bestehenden Bedingungen leidenden Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere in den Ländern des Südens.⁸⁵

Auch in Deutschland bildet die Ökosozialistische Erklärung von Belem den Beziehungspunkt für Ökosozialisten. Deutlich wird dies bei Konferenzen der Bildungsgemeinschaft SALZ zu Ökologie und Sozialismus in Kassel, die jeweils im März der Jahre 2010 und 2011 stattgefunden haben und deren Abschlusserklärungen ausdrücklich Bezug zu Belemers Erklärung nehmen.⁸⁶

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es sich beim Ökologischen Sozialismus um ein alternatives Gesellschaftsmodell handelt, das alle Lebensbereiche umfasst.

Hauptkritikpunkte an Vorstellungen des Green New Deal sind demzufolge, dass mit der Beibehaltung der Marktwirtschaft, weiterhin auf Wachstum gesetzt wird, ein sozialer Ausgleich kaum möglich erscheint und die Steuerungsmöglichkeiten als zu gering erachtet werden.⁸⁷

83 Ökosozialistische Erklärung, S.1.

84 Ökosozialistische Erklärung, S.4.

85 Ökosozialistische Erklärung, S.5.

86 www.bildungsgemeinschaft-salz.de/ Hier finden sich ausführliche Informationen zu beiden Konferenzen.

87 So auch bei Ulrich Schachtschneider, Wie grün muss die Linke sein? Grün muss links sein, RLS standpunkte 7/2007, S.5 Dieser benennt diese Punkte als Fehler eines Finanzmarktkapitalismus, die es als LINKE herauszustellen gelte.

3.3 Zukunftsfähigkeit und Wachstum

In der heutigen Wirtschaftspolitik gilt ein möglichst hohes Wachstum als erstrebenswertes Ziel, das faktisch von allen größeren Parteien – ursprünglich auch von den LINKEN – angestrebt wird, wenn auch durchaus umstritten ist, wie dieses erreicht werden kann.

Wie oben dargestellt haben über die ganze Menschheitsgeschichte hinweg die einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert.⁸⁸ In einzelnen afrikanischen Entwicklungsländern geht trotz hohem Wachstum diese komplett an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei.⁸⁹ Nimmt man die oben dargestellten ökologischen Probleme hinzu, von denen vor allem wieder die ärmeren Kleinbauern betroffen sind, so verstärken sich durch die wirtschaftliche Gesamtentwicklung deren existenziellen Probleme. Auch innerhalb der entwickelten einzelnen OECD-Staaten profitieren von Einkommenszuwächsen vor allem die Wohlhabenden, während die Geringverdienenden leer ausgehen.⁹⁰ Dies widerspricht einem propagierten Automatismus zwischen Wachstum und der Verbesserung der Lebensverhältnisse einer Mehrheit der Menschen. Wenn man zudem bedenkt, dass wie in der Glücksforschung festgestellt wurde, ein Zuwachs vom materiellen Wohlstand nach einer sicheren Befriedigung der Grundbedürfnisse kein Zugewinn von Lebenszufriedenheit bedeutet,⁹¹ so erscheint dieses Wachstum als nahezu sinnlos.

Ist Wachstum grundsätzlich mit einer ökologischen Kreislaufwirtschaft vereinbar? Michael Braungart und William McDonough als Verfechter einer Kreislaufwirtschaft üben zwar heftige Kritik an der heutigen Produktionsweise und sehen die Endlichkeit der Ressourcen, haben aber kein Problem in einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum. Provokant wird formuliert: »*Wir sollten nicht weniger verbrauchen, sondern mehr, nicht weniger schlecht produzieren, sondern intelligent.*«⁹² Sie halten ihr Modell der Kreislaufwirtschaft grundsätzlich mit einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum für vereinbar.

88 Altvater, S. 92f. Kapitel 1.6.

89 So heißt es regelmäßig in Berichten deutscher Entwicklungsorganisationen über Mosambik, dass trotz beachtlicher wirtschaftlicher Zuwächse bei der Bevölkerungsmehrheit der Kleinbauern nichts ankommt. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.: www.oecd.org/document/28/0,3746,de_34968570_34968855_41474972_1_1_1_1,00.html

Ein extremeres Beispiel ist Angola, wo nur eine kleine Minderheit vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert: Online-Lexikon Wikipedia »Angola«.

90 www.oecd.org/document/28/0,3746,de_34968570_34968855_41474972_1_1_1_1,00.html

Präsentation der OECD-Studie Mehr Ungleichheit trotz Wachstum, 2008. Die Studie untersucht die Entwicklung in den 30 OECD-Staaten. In einzelnen Ländern wie zum Beispiel Großbritannien hatte es auch einen gegenläufigen Trend gegeben, während in den weitaus meisten Ländern wie zum Beispiel Deutschland die Einkommensspreizung zugenommen hat.

91 Tim Jackson Wohlstand ohne Wachstum, 2011, S.150ff.

92 Michael Braungart/ William McDonough, Einfach intelligent produzieren, 2003, Bucheinband Rückseite.

Ähnlich sehen dies die Grünen und andere Verfechter eines Green New Deal: Der notwendige ökologische Umbau sowie der Ausbau des Bildungswesens und weiterer sozialer Dienstleistungen würde ein wirtschaftliches Wachstum auf unabsehbare Zeit notwendig machen. Da eine grundlegende Umverteilung abgelehnt wird, ist das Wachstum auch zur Armutsbekämpfung notwendig. Das Wachstum soll aber selektiv und gesteuert, also nicht um jeden Preis erfolgen.⁹³ Der den Grünen nahestehende Politikwissenschaftler Martin Jänicke fordert ein insgesamt moderates Wachstum, das nur erfolgen soll, um die ökologische Modernisierung zu erreichen.⁹⁴

Die Grünen der frühen achtziger Jahre stellten angesichts der weltweiten Umweltprobleme das Ziel eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums grundsätzlich in Frage, wobei auch ein grundsätzliches Zurückschrauben des Lebensstandards (in den reichen Ländern) gefordert wurde.⁹⁵ Eines ihrer Wahlplakate trug den Slogan »Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt«. Auch ihr zeitweiliges Mitglied, der frühere kritische DDR-Ökonom Rudolf Bahro, auf den sich viele Ökosozialisten beziehen, forderte bereits eine Reduktion »des Schadensprodukts aus Energie- und Materialdurchsatz« um den Faktor 10, der den Rückbau der industriellen Kultur erforderlich mache.⁹⁶

Die Initiative Ökosozialismus geht hier am weitesten. Da deren Initiatoren Saral Sarkar und Bruno Kern auch die Umstellung auf regenerative Energien aufgrund des erforderlichen Ressourcenverbrauchs kritisch sehen, kommt aus ihrer Sicht nur eine erhebliche Reduktion des heutigen Lebensstandards vor allem in den entwickelten Staaten in Betracht.⁹⁷

Kein eindeutiger Bezug zu einer solchen »Schrumpfungsökonomie« findet sich in der Erklärung von Belem, die aber den Wachstumsgedanken grundsätzlich kritisiert.⁹⁸ In der darauf Bezug nehmenden Kasseler Erklärung wird Konsum jenseits der Grundbedürfnisse grundsätzlich in Frage gestellt.⁹⁹

Für das Programm der Partei DIE LINKE hatte es die Ökologische Plattform in ihrer Wachstumskritik wie folgt formuliert:

93 Adler/ Schachtschneider, S. 278f.

94 www.boell.de/wirtschaftsoziales/wirtschaft/wirtschaft-12011.html

95 Bundesprogramm der Grünen 1980; Präambel, S.4

96 Adler/ Schachtschneider, S. 95.. Bahro ist 1997 verstorben.

97 Saral Sarkar/ Bruno Kern, Ökosozialismus oder Barbarei, 2008³, S. 22ff

98 Vgl. Kap. 3.2. Der Wachstumswang des Kapitalismus wäre nicht vereinbar mit endlichen Ressourcen.

99 Ökologische Et sozialistische Erklärung von Kassel 2010

»Wirtschaftlichem Wachstum kann bei zunehmendem Raubbau an Rohstoffen, zunehmendem Energieverbrauch und der damit einhergehenden Umweltzerstörung und dem absehbaren Rohstoffmangel durch Erschöpfung der Lagerstätten auch in Hinblick auf den massenhaften Ausstoß überflüssiger und überschüssiger Produkte und auch aus Rücksicht auf den Bedarf zukünftiger Generationen für die Industrieländer nicht mehr zugestimmt werden. Schrittweise muss der Weltverbrauch an Rohstoffen um 80 Prozent gesenkt werden. Es darf nicht zugelassen werden, dass auch weiterhin 20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industrieländern 80 Prozent der Weltressourcen verbrauchen. Ein Schrumpfen des Materialverbrauchs muss nicht mit einem Sinken des notwendigen materiellen Wohlstandes in den Industrieländern einhergehen. Allein durch die Umstellung der Produktion auf langlebige und reparaturfähige Güter und den Verzicht auf Rüstungsproduktion könnte die Hälfte des eingesetzten Materials eingespart werden. Wachstum auf den Gebieten der Kultur, der Bildung, der Forschung, der Gesundheit sowie der Jugend- und Sozialarbeit findet unsere Zustimmung. Auch wirtschaftlichem Wachstum in Industriezweigen, die an der Heilung und Verhinderung von Naturschäden mitwirken, kann unter Bedingungen zugestimmt werden.«¹⁰⁰

Einigkeit zwischen Markt-Grünen und Sozialisten scheint es zumindest darin zu geben, dass einzelne Bereiche (Umwelt, Bildung, soziale Dienstleistungen) ausgedehnt werden und andere wie eine umweltschädliche Produktion überwunden bzw. zurückgedrängt werden soll. Eine positive Wachstumssicht ist gepaart mit dem Glauben an technische Lösungen, während dies Wachstumskritiker sehr viel skeptischer sehen.¹⁰¹

Ein Wachstum in einzelnen Wirtschaftsbereichen durch die Umstellung auf regenerative Energien und auf eine Kreislaufwirtschaft ist die Folge dieser Umstellung. Dies wäre allerdings ein Wachstum, das in anderen Bereichen wie den fossilen Energieträgern, Verkehr oder auch Produktion von Umwelt schädlichen Gütern zu einer Reduktion führen würde. Es scheint vor einem marktwirtschaftlichen Hintergrund kaum möglich, den Rückbau der im Sinne einer Kreislaufwirtschaft überflüssigen oder schädlichen Bereiche vorzunehmen.

In Deutschland ist in punkto Energieeffizienz einiges erreicht worden, der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt mittlerweile 17 Prozent gegenüber 4 Prozent vor 25 Jahren. Die Energieproduktivität ist seit 1990 um 50 Prozent angestiegen. Problematisch dabei ist allerdings, dass diese Erfolge durch größere Wohnungen, mehr Elektrogeräte oder mehr gefahrene Kilometer wieder aufgefressen werden. Dadurch ist der Primärenergieverbrauch lediglich um zehn Prozent zurückgegan-

100 Götz Brandt, Nachhaltiges Wirtschaftswachstum???, in: Beiträge zur Umweltpolitik 1/2007

101 Adler/ Schachtschneider, S. 271 f

gen. Ähnlich sieht es bei der Rohstoffproduktivität aus.¹⁰² Es zeigt sich also ein ständiger Wettlauf zwischen Wachstum und steigender Effizienz. Im Sinne einer Klimagerechtigkeit müsste unser westlicher Ressourcenverbrauch um 90 Prozent bis zum Jahre 2050 sinken. Ulrich Schachtschneider bemerkt dazu zu Recht: »Ohne eine Infragestellung von Wachstum, seinen treibenden Kräften in Gesellschaft, Kultur und kapitalistischer Ökonomie, ohne eine Diskussion von Lebensstil und Sinn wird sich dieses Ziel nicht erreichen lassen.«¹⁰³

Langfristig stellt sich ohnehin die Frage, wie es tatsächlich nach der Einführung einer weitgehenden Kreislaufwirtschaft, die in einem technischen Kreislauf mit begrenzten, nicht unerschöpflichen Ressourcen arbeiten würde, noch zu einem Wachstum kommen könnte. Dies wäre allenfalls noch durch technische Innovationen möglich, auf die aber nicht spekuliert werden kann.

Ein unkontrolliertes Wachstum lässt sich also nicht mit einer Kreislaufwirtschaft vereinbaren. Dies wie in der heutigen Wirtschaftspolitik üblich als absolutes Ziel zu setzen, hat sich als schädlich für die Menschheit erwiesen.

3.4 Plan oder Markt?

Als marktwirtschaftliches Konzept findet sich im Green New Deal ein grundsätzlich positiver Bezug zum Markt als Steuerung der Ökonomie und zur Globalisierung. Allerdings billigen die Anhänger des Green Deal im Gegensatz zu neoliberalen Konzepten Staat und Kommunen grundsätzlich eine eingreifende Funktion zu. Wie oben dargestellt soll der Bereich der Daseinsvorsorge (Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, Internet, Energieversorgung, Müllabfuhr oder Wasser) öffentlich kontrolliert werden. Über Steuern, rechtliche Regelungen und durch öffentliche Innovationen soll die Wirtschaft in Richtung ökologische Modernisierung gelenkt werden. Auch in der Weltwirtschaft soll ein Eingriff zu Gunsten ökonomisch Schwächerer möglich sein. Dies wird allerdings als Gratwanderung gesehen, da man eine »unternehmerische Freiheit« als positiv begreift und damit im Zusammenhang Innovation und Effizienz sieht, die man keinesfalls einschränken will. Durch die Innovationskraft des Marktes soll die ökologische Modernisierung herbeigeführt werden.¹⁰⁴

Naturgemäß sehen ökologische Sozialisten die »unternehmerische Freiheit« kritisch. Im ökosozialistischen Manifest von Belem wird das Prinzip der Gewinnmaximierung als ursächlich für die existenzielle Krise benannt und mit zahlreichen Beispielen belegt. Dieses Prinzip einer Gewinnmaximierung erfordert naturgemäß

102 Statistisches Bundesamt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2012, S.5ff.

103 Ulrich Schachtschneider, Risse im Block, in: ROSALUX 2/2011, S.13.

104 Adler/ Schachtschneider, S.282 und S.285. Zusammenfassung solcher Positionen.

ein wirtschaftliches Wachstum, da sonst Investitionen unterbleiben würden, was auch im Manifest so benannt wird.

An die Stelle eines durch den Markt bestimmten Tauschwertes soll der Gebrauchswert treten. Um Ökologie und menschliche Bedürfnisse in Einklang zu bringen, bedarf es laut Manifest einer *»demokratischen Entscheidungsfindung im Bereich der Wirtschaft, in dem die Gesellschaft in die Lage versetzt wird, ihre Investitions- und Produktionsziele kollektiv zu definieren und die Kollektivierung der Produktionsmittel.«*¹⁰⁵

Dies ist eine Grundvoraussetzung, dass Wirtschaft und Produktion nicht durch den Markt gelenkt werden, sondern demokratischen Entscheidungsprozessen der Bürger unterliegen. Eine Übereinstimmung mit den Marktökologen gibt es allenfalls darin, dass die Kommunen für die Daseinsvorsorge zuständig sind, wobei diese bei den Marktbeürwortern unter kommunaler Kontrolle auch privat erbracht werden kann. Diese Befürwortung eines Marktes findet sich nicht bei den früheren Grünen. Im Bundesprogramm von 1980 findet sich immerhin ein Bekenntnis zu selbstverwalteten Betrieben, die Forderung nach *»Entflechtung von Großkonzernen«* und vor allem *»Wirtschafts- und Sozialräte«* zur Kontrolle der Wirtschaft.¹⁰⁶ Diese Aussage der damaligen Grünen nach einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft ist konsequent, da wie oben dargestellt, Versuche eine grundlegende Wende der Art des Wirtschaftens allein durch veränderte Rahmenbedingungen und internationale Vereinbarungen zu erreichen, bisher zu keinem Erfolg geführt haben. Die notwendige Orientierung der Privatwirtschaft auf Gewinne ist eben nicht unbedingt mit dem Ziel des allgemeinen Wohls in Einklang zu bringen.

Die vollständige Wende der Grünen hin zu marktwirtschaftsfreundlichen Positionen wurde auch durch das Ende des Realsozialismus im östlichen Europa und Nordasien bewirkt, der erhebliche Umweltschäden hinterlassen hatte und auch ökonomisch gescheitert war.

3.5 Umweltprobleme und Sozialismus

Wie oben dargestellt standen die Umweltprobleme in den Staaten des bis zu Beginn der neunziger Jahre real existierenden Sozialismus denen in den kapitalistischen Staaten kaum nach, was eine der Gründe der Hinwendung der Grünen zu marktliberalen Positionen war. Zu erwähnen ist hier vor allem die großflächige Verseuchung durch die Atomunfälle von Majak und Tschernobyl in der Sowjetunion oder auch durch den Uranabbau in der DDR. Hinzu kommt das Austrocknen des Aralsees durch extensive Bewässerung seines Umlandes und das Waldsterben

¹⁰⁵ Ökosozialistische Erklärung, S.4.

¹⁰⁶ Bundesprogramm der Grünen 1980, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Grundlagen und Ziele grüner Wirtschaftspolitik.

im Riesengebirge. Die oben gemachten Grundaussagen zu den Umweltproblemen treffen auf die bis 1990 nicht marktwirtschaftlich gelenkten Länder des real existierenden Sozialismus genau zu wie auf die marktwirtschaftlichen Länder. Aber sind daran die planwirtschaftlichen Strukturen schuld?

Planung der Wirtschaft existiert auch im Kapitalismus durch einzelne Unternehmen. Oberste Richtschnur ist hier, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen, wobei der Staat Rahmenbedingungen vorgeben kann. In den Staaten des real existierenden Sozialismus gab es mit der These »einholen und überholen« den Planungsgrundsatz, dass quantitativ gesehen, die Entwicklung der kapitalistischen Länder nachvollzogen werden müsse. In ökologischer Hinsicht unterschied sich die Wirtschaftsweise zwischen den Staatengruppen dadurch kaum. Ökologische Zusammenhänge schienen den Planenden kaum bekannt zu sein oder wurden als unwesentlich abgetan. Gerade unter Stalin und in der Nachkriegszeit dominierte der Gedanke, dass man natürliche Gegebenheiten auch verändern könne. Dies unterschied sie nur wenig von westlichen Ökonomen dieser Zeit.¹⁰⁷ Zusätzlich problematisch war allerdings, dass eine kritische Öffentlichkeit, die die daraus resultierenden Probleme hätte thematisieren können, in diesen Staaten nicht geduldet bzw. als prowestlich zur Schwächung des Systems agierend angesehen und verfolgt wurde. Eine Umweltbewegung als Korrektiv wie in den westlichen Staaten konnte so nicht entstehen.

Eine Inanspruchnahme von Karl Marx und Friedrich Engels für eine solche politische Praxis lässt sich aus deren Werk nicht ableiten. Marx und Engels sehen den Menschen als Teil der Natur, dessen physisches und geistiges Leben mit dieser zusammenhängt. Der brasilianisch-französische Ökomarxist Michael Löwy hat zahlreiche Belege dafür zusammengetragen, dass beide in ihrem Werk die damals bekannten Beispiele von Naturzerstörung sehr wohl gesehen und die Folgen menschlichen Raubbaus thematisiert haben, hier vor allem die Wald- und Bodenzerstörung. Die Luftverschmutzung wurde im Hinblick auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien thematisiert. Auch wenn die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen (im 19. Jahrhundert) noch nicht erkannt wurde, so wird der Gedanken einer vollkommenen Kontrolle und Beherrschbarkeit von Natur, wie er in den späteren Ostblockstaaten vielfach propagiert worden ist, abgelehnt.¹⁰⁸ Der Ökosozialist Klaus Engert führt weitere Beispiele auf und sieht in der Inanspruchnahme des Marxismus für eine »umweltblinde Fortschrittsideologie« durch die späteren Ostblockstaaten eine Fehlinterpretation.¹⁰⁹

107 Engert, S. 67ff.

108 Michael Löwy, Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, in: Utopie kreativ Heft 174, S. 306-315

109 Engert, S. 61

3.6 Technische Innovation durch die Privatwirtschaft?

Ein weiteres Argument der Grünen oder anderer Verfechter des New Deal für die Marktwirtschaft ist wie beschrieben, die Annahme, dass marktwirtschaftlich agierende Privatunternehmen am ehesten imstande sind, den sozialökologischen Umbau technisch zu bewältigen. Die Profitorientierung wird hier insofern positiv gesehen, dass sie die stärkste Triebfeder zu Innovationen darstelle. Dies muss eben nur in die richtige Richtung gelenkt werden.

Festgemacht wird diese Überlegenheit vor allem an der ökonomischen Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Staaten gegenüber denen des real existierenden Sozialismus am Ende der achtziger Jahre.

Viele der unten skizzierten einzelnen Maßnahmen für eine Kreislaufwirtschaft insbesondere in den Bereichen Energie und Produktion sind tatsächlich unter den Bedingungen des Kapitalismus erdacht worden; in ihrer Mehrheit von Menschen, die keine grundlegende Veränderung der marktwirtschaftlichen Strukturen wollen bzw. sich diese nicht vorstellen können.

Die Frage, die sich aber hier stellt, ist, ob es der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen bedarf, um solche technischen Innovationen zu ermöglichen.

Michael Braungart und William McDonough als wichtige Pioniere einer Kreislaufproduktion¹¹⁰, geht es primär darum, ihre Ideen einer Kreislaufwirtschaft umzusetzen, wobei sich ihre Produktideen notwendigerweise auch auf dem Markt verkaufen können sollen. Ihre innovativen Ideen sind aber nicht in Firmenetagen entwickelt worden.

Auch im Bereich regenerativer Energien sind die meisten skizzierten Erfindungen eher in kleineren Firmen, nicht aber von Weltkonzernen erdacht worden. Der Sozialdemokrat Hermann Scheer sah die großen Stromkonzerne als Blockierer einer Energiewende, da *»sich Sonnenergie oder Wind nicht als Ressourcen verkaufen lassen.«* Es ist eben für diese lukrativer noch den letzten Tropfen Öl, die letzten Tonnen Kohle oder Uran sowie das letzte Kubikmeter Erdgas aus der Erde zu pressen.¹¹¹ Allerdings haben auch die Energiekonzerne sich entsprechend angepasst. So sind die größten Investoren der geplanten Offshore-Windparks die selben Firmen, die bisher das Atomgeschäft unter sich aufgeteilt haben. Man will schließlich auch in etlichen Jahren noch seine Profite machen und wenn es mit Solar- oder Windstrom sein muss.

110 Auf dieses Konzept wird unter Kap. 4.1. ausführlich eingegangen.

111 Scheer, S.10.

Auch im Bereich der Landwirtschaft sieht die Bilanz verheerend aus. Faktisch nicht mehr kontrollierbare Weltkonzerne wie Monsanto zerstören die Welt mit Genpflanzen und giftigen Pflanzenschutzmitteln und damit verbunden mit der Zerstörung von Wäldern, Artenvielfalt und wichtiger Nutzpflanzen. Sie zerstören wie beschrieben damit auch die Lebensgrundlage und Gesundheit zahlloser Menschen. Ein kriminelles Verhalten, das aber am Markt belohnt wird. Dies ist kein Einzelfall. Das Buch über »Markenfirmen« von Klaus Werner und Hans Weiss zeigt anhand zahlloser Beispiele, dass nach eigener Beschreibung »bekannte und beliebte Weltmarken ... Folter, Sklaverei, unerlaubte Medikamentenversuche, Diskriminierung, Tierquälerei, Umweltzerstörung und die Verfolgung von Gewerkschaften und Kritikern« (tolerieren). Ausbeutung, Zwangs- und Kinderarbeit sind dort an der Tagesordnung. Menschen und Lebensräume werden vergiftet, Regierungen erpresst, Krisen und bewaffnete Konflikte ungeniert ausgenutzt oder sogar finanziert.¹¹²

Während sich Sarah Wagenknecht, wie unten dargestellt, sehr negativ zur Rolle von Weltkonzernen äußert, sieht sie die wirtschaftlichen Funktion und Innovationsfreudigkeit von zahlreichen kleinen und mittleren Firmen positiv, in denen neben der Erzielung eines Einkommens, auch die Realisierung von Ideen bzw. die Kundenzufriedenheit wichtig wären.¹¹³

An anderer Stelle belegt sie, dass staatliche und öffentliche Unternehmen durchaus gut funktionieren und im Europa der Nachkriegszeit für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung eine wichtige Rolle gespielt haben. In den ostasiatischen Ländern Südkorea, Taiwan, Japan und China werden in der heutigen Zeit IT-Investitionen staatlich finanziert.¹¹⁴

Beginnend in den achtziger Jahren und verstärkt nach der Niederlage der »real sozialistischen« Systemalternative wurden aber öffentliche Einrichtungen und Unternehmen verstärkt privatisiert. Ohne allzu große Gegenwehr wurde das »Volkseigentum« der DDR durch die Treuhandanstalt größtenteils unter Wert an westliche »Investoren« verschербelt. In anderen ehemals sozialistischen Ländern vor allem in der ehemaligen Sowjetunion und in Afrika, gelang es vielfach, von Sozialisten zu »demokratischen« Marktwirtschaftlern gewendeten Politikern selbst zu ökonomisch Mächtigen aufzusteigen.¹¹⁵ Auch in der Entwicklungspolitik wurden zu Beginn der 2000er Jahre Privatisierungen als Teil der von Empfängern

112 Klaus Werner/ Hans Weiss, Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, Berlin 2006. Buchbeschreibung auf www.markenfirmen.com.

113 Wagenknecht, S.105f und S. 309f.

114 Wagenknecht, S.277. Es werden positive Beispiele aus Frankreich, Österreich, Italien und England benannt, wo nach dem Krieg wesentliche Wirtschaftssektoren, auch von Industrien oder der Rohstoffgewinnung im öffentlichen Besitz waren.

115 Dies lässt sich beispielsweise in afrikanischen Ländern wie Angola und Mosambik und auch in halb- oder scheindemokratischen euroasiatischen Staaten wie Russland oder den zentralasiatischen Republiken beobachten.

für Entwicklungshilfe verlangten »guten Regierungsführung (good governance) angesehen,¹¹⁶ so dass finanziell abhängige Länder zu Privatisierungen gezwungen wurden.

Dies hatte in einzelnen Fällen massive soziale Folgen. So erhöhten sich in Peru die Preise für Wasser nach der Privatisierung zwischen 1992 und 2002 um das 14fache. In Südafrika stiegen die Preise nach der Privatisierung des Wassers um 140 Prozent. In europäischen Ländern lassen sich ähnliche Preissprünge beobachten.¹¹⁷

Notwendig wäre es, einzelne Bereiche der Ökonomie dem Markt zu entziehen und diese anhand öffentlicher Interessen zu organisieren und zu planen. Dies bedeutet nicht notwendigerweise eine vollständige Verstaatlichung, es bedeutet aber, dass der Markt nicht mehr der wesentliche Motor der Ökonomie sein kann, sondern diese sich an ökologischen Richtlinien und der Versorgung der gesamten Bevölkerung auszurichten hat.

Der entscheidende Unterschied zwischen einer Planung im Ökosozialismus und einer solchen im früheren Realsozialismus sind

- die ökologischen Grundsätze und Ziele, an denen sich eine solche Planung ausrichtet
- deren Mitwirkung und demokratischen Kontrolle durch die Bürger
- deren Dezentralität und Beschränkung auf das Wesentliche

Die Alternative liegt also nicht in der Frage, ob die alte realsozialistische Planwirtschaft geeigneter ist als eine Markt gesteuerte Ökonomie, sondern in einer neuen Form demokratischer Kontrolle und Planung.

3.7 Steuerung und Sozialverträglichkeit des Umbaus in der Marktwirtschaft

Wie oben beschrieben möchten die Verfechter eines Green New Deal durch direkte öffentliche Investitionen, Ge- und Verbote sowie eine ökologische Steuerpolitik, den ökologischen Umbau erreichen. Steuermodelle des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die sich Ideen des Green New Deal verpflichtet sehen¹¹⁸, möchten folgerichtig durch Ökosteuern konventionelle Energieträger und Sprit fressende PKW und LKW sowie Flugbenzin stärker belasten. Umweltschädliche Subventionen sollen hingegen abgeschafft werden. Wie es die Grünen auch immer wieder fordern, sollen »die Preise ökologische Wahrheit sagen«. Zur Entlas-

116 VENRO, Welche Konditionalitäten braucht die Entwicklungspolitik, 2006, S.11

117 Wagenknecht, S.257.

118 www.foes.de/ueber-uns/

Dies spiegelt sich vor allem in ihrem Hauptziel einer ökologischen Steuerreform und der Zusammensetzung des Beirats wieder.

tung der Wirtschaft und der Arbeitenden soll der Faktor Arbeit zu Gunsten des Faktors Energie entlastet werden. Die zusätzlichen und eingesparten Mittel sollen für Investitionen bzw. zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden.¹¹⁹ Während der rot-grünen Regierung wurden die Vorschläge teilweise umgesetzt und haben zumindest mit dazu beigetragen, dass der Anteil von regenerativen Energien 2011 in Deutschland auf 19 Prozent gestiegen ist. Doch reicht das wirklich aus?

Können in einer Welt, in der nur 500 Konzerne bereits die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung und zwei Drittel des Welthandels kontrollieren¹²⁰, ökologische Innovationen durch den Markt belohnt werden, lassen sie sich steuern? Faktisch sind diese Konzerne mächtiger als eine Vielzahl von Staaten und ihre Regierungen und sind so kaum kontrollierbar. Die stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei und Ökonomin Sarah Wagenknecht beschreibt, dass diese Börsenunternehmen bei Strafe des Unterganges kurzfristigen Profit erzielen müssen. Bleibt dieser aus, fallen die Börsenkurse. Etwas, das nicht ausreichend Profit bringt oder gar Verluste macht, muss geschlossen oder abgestoßen werden. Diese Tendenz des kurzfristigen Profitdenkens, hat sich in den letzten Jahren durch den aufgeblähten Finanzsektor verstärkt. Um kurzfristige »Investoren«, also Spekulanten anzulocken, muss ein Börsenunternehmen als attraktiv bewertet werden. Investitionen in neue Technologien sind da weniger lukrativ als der Kauf zusätzlicher Unternehmen oder Rationalisierungen.¹²¹ Auch in der FORBA-Studie zu den Auswirkungen der Privatisierung in verschiedenen europäischen Ländern wird festgestellt, »Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung konnten nur beobachtet werden, wo sie nicht in Konflikt mit den Zielen der Kostensenkung und des Beschäftigtenabbaus standen. Zugleich wurden Qualitätsaspekte, die von einem zusätzlichen Arbeitsinsatz abhängen, durch Liberalisierung und Privatisierung beeinträchtigt.«¹²²

Gerade für den ökologischen Umbau wirkt sich dies negativ aus, da es bedeuten würde, dass noch profitable, aber ökologisch schädliche Wirtschaftsbereiche zurückgefahren oder langfristig geschlossen, während andererseits umfassende Investitionen getätigt werden müssten.¹²³ Dies können sich vor allem börsennotierte Unternehmen nicht erlauben.

119 www.foes.de/themen/oekologische-steuerreform-1999-2003/

120 Wagenknecht, S. 92.

121 Sarah Wagenknecht, S.83ff, Kapitel Die ausgezehnte Welt-AG. In diesem Kapitel beschreibt Sarah Wagenknecht die Strukturen der spekulativen Kapitalströme und die Auswirkungen auf die börsennotierten Weltkonzerne.

122 Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität, FORBA, Wien, April 2009, S.93. Die Studie vergleicht die Auswirkungen von Privatisierungen bei der Post, dem ÖPNV, Krankenhäusern und Elektrizität in sechs europäischen Ländern. Auch betreffend der Situation der Beschäftigten und der Schaffung von mehr Wettbewerb kommt die Studie zu negativen Ergebnissen.

123 Wagenknecht, S.149ff.

Ein weiteres Ziel der Ökosteuer war die geringere Belastung des Faktors Arbeit. Diese ist zwar erfolgt, nur scheint bei den Betroffenen nichts davon angekommen zu sein. Auch im reichen Deutschland zeigt sich, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch die Kosten eines nur langsam erfolgten Umbaus des Energiesystems von Einkommensschwachen kaum zu bezahlen sind, zumal, wenn auch noch industrielle Großverbraucher auf Kosten der Bürger entlastet werden. Die von den Grünen geforderten »ehrlichen Energiepreise« sind schlichtweg für Viele unbezahlbar, zumal wenn darauf verzichtet wird, Zuschüsse zu gewähren.¹²⁴

In ärmeren Ländern zeigt sich bereits heute die Problematik wachsender Energiekosten. In Ägypten und Tunesien sind die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Energie mitursächlich für den Sturz der dortigen Regime 2011.¹²⁵

Im Februar 2008 brachen in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo Unruhen aufgrund gestiegener Preise des Öffentlichen Nahverkehrs, 2,5 Jahre später aufgrund gestiegener Strom- und Brotpreise aus. Die Regierung musste zwar jeweils anschließend die Erhöhung der subventionierten Preise zurücknehmen, das System des öffentlichen Nahverkehrs hat sich seitdem aber deutlich verschlechtert, Strom muss im voraus bezahlt werden.¹²⁶

Für die Zukunft sind steigende Energiepreise zu erwarten, was einerseits die Notwendigkeit eines schnellen Umbaus des Energiesystems unterstreicht, andererseits aber deutlich macht, dass die Umbaukosten nicht auf diejenigen abgewälzt werden können, die jetzt schon kaum die Energiepreise bezahlen können. Unter kapitalistischen Bedingungen erscheinen die Probleme kaum lösbar zu sein. Wenn nicht ein Großteil der Bevölkerung verelenden bzw. in Armut gehalten werden soll, erscheint der Umbau nur unter ökosozialistischen Bedingungen möglich zu sein.

3.8 Partei DIE LINKE, die Ökologie und der »Plan B«

Die Ökologische Plattform als Strömung der Partei DIE LINKE ist eine Verfechterin von Grundideen eines ökologischen Sozialismus, auf die oder deren Mitglieder oben mehrfach Bezug genommen wurde. Auch haben viele kritische (westdeutsche) Mitglieder der Grünen, die in den neunziger Jahren diese Partei verlassen haben, ihren Weg in DIE LINKE gefunden. Doch wie sieht es mit der Gesamtpartei aus?

124 www.welt.de/wirtschaft/article106438154/E-on-Chef-fordert-Strom-Zuschuss-bei-Hartz-IV.html Die Grünen lehnen hier die Übernahme von Stromkosten für Hartz-IV-Empfänger ab.

125 Onlinelexikon Wikipedia »Revolution in Tunesien 2010/11« sowie »Revolution in Ägypten 2011/12«

126 Onlinelexikon Wikipedia »Unruhen in Maputo« und Augenzeugenberichte.

Im aktuellen, im Oktober 2011 beschlossenen Parteiprogramm sieht DIE LINKE »den sozial-ökologischen Umbau als eines ihrer entscheidenden Ziele und als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.« Einige der oben dargestellten ökologischen Grundprobleme Klimawandel, Knappheit der Ressourcen und Zerstörung von Agrarflächen werden benannt und wie auch bei den Ökosozialisten wird die Ursache in der »kapitalistischen Produktionsweise« gesehen. Demzufolge steht »eine ökologisch nachhaltige Entwicklung (steht) im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik.«¹²⁷

Auch an anderen Stellen finden sich kritische Aussagen zum (profitorientierten) Wachstum, allerdings auch das Bekenntnis zu einem »langfristigen Wachstum«, das sich nach den Interessen der Beschäftigten und der Ökologie richtet. Dies wird allerdings verbunden mit einem Bekenntnis zum sozialökologischen Umbau.¹²⁸ Demzufolge ist die Ökologische Plattform grundsätzlich mit dem Programm zufrieden, da ihre Änderungsanträge zum größten Teil berücksichtigt wurden. Kritik wird aber an dem »langfristigen Wachstum« geübt.¹²⁹ Die wachstumskritischen Aussagen entsprechen einer neuen Entwicklung. In den Programmatischen Eckpunkten zur Gründung der Partei 2007 findet sich hierzu keine Aussage, das Parteiprogramm der PDS von 2003 enthält ein Bekenntnis zum wirtschaftlichen Wachstum.¹³⁰

In diesen Aussagen findet sich in Teilen eine Nähe zum Green New Deal. Die Distanz zu einer marktwirtschaftlichen Lösung der ökologischen Krise zeigt sich aber in einem grundlegend anderen Verständnis des öffentlichen Sektors, verbunden damit, dass »die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle« untergeordnet werden soll. Dies soll auf dem »öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor beruhen.« Darüber hinaus wird kollektives Eigentum auch für »andere strukturbestimmende Bereiche« gefordert.¹³¹ Mit einem klaren Bekenntnis zu einer »Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung«, verbunden mit »starkem kommunalen Eigentum«¹³² zeigt sich auch der dezentrale Ansatz der demokratischen Rahmensetzung und Kontrolle.

Mittlerweile hat die Bundestagsfraktion als Projekt des sozialökologischen Umbaus, den »Plan B« in das Leben gerufen mit Leitprojekten zu Energie, Industrie,

127 Programm Partei DIE LINKE, 2011, S.45f.

128 Programm Partei DIE LINKE 2011, S.28.

129 Manfred Wolf, Die Ökologie im Parteiprogramm: in, Tarantel 55, S.2f.

130 Programm der PDS 2003, S.14. Im Gegensatz zum heutigen Programm werden die grundlegenden ökologischen Probleme kaum thematisiert. Gentechnologie wird zum Beispiel nicht grundsätzlich abgelehnt.

131 Programm Partei DIE LINKE 2011, S. 5.

132 Programm Partei DIE LINKE 2011, S. 34.

Mobilität und Landwirtschaft. Hier konnten sich einzelne Bürgerinnen und Bürger mit Ideen beteiligen, die bei einer Konferenz im Oktober 2012 zusammengetragen und ausgewertet worden.

»3Klang: Ökologie, Demokratie und das Soziale« heißt es bei der Einleitung von Plan B: »Es sind die selben Mechanismen und Triebfedern, die zu einem Raubbau an der Natur, zu wachsender Ungleichheit und zu Armut führen. Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bleiben wie sie sind, wenn der notwendige ökologische Umbau möglich werden soll.

Ohne soziale Gerechtigkeit bleiben ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweisen leere Versprechen. Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen wollen wir ein gutes Leben für alle. Das bedeutet eine Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen und eine grundlegende Änderung der Geschlechterverhältnisse.«

Eine tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, selbst aktiv und wirkungsvoll beteiligen können.«¹³³

Plan B, der nicht seinen Frieden mit dem Kapitalismus macht, ist inzwischen weit über den engen Bereich der Partei DIE LINKE bekannt geworden und hat große Anerkennung in der Wissenschaft, bei sozialen und ökologischen Initiativen gefunden.

»PLAN B macht deutlich, dass die klassischen linken Forderungen – mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit – unabdingbar zum ökologischen Umbau gehören«¹³⁴, schreibt dazu die Ökologische Plattform in der LINKEN. Deshalb kann der ökologische Umbau nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist.

In den letzten zehn Jahren hat somit DIE LINKE durchaus einen programmatischen Wandel vollzogen und verbindet ein in Frage stellen des Kapitalismus mit ökologischen Inhalten.

4. Grundzüge einer Kreislaufwirtschaft

Als Kreislaufwirtschaft soll eine Wirtschafts- und Produktionsweise bezeichnet werden, bei der im Sinne eines Kreislaufes entweder auf sich ständig erneuerbare Ressourcen zurück gegriffen wird oder Produkte komplett recycelt werden, damit

133 www.plan-b-mitmachen.de Das Beteiligungsprojekt hatte im Juni 2012 begonnen.

134 <http://www.oekologische-plattform.de/?p=2757>

ein der Natur nachempfunderer Kreislauf. Ein Verbrauch endlicher Ressourcen bzw. ein Entsorgungsproblem von nicht mehr verwertbarem »Müll« oder von Giften würde es dann nicht mehr geben.

4.1 Produktion in Kreisläufen

Zur Produktion heißt es im Ökosozialistischen Manifest von Belem: *»present patterns of production, consumption, and building, which are based on waste, inbuilt obsolescence, competition and pollution, by producing only sustainable and recyclable goods and developing green architecture.«*¹³⁵

Ist denn eine Produktion von ausschließlich erneuerbaren und recycelbaren Gütern möglich? Voraussetzung ist allerdings eine vollständige Kontrolle über die Art und Weise der Produktion und über das, was verwendet wird. Dies beinhaltet eine Positivliste und eine Negativliste von Stoffen. Bisher wird die stoffliche Zusammensetzung eines Produktes als Angelegenheit der Produzenten begriffen, die diese nicht öffentlich machen wollen. Wie oben dargestellt ist in der bisherigen Produktionsweise eine vollständige Abbaubarkeit oder ein vollständiges Recycling nicht eingebaut. Eine transparente kontrollierte öffentlich Produktion ist aber Voraussetzung für eine Kreislaufwirtschaft und für eine giftfreie Produktion.

Der deutsche Physiker Michael Braungart und der us-amerikanische Architekt William McDonough haben mit ihrem Cradle to Cradle (Von der Wiege zur Wiege)-Konzept mit dem Prinzip »Abfall ist Nahrung« die Lebenszyklen von Produkten Nährstoffzyklen (wie in der Natur) nachgebildet, Zyklen, in denen Müll in dem Sinn nicht mehr vorkommt.¹³⁶ Hierbei sind zwei Kreisläufe vorgesehen, einen biologischen für Verbrauchsprodukte aus abbaubaren Stoffen und einen technischen für Gebrauchsprodukte aus nicht abbaubaren, aber recycelbaren Materialien. *»Intelligentes Produzieren bedeutet (dabei), dass alle Materialien sicher innerhalb eines Metabolismus', entweder dem biologischen oder dem technischen, zirkulieren können.«* Dabei haben sie einen hohen Anspruch: *Nicht nur alle Materialien, sondern auch »Jegliche Art von Produkten kann nach dem Cradle to Cradle®-Prinzip konzipiert und gestaltet werden. Die verwendeten Materialien finden als jeweilige Nährstoffe immer ihren Platz im biologischen oder technischen Kreislauf.«*¹³⁷

135 The Belem Ecosocialist Declaration, www.ecosocialistnetwork.org/Docs/Mfsto2/BelemDeclaration.htm

In der deutschen Übersetzung ist sustainable mit »nachhaltig« übersetzt, in diesem Zusammenhang sollte es aber besser mit »erneuerbar« wieder gegeben werden. Aus diesem Grund wird hier der englische Originaltext angegeben.

136 <http://epea-hamburg.org/index.php?id=155&tL=4>

zu den Prinzipien. Das Hamburger EPEA-Institut (Environmental Protection Encouragement Agency), eine Gründung Braungarts, sieht seine Hauptaufgabe in der Entwicklung des Cradle to Cradle-Konzepts.

137 <http://epea-hamburg.org/index.php?id=170&tL=4>

Im **biologischen Kreislauf** werden sämtliche nicht mehr benötigte Materialien von Mikroorganismen zu Nährstoffen zersetzt. Biologisch abbaubare Produkte werden zu Kompost, der wiederum Nährboden für neue natürliche Rohstoffe darstellt. Einige Verpackungsmaterialien, Kleidung und auch Verschleißteile wie Autoreifen und Bremsbeläge werden für diesen Kreislauf konzipiert.

Der **technische Kreislauf** besteht aus künstlich gestalteten und aktiv gesteuerten Materialströmen. Die Idee ist, industrielle Masse auf beständigem Qualitätsniveau in geschlossenen Systemen zirkulieren zu lassen. Die Geschlossenheit des Systems ist Grundvoraussetzung für die mögliche Verwendung toxischer Stoffe. Diese sind für einige Produkte wie z.B. Isolierfenster bisher unersetzlich. Die leichte Demontierbarkeit und die sorgfältige Materialauswahl eines Produkts sind ein wesentlicher Aspekt des Designs.¹³⁸

Braungarts EPEA-Insitut und seine Initiatoren konnten zahlreiche Firmen für ihr Produktionsprinzip gewinnen. Die Palette der vorgestellten Produkte für den biologischen Kreislauf sind zum Beispiel Verpackungen aller Art, Kleidung und Kosmetik, für den technischen Monitore, Stühle und Flammhemmendstoff.¹³⁹

Der Göttinger Physiker Christian Jooß sieht die Möglichkeit mit rund zwanzig Aminosäuren als Grundbausteine, Milliarden von Funktionen zu erzeugen. Aminosäuren lassen sich anstelle von Chemikalien beispielsweise in der Nahrungsmittelindustrie, Pharmazie/ Medizin und Kosmetik einsetzen. Als Beispiel einer der Natur angepassten Technik sieht Jooß die biologisch abbaubare Spinnenseide aus Aminosäuren an, die dehnbarer ist als Nylon und fester als Stahlseil.¹⁴⁰

Statt des aus Benzol produzierten Plastiks, das wie oben dargestellt¹⁴¹ für zahlreiche Umweltprobleme verantwortlich ist, ließe sich zum Beispiel auf biologisch erzeugte Kunststoffe aus Stärke und Cellulose als Biopolymere von Zuckern zurückgreifen. Mögliche Ausgangspflanzen sind stärkehaltige Pflanzen wie Mais oder Zuckerrüben sowie Hölzer, aus denen Cellulose gewonnen werden kann. Weitere potenzielle Rohstoffe für Biokunststoffe sind beispielsweise Chitin und Chitosan, Lignin aus dem Arboform verarbeitet wird, Casein, Gelatine, Getreideproteine und Pflanzenöl. Abhängig von ihrer Zusammensetzung, dem Herstel-

138 <http://epea-hamburg.org/index.php?id=199&L=4>
zu den Kreisläufen

139 <http://epea-hamburg.org/index.php?id=170&L=4>

zu den Fallstudien: Hier werden einzelne Firmen und ihre Produkte vorgestellt. Für weitere Beispiele vgl. www.mbdc.com, die Homepage (englisch) der Consultingfirma von Braungart und McDonough.

140 Vortrag Christian Jooß, Naturinspierte Technik und Kreislaufwirtschaft, Folien 24–27, zur Verwendungsmöglichkeiten von Aminosäuren, auch Onlinelexikon Wikipedia »Aminosäuren«

141 Vgl. Kapitel 2.5. Produktionsweise und zunehmende Vergiftung

lungsverfahren und Beimischung von Additiven ändern sich Formbarkeit, Härte, Elastizität, Bruchfestigkeit, Temperatur-, Wärmeformbeständigkeit und chemische Beständigkeit. Biokunststoffe wurden bereits 1869 in den USA hergestellt, aber seit dem zweiten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts weitgehend durch die kostengünstigeren Benzol-Kunststoffe verdrängt.

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Spielzeug und Verpackungen aus Biokunststoff produziert. Heute werden sie auch für Cateringartikel (z.B. Einweggeschirr) sowie für Landschafts- und Gartenbau (Mulchfolien, Garne, Pflanzentöpfe etc.), Medizin und Hygiene (insb. Materialien für Operationen, Wegwertprodukte) eingesetzt.

Abbaubare Polymilchsäuren (PLA) eignen sich auch für Produkte, die länger haltbar sein sollen.¹⁴²

Da Biokunststoff aus Biomasse hergestellt wird, muss dabei ein möglicher Flächenverbrauch berücksichtigt werden. Dieser könnte vor allem durch die Nutzung von Pflanzenreststoffen bei der Nahrungsmittelproduktion eingedämmt werden. Die besonders haltbaren PLA lassen sich zudem noch recyceln.¹⁴³

Wie oben beschreiben sind viele Produkte so hergestellt, dass sie nach einem bestimmten Zeitraum nicht mehr benutzbar sind. Allein das Abstellen dieser geplanten Obsoleszenz und eine längere Haltbarkeit von Produkten, würde eine bessere Nutzung der Rohstoffe bewirken.¹⁴⁴

Eine Umstellung von der bisherigen Wegwerfgesellschaft zu einer Kreislaufwirtschaft ist also technisch gesehen grundsätzlich machbar und ist notwendig, um die Schonung unserer Ressourcen und den Schutz unserer Umwelt zu erreichen. Notwendig ist dabei zu beachten, dass grundsätzlich in Zukunft nur noch das verbraucht werden soll, dass sich erneuern bzw. innerhalb eines technischen Kreislaufes recyceln lässt. Dies gilt grundsätzlich auch für die für hochtechnische Produkte (Computer, Telefone etc.) verwendeten Metalle und Stoffe. Allerdings stößt ein vollständiges stoffliches Recycling an seine Sinnhaftigkeitsgrenze, wenn es nur unter massivem Energieaufwand gelingt, den Recyclinggrad bis auf 100 Prozent zu bringen.

Die angestrebte Kreislaufwirtschaft erfordert allerdings eine öffentliche Kontrolle der verwendeten Stoffe, die nur noch in den jeweiligen Kreisläufen zirkulieren könnten, wenn sie entweder komplett abbaubar oder wiederverwertbar sind. Wie

142 www.biowerkstoffe.info und Onlinelexikon Wikipedia »Biokunststoff« (Homepage der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe).

143 WWF Deutschland, Hintergrundinformation Biokunststoffe und Nahrungsmittelkonkurrenz (März 2011).

144 Vgl. Kapitel 2.5. Produktionsweise und zunehmende Vergiftung.

private Kontrolle von »recyclbaren« Verpackungsmüll aussieht, lässt sich an dem komplett gescheiterten Modell des Dualen Systems beobachten, bei dem nur ein Bruchteil recycelt wird.¹⁴⁵ Wie noch beschrieben wird, stellt der notwendige Ausbau regenerativer Energien hier eine besondere Herausforderung dar.

Vor dem Hintergrund endlicher Ressourcen ist eine gesellschaftliche Planung, also eine Planwirtschaft notwendig, um entscheiden zu können wie knappe Materialien eingesetzt werden könnten.

Notwendig für den Beginn einer Kreislaufproduktion wäre

- die Offenlegung der eingesetzten Materialien
- eine Liste der noch zu verwendenden Materialien
- die vollständige öffentliche Kontrolle des biologischen und technischen Kreislaufs

4.2 Energiewende

Im ökosozialistischen Manifest wird gefordert: »Transformation des Energiesystems mittels Ersetzen von fossilen und Biotreibstoffen durch saubere Energiequellen unter Kontrolle der Gemeinden: Wind-, geothermische, Wellen- und vor allem Sonnenenergie.«¹⁴⁶

Aufgrund des beginnenden Klimawandels wird die Machbarkeit und Notwendigkeit einer vollständigen Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien zumindest in Deutschland nicht mehr bestritten, dabei soll auch eine höhere Energieeffizienz erreicht werden. Kohle, Erdöl, Erdgas und auch Uran hätten dann ausgedient. Hermann Scheer sieht hier einen Scheinkonsens, da vielfach sehr lange Übergangszeiten gefordert werden. Scheer hält eine schnelle weltweite Umstellung für möglich, für die es vor allem politische und ökonomische Hindernisse, aber keine technischen Hindernisse geben würde.¹⁴⁷ Heftige Kritik übt er an dem Zwei-Grad-Ziel und den Klimaschutzkonferenzen. Grundsätzlich plädiert er für ein Maximum von 350 mg Kohlendioxid, dessen Anstieg er nicht nur durch eine schnelle Umstellung auf regenerative Energien eindämmen will, sondern auch durch eine weltweite Aufforstung. Neue Wälder sollen dann das in der Atmosphäre befindliche Kohlendioxid binden.¹⁴⁸

Der Vorteil von regenerativen Energiequellen gegenüber den konventionellen ist, dass diese ortsunabhängig zur Verfügung stehen und nicht an wenigen Lieferstät-

145 www.3sat.de/page/?source=/nano/bstuecke/60975/index.html

146 Ökosozialistische Erklärung, S.5

147 Scheer, S.11

148 Scheer, S. 233ff.

ten der Erde mühsam entrissen werden müssen. Die Sonnenenergie als dezentrale Energieform kann grundsätzlich überall geerntet werden, auch wenn es günstigere und weniger günstigere Standorte gibt.

Weltweit gesehen liegt das Potential von technisch nutzbaren regenerativen Energiequellen um ein Vielfaches über dem heutigen Energieverbrauch. Es würde also keine Probleme bereiten, eine Vollversorgung auch bei noch steigendem Energieverbrauch zu realisieren. In Afrika, Lateinamerika und Südasiens sind aufgrund der klimatischen Bedingungen (Anteil der Sonnenstunden) grundsätzlich die Bedingungen insbesondere für die Photovoltaik günstiger als in Europa oder Nordamerika. Unter den heutigen Bedingungen des globalisierten Weltmarktes geht der Klima- und Energieexperte Joachim Nitsch in einem Strategiepapier aus dem Jahre 2004 davon aus, dass mit einem doppelt so hohen Energiebedarf im Jahre 2050 gegenüber 2000, noch rund ein Viertel der Energie konventionell erzeugt werden muss.¹⁴⁹ Schnelle Umstellungsszenarien sind somit bei einem ständig steigenden Energieverbrauch nur schwierig zu realisieren.

Wie könnte eine Umstellung in einzelnen Weltregionen aussehen? Im subsaharischen Afrika sind gerade mal ein Viertel aller Haushalte an ein Stromnetz angeschlossen. Eine Elektrifizierung durch regenerative Energieträger wie Solarenergie oder die Wasserkraft ist vor allem in abgelegenen Ortschaften wesentlich einfacher zu realisieren als durch konventionelle Energieträger.¹⁵⁰

So verfügt beispielsweise das südostafrikanische Mosambik mit seinen etwas über zwanzig Millionen Einwohnern über aus großen Wasserkraftwerken gewonnene Elektrizität, die vor allem in das benachbarte Südafrika exportiert wird und über große Kohlevorkommen. Dennoch haben nur etwa 13 Prozent der Einwohner elektrischen Strom. Dabei ließe sich das Land auch dezentral mit Kleinkraftwerken aus regenerativen Energien auch in den abgelegenen Dörfern versorgen. So ist die ganzjährige Sonneneinstrahlung mehr als doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt, also ideal für Photovoltaik. Die lange Küste am Indischen Ozean würde sich für Windkraftwerke eignen und kleine Wasserkraftwerke könnten im Landesinnern Strom erzeugen. Die Kosten einer Elektrifizierung sämtlicher Haushalte werden auf 2,5 Mrd. Euro geschätzt. Da der größte Teil der Bevölkerung zur Zeit auf Holz als Energiequelle angewiesen ist, würde dies auch die fortlaufende Entwaldung stoppen. Die aktuelle Politik ist leider eine andere: Vor allem die internationalen Geldgeber setzen auf eine Exportorientierung des Landes und auf Großanlagen und die Kohle- und Erdgasförderung. Eine Orientierung, die auch den Interessen der Privatwirtschaft und den des mächtigen Nachbarn Südafrika

149 Joachim Nitsch, Ein globales Nachhaltigkeitsszenario, 2004, S. 8f, abgerufen auf: www.eurosolar.de Memoranden und Papiere 2004. Nitsch geht von dem sechsfachen Potential aus.

150 www.ixpos.de/nn_600602/DE/06Meldungen/2008/Q2/BDI__080520.html

entspricht.¹⁵¹ Problematisch sind natürlich die Kosten einer (nachhaltigen) Elektrifizierung, die nicht durch das Land selbst aufgebracht werden können.

In den nördlichen Industrieländern ist eine vollständige Umstellung auf regenerative Energien grundsätzlich schwieriger zu realisieren als in Afrika. Untersuchungen zu Frankreich und Japan zeigen aber die grundsätzlichen Möglichkeiten. In Frankreich wurde bereits im Jahre 1978 ein Szenario basierend auf dem Stand der damaligen Technik entwickelt, dass den gesamten Strom- und Wärmebedarf für Frankreich aus regenerativen Energien, davon zu etwa 50 Prozent aus Solarenergie, 27 Prozent Wasserkraft, 14 Prozent Biomasse und jeweils ca. 5 Prozent aus Gezeiten- und Windkraft decken soll.¹⁵²

Für Japan würde nach der Studie »*Energy Rich Japan*« trotz seiner hohen Bevölkerungsdichte und seines hohen Energieverbrauchs unter den aktuellen politischen und ökonomischen Bedingungen mit regenerativen Energien sein Energiebedarf komplett abdecken können, wobei durch Effizienzsteigerungen der Energieverbrauch deutlich sinken würde.¹⁵³

Auch für Deutschland gibt es ähnliche Szenarien. Nach Schätzungen könnten regenerative Energieträger in Deutschland folgende Anteile beim heutigen Stromverbrauch abdecken:¹⁵⁴

Energieträger	Anteil 2011	Potential	Grundlastfähig
Windenergie mit off-shore	8 %	> 40%	partiell
Biogas aus Bioabfällen / Fäkalien (zweistufiges Verfahren)	5 %	15 %	JA
Photovoltaik	3 %	> 25 %	NEIN
Wasserkraft inkl. Wasserkleinanlagen	3 %	8 %	JA

151 Mark Hankins, A renewable energy plan for Mozambique, 2009, vor allem: S.49ff. Lucius Mayer-Tasch, Nachhaltige Energieversorgung in Entwicklungsländern. Zur Rolle der Weltbank in Mosambik, 2004. Beide Autoren rechnen allerdings auch das in Mosambik vorkommende Erdgas zu den vergleichsweise umweltfreundlichen Energieträgern.

152 Solarzeitalter 4/2000 Le Groupe de Bellevue Alter. Studie über eine langfristige Energiezukunft Frankreichs auf der Grundlage einer 100 Prozent Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

153 Harry Lehmann, Zusammenfassung Energy Rich Japan auf www.eurosolar.de bzw. www.energyrichjapan.info Lehmann ist der Leiter dieser Studie, die gemeinsam vom Institute for Sustainable Solutions and Innovations (ISUSI), dem Wuppertal-Institut sowie des japanischen Institute for Sustainable Energy Policies (ISEP) 2003 durchgeführt wurde.

154 Tabelle aus Vortrag Christian Jooß, Folie 30. Angaben zu Anteil regenerativer Energien für 2011: Bundesverband der Energiewirtschaft, Erneuerbare Energien und das EEG, Foliensatz (hrsg. 15.12.2011), S.2.

Erdwärme	<0,1 %	> 10 %	JA
Wellenkraftwerke Nordsee	k. A.	> 80 %	JA
Insgesamt	19 %	> 170 %	> 120 %

Die Enquetekommission des Bundestages hält 2002 unter den gegenwärtigen Bedingungen einen Anteil der regenerativen Energien von bis zu 100 Prozent bis 2050 bei einem gegenüber dem Jahre 2000 verdoppelten Bruttosozialprodukt für möglich, aber nur bei einem 5 Prozent Stromimport. Die Energienutzung soll im europäischen Rahmen verteuert werden. Der öffentliche Sektor soll hier mit Initiativen wie beispielsweise dem Bezug von regenerativen Strom oder der Sanierung seiner Gebäude vorangehen. Besonders gefördert werden soll auch die Bioenergie, die dann vor allem in Fahrzeugen und in der Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt werden soll.¹⁵⁵

Hermann Scheer sieht auch für Deutschland technisch eine schnellere Umstellung auf regenerative Energien als möglich an. Er weist daraufhin, dass bereits durch die staatliche Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Ausbau von regenerativen Energien in Deutschland innerhalb von zehn Jahren bereits auf 17 Prozent des Stromanteils gestiegen ist und hält es für denkbar, auch unter den gegenwärtigen Bedingungen eine vollständige Umstellung bis zum Jahre 2030 zu realisieren.¹⁵⁶ Szenarien wie riesige Windkraftanlagen in der Nordsee oder ein gigantisches Solarkraftwerk in der Sahara lehnt er dabei ab. Diese werden vor allem von den Stromkonzernen vertreten, um weiterhin durch große Anlagen die Stromversorgung kontrollieren zu können.¹⁵⁷ Anzustreben wäre demzufolge eine dezentrale Energieversorgung, die auch die heute üblichen gigantischen Stromleitungen überflüssig machen würde.

So können Häuser, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen, überall in Deutschland gebaut werden. Dabei sind zentrale Elemente

- große, unverschattete Fensterflächen nach Süden
- ein geringes Verhältnis von Oberfläche zu umbautem Volumen)
- Gebäudeaußenflächen (Fassaden, Dach, Fenster, Türen) mit geringem Wärmedurchgang
- eine weitgehende Luftdichtheit (Winddichtheit)¹⁵⁸

155 Simone Peter, Energie-Enquete-Kommission: Solare Vollversorgung in Deutschland bis 2050 ist möglich, in Solarzeitalter 4/2003.

156 Scheer, S.47.

157 Scheer, S. 149ff.

158 Onlinelexikon Wikipedia »Nullenergiehaus«.

Diese Eigenschaften lassen sich auch durch biologische Baustoffe wie Holz und Zellulosedämmwolle aus Altpapier herstellen. Die Energieversorgung kann durch Solaranlagen, vertikalen Windrädern und Wärmepumpen erfolgen.¹⁵⁹

Auch in einzelnen Gemeinden kann eine Vollversorgung erreicht werden. Im oberbayerischen Wildpoldsried wurden von 1999 bis 2009 fünf Windkraft-, vier Biogas-, drei Wasserkraft- und ca. 100 Photovoltaikanlagen aufgebaut, die über 285 Prozent des gesamten Strombedarfs erzeugen. Ein Biomasseheizwerk deckt den kompletten Wärmebedarf der kommunalen Gebäude. Zusätzlich sind viele private Gebäude an das Nahwärmenetz angeschlossen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 rechnerisch auch den gesamten Wärmebedarf des Ortes regenerativ zu erzeugen.¹⁶⁰

Umstritten sind allerdings Art und Möglichkeit der Nutzung von Biotreibstoffen, solange ihr Input nicht auf heimische landwirtschaftliche und ähnliche Abfallstoffe eingegrenzt werden kann. Auf eine Notwendigkeit der Kontrolle der Energieversorgung durch die Kommunen soll an anderer Stelle eingegangen werden.

Eine vollständige Umstellung auf regenerative Energien innerhalb weniger Jahrzehnte setzt voraus, dass ebenfalls alle möglichen Maßnahmen zur Einsparung von Energie ergriffen werden. Dies erfordert Strukturen, die nicht automatisch Mobilität erzeugen, dies wird in einem gesonderten Kapitel beschrieben.

Knappe Ressourcen könnten den Ausbau einzelner regenerativer Energien behindern. So werden für die bei Windkraftanlagen üblichen Permanentmagnete »Seltene Erden« benötigt, die auch für die Computertechnik und Elektromotoren verwendet werden. Für die im Jahre 2010 gebauten Windkraftanlagen waren dies rund 26.000 Tonnen der fast ausschließlich in China geförderten Seltene Erden, bis zum Jahre 2015 wird sich dieser Bedarf auf 48.000 Tonnen fast verdoppeln. Auch wenn es möglich ist, die Produktion in einigen Jahren durch Förderungen anderer Gebiete wie Nordamerika, den GUS-Staaten, Indien oder Australien auszuweiten, könnte die Nachfrage ab 2015 nicht mehr gedeckt werden. Auch ist die Förderung der Seltene Erden hochproblematisch, da durch die Förderung vergifteter Schlamm erzeugt wird. Dies war auch einer der Gründe, warum neben den Kostengründen die Produktion außerhalb Chinas (insbesondere in dem bis zu Beginn der neunziger Jahre Hauptförderland USA) weitgehend eingestellt wurde und diese auch im Sinne einer ökologischen Kreislaufwirtschaft nicht mehr vertretbar ist.

159 Einige Firmen bieten solche Häuser an z.B. eco-, evo oder iwakon-Passivhaus.

160 www.eurosolar.de

Dt-Solarpreis 2009/ Würdigung der Gemeinde Wildpoldsried

Durch moderne neu entwickelte Supraleiter lässt sich zwar die Abhängigkeit von den Seltenen Erden nicht völlig beseitigen, aber doch erheblich reduzieren. Diese benötigen bei gleicher Kapazität weniger als 1/100 der bisher benötigten Menge und sind zugleich deutlich leistungsfähiger. Bisher war eine stärkere Verwendung der Supraleiter vor allem an den Produktionskosten gescheitert.¹⁶¹

Eine konsequente Wiederverwendung in einem technischen Kreislaufs wäre auch ökonomisch sinnvoll.

Die genannten Probleme gelten nicht für den Ausbau der Photovoltaik.

Auch wenn durch staatliches Handeln unter den gegenwärtigen privatwirtschaftlichen Bedingungen bereits erste Schritte zu einer Umstellung auf regenerative Energien erreicht werden konnten, so erfordert ein möglichst schneller Umstieg Maßnahmen, die auf Marktgesetze keine Rücksicht nehmen müssen. Tazio Müller und Stephan Kaufmann stellen fest: »Ein kapitalistisch rentabler Klimaschutz bleibt systemisch bedingt hinter dem technisch möglichen und erst recht hinter den dramatischen Anforderungen zur Abwendung einer Klimakatastrophe zurück.«¹⁶²

Um eine Struktur der regenerativen und dezentralen Energieversorgung durchzusetzen und zu erhalten, erscheint es zwingend, diese, wie im ökosozialistischen Manifest von Belem gefordert, unter die Kontrolle der Gemeinden oder auch der Landkreise zu stellen.

4.3 Gesunde Nahrung für Alle

»Wir werden uns entweder ökologisch ernähren oder gar nicht mehr«¹⁶³ (Felix zu Löwenstein, Vorsitzender des Bundes Ökologische Landwirtschaft).

Ein klares Bekenntnis zur ökologischen Landwirtschaft findet sich im Manifest von Belem: »Transformation im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, in dem man soweit als möglich, für die lokale Nahrungsmittelversorgung eintritt, durch die Beseitigung der umweltverschmutzenden Agrarindustrie, durch die Schaffung nachhaltiger Agrarökosysteme sowie die aktive Wiederherstellung fruchtbaren Bodens.« An anderer Stelle werden »sauberes

¹⁶¹ www.zenergypower.com/images/Presse/PM/seltene-erden.pdf

Hierfür wurde die deutsche Tochtergesellschaft des britische Unternehmens Zenegry Power u.a. mit dem Innovationspreis der Hannovermesse und dem deutschen Umweltpreis ausgezeichnet.

¹⁶² Kaufmann/ Müller, S. 219. Zusammenfassung ihrer Positionen von Dieter Klein.

¹⁶³ Felix zu Löwenstein, Food Crash – Wir werden uns entweder ökologisch ernähren oder gar nicht mehr, 2011. Der Autor sieht die Existenz der kommerziellen Landwirtschaft als auf Dauer unmöglich an und plädiert für eine globale Umorientierung hin zur ökologischen Landwirtschaft.

Wasser und fruchtbare Böden wie auch der Zugang zu chemiefreien Lebensmitteln...« als »grundlegende menschliche und natürliche Rechte« bezeichnet.¹⁶⁴ Eigenartigerweise fehlt ein Verbot der grünen Gentechnologie. Dieses steht in der Ökologischen & sozialistischen Erklärung von Kassel. Der konsequenten Umsetzung einer lokalen Nahrungsmittelversorgung entspricht, dass hier auch ein Futtermittelimportverbot und das Ende der Lebensmittelexportsubventionen gefordert werden.¹⁶⁵

Dies setzt klare Rahmenbedingungen. Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Schutz des Menschen und der Umwelt« definiert die Kriterien einer entsprechenden Nachhaltigkeit wie folgt:

- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten.
- Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.
- Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umwelt orientieren.
- Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.¹⁶⁶

Diese Kriterien erfordern eine vollständige Umorientierung der am bisherigen Weltmarkt orientierten Landwirtschaft, was den Interessen großer Marktakteure völlig zuwider läuft.

So wäre die europäische Massentierhaltung, die auf dem Import von Futtermitteln aus beispielsweise Lateinamerika basiert, bei einer regionalen Orientierung lateinamerikanischer Produzenten, so nicht mehr möglich. Dies würde einen deutlichen Rückgang der europäischen Fleischproduktion bedeuten, wobei dann weniger zu deutlich besserer Qualität angeboten werden würde. Das verfehlte Essverhalten mit seinem überhöhten Fleischkonsum führt aber auch dazu, dass die Hälfte der deutschen Bevölkerung unter Übergewicht leidet. Bei einer gesunden Ernährung müsste der Fleischkonsum in Deutschland auf weniger als ein Drittel, der Verzehr von Milchprodukten auf achtzig Prozent und der von Eiern auf 60 Prozent seines heutigen Niveaus gesenkt werden. Mehr gegessen werden könnten hingegen Ge-

164 Die ökosozialistische Erklärung von Belem, S.4f.

165 Ökologische & sozialistische Erklärung von Kassel 2010.

166 www.nachhaltigkeit.info/artikel/13_bt_ek_mensch_umwelt_664.htm Auch die Autoren der Ökologischen Plattform beziehen sich auf diese Kriterien zur Nachhaltigkeit: Bimboes,/Brandt/ Scheringer-Wright, S.64.

müse, Obst, Getreideprodukte und Kartoffeln.¹⁶⁷ Diese Veränderung des Essverhaltens in Europa ist eine der größten Herausforderungen.

Mit einer ökologischen Landwirtschaft in Deutschland könnte der Bedarf für diese Ernährung laut einer Untersuchung von Detlef Bimboes, Götz Brandt und Johanna Scheringer-Wright auch ohne Importe bereit gestellt werden. Sie rechnen damit, dass die Erträge langfristig etwa zehn Prozent geringer liegen als bei der konventionellen Anbauweise bei gleichzeitiger Schonung von Natur und Ressourcen. Dabei sollen die Flächen für den Getreideanbau von 60 auf 40 Prozent reduziert werden, wobei heute rund die Hälfte des Getreides für die Fleischproduktion verwendet wird. Als Ersatz für das bisher verfütterte Getreide sollen Hülsenfrüchte angebaut werden. Der Hackfrüchteanbau (z.B. Kartoffeln) müsste ebenfalls ausgeweitet werden wie der bisher nur auf weniger als ein Prozent stattfindende Gemüseanbau. Brachflächen würde es nicht mehr geben können, wobei in diesem Szenario noch etwas mehr als zehn Prozent der Fläche für Bioenergie, also Ölpflanzen verwendet werden, die weitaus überwiegend für landwirtschaftliche Fahrzeuge genutzt werden können. Diese Anbauverteilung entspricht in etwa der in der ehemaligen DDR, die ihre Bevölkerung weitgehend selbst ernähren konnte.¹⁶⁸

Eine der Vorteile der biologischen Landwirtschaft gegenüber der konventionellen ist, dass eine einseitige Nutzung von Boden und Ressourcen zu Gunsten einer multifunktionalen Nutzung unterbleiben kann. Ein entsprechendes Konzept, das nicht nur auf die Landwirtschaft bezogen ist, ist die Permakultur. Deren *»Grundgedanke ist ein Wirtschaften mit erneuerbaren Energien und naturnahen Stoffkreisläufe im Sinne einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Nutzung aller Ressourcen.«*¹⁶⁹ Monokulturen unterbleiben, die einzelnen Flächen werden aufeinander für einen unterschiedlichen Pflanzenanbau abgestimmt und es wird eine unterschiedliche Tierhaltung genutzt. So sollen sich Einzelne und Gemeinschaften mit einem geringen Ressourcen-, Platz- und Zeitaufwand und einem Verständnis für natürliche Kreisläufe weitgehend selbst versorgen können. Permakultur-Projekte nutzen dabei u.a. die Speicherung von Regenwasser und Sonnenenergie, verwenden sie effizient, verbessern die Bodenfruchtbarkeit und praktizieren eine naturnahe Abfallvermeidung, bei der der Output des einen Systemelements als Input für die anderen genutzt wird.¹⁷⁰

Diese genannten Grundprinzipien lassen sich vor allem für die Länder des Südens mit der dort dominanten Subsistenzwirtschaft anwenden, da dieses Konzept vor allem auch für kleine Selbstversorgerflächen geeignet ist, die marktunabhängig

167 Bimboes/ Brandt/ Scheringer-Wright, S.47ff.

168 Bimboes, Brandt, Scheringer-Wright, S.53ff.

169 www.permakultur-institut.de/800.2/index.html (Homepage des Permakultur-Institut)

170 Onlinelexikon Wikipedia »Permakultur«.

bewirtschaftet werden. Die in der Erklärung von Belem geforderte weltweite Umstellung auf eine regionale Wirtschaftsweise anstelle der Globalisierung würde bisher für den (Futtermittel)import bestimmte Flächen für die regionale Versorgung öffnen. Eine ausreichende und gesunde Ernährung würde allerdings auch ein Verbot des Land grabbing und eine Bodenreform voraussetzen, also eine Umverteilung des von Agrokonzernen und Agroindustriellen bewirtschafteten Landes zu Gunsten von Kleinbauern und Landlosen. Es bedeutet auch (wie oben beschrieben) den Zugang zu (regenerativer) Energieversorgung und (neuem) technischen Wissen für den ökologischen Landbau. Für die Zerstörung von Wäldern und Böden sowie der Vernichtung natürlicher Ressourcen ist primär der am Weltmarkt orientierte Konzern oder Großgrundbesitzer verantwortlich.¹⁷¹

Anders als vom (west)deutschen politischen Mainstream erwartet, haben nach der Wiedervereinigung die ostdeutschen Bauern an den Gemeinschaftsbetrieben festgehalten. Gemeinschaftliche Betriebe können ihre Produkte besser vermarkten, effizienter wirtschaften und bieten den Einzelnen Sicherheit. Sie ermöglichen auch Menschen, denen sonst der Zugang zur Landwirtschaft aufgrund fehlenden Grundbesitzes oder finanzieller Möglichkeiten verwehrt wäre, in diesem Bereich zu arbeiten.¹⁷² Permakulturprojekte arbeiten gemeinschaftlich. Kostendeckende Preise für die Produzenten wären allerdings für das Funktionieren der dann ökologischen Landwirtschaft zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen laut Bimboes, Brandt und Scheringer notwendig.¹⁷³

Dieses Szenario ist den Marktinteressen einzelner Großproduzenten und vor allem den Lebensmittelketten entgegengesetzt, die heute die Preise diktieren und damit das Verhalten der (einkommensschwachen) Verbraucher steuern können. Die Gemeinschaften und deren Zusammenschlüsse könnten ebenso gut auch den Vertrieb ihrer Produkte übernehmen. Die wenigen Lebensmittelketten wären überflüssig. Sofern ein Existenz sicherndes Einkommen gewährleistet werden kann, gäbe es auch keine Argumente dafür, Lebensmittelpreise unter Kostendeckung zu subventionieren.

Schon in der heutigen Zeit haben es die Landwirte in Deutschland in der Hand, den Flächenanteil von knapp sechs Prozent der biologischen Landwirtschaft zu erhöhen. Zum derzeitigen Zeitpunkt gibt es keine wirklichen ökonomischen Hindernisse für eine Umstellung. Im Gegenteil: Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind die Verdienste in der ökologischen Landwirtschaft sogar etwas besser als bei konventionellen Landwirten. Ziel ist hiernach der 20 Prozentige Anteil.¹⁷⁴ Eine

171 vgl. Kapitel 2.4. Zerstörung von Wald, Böden und von Arten.

172 Bimboes/ Brandt/ Scheringer-Wright, S.62f.

173 Bimboes/ Brandt/ Scheringer-Wright, S.66.

174 Umweltbundesamt zum ökologischen Landbau:

www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=3139

weitere Erhöhung wird dann aber an Grenzen stoßen, wenn bei den gegenwärtigen Marktstrukturen dieser Anteil gesättigt ist.

Erste Reformschritte wären eine komplette Veränderung der Förderstruktur und des Steuersystems sowie rechtliche Bestimmungen zu Gunsten des ökologischen Landbaus und einer regionalen Vermarktung durch eigene Vertriebsstrukturen. Auch eine Exportsubventionierung müsste unterbleiben. Gefördert werden sollten ausschließlich ökologische Landwirtschaft bzw. Maßnahmen des Umweltschutzes. Eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft sollte finanziell unterstützt werden.

Hinzu kommen planerische Maßnahmen wie die Verhinderung einer Ansiedlung von Discountern auf der grünen Wiese oder von Betrieben der Massentierhaltung.¹⁷⁵ Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Erhöhung von niedrigen Löhnen und der Hartz-IV-Sätze den Anteil der biologischen Landwirtschaft erhöhen helfen, da diese Bevölkerungsgruppen sich dann eher die entsprechenden Lebensmittel kaufen könnten.

Gerade im Bereich der Landwirtschaft zeigt sich, dass es vor allem auf eine Änderung des Ernährungsverhaltens und damit auch des Lebensstils ankommt: Vor allem der völlig überhöhte Fleischkonsum in Europa müsste drastisch reduziert werden. Dafür würde der Verbraucher aber auch bessere Produkte bekommen und gesünder leben können.

4.4 Verkehrsvermeidung

In einer Kreislaufwirtschaft ist es notwendig, zukünftig jeden unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden. Dies bedeutet, dass sowohl mobilitätserzeugende Strukturen verändert werden müssen als auch Mobilität im Sinne einer Kreislaufwirtschaft möglichst mit regenerativen Energien erfolgen muss. Dies macht eine umfassende Einschränkung, Planung und Steuerung von Verkehr und Transport erforderlich.

Dies steht im krassen Widerspruch zu den heutigen Wirtschaftsstrukturen, deren Funktion auf uneingeschränkte Verkehrsstrukturen beruht. Durch die Entwicklung eines Weltmarktes und der späteren Globalisierung ist ein immer stärkeres Maß von Mobilität erforderlich. »Masse und Geschwindigkeit« werden so für den Menschen bestimmend. Raum und Zeit immer mehr verdichtet. Zeit wird seit dem 18. Jahrhundert zu einem immer wichtigeren (knappen) Faktor. Immer schneller handeln oder große Distanzen überbrücken zu können wird zu einem Vorteil im globalen Wettbewerb und durchdringt alle Bereiche des menschlichen Lebens.¹⁷⁶

175 Bimboes/ Brandt/ Scheringer-Wright, S. 73-80. Hier werden ausführlich einzelne Schritte vorgestellt wie unter den heutigen Rahmenbedingungen eine Umstellung der Landwirtschaft bis zum Jahre 2050 erreicht werden kann.

176 Altvater, S. 73ff; Engert, S. 90ff. Schon Karl Marx hat im Kapital (MEW Bd. 25, S.80.) darauf hingewiesen, dass sich

Statt Beschleunigung »Entschleunigung«? In diesem mittlerweile inflationär gebrauchten Begriff spiegelt sich das Unbehagen an einem allgegenwärtigen Zeitdruck, einem Zwang zur Mobilität und von Geschwindigkeit als Wert an sich wieder.¹⁷⁷

Verkehr und Geschwindigkeit kosten Ressourcen, die nicht mehr unendlich zur Verfügung stehen. Unsinniger und strukturbedingter Verkehr muss also unter allen Umständen vermieden werden. Oben wurde ausgeführt, dass die heutige globalisierte Landwirtschaft einer ökologischen Produktionsweise und dem Interessen der Kleinbauern in den Ländern des Südens entgegen steht. Aus sozialen und ökologischen Gründen ist auch eine Regionalisierung der Wirtschaft in anderen Bereichen erforderlich, worauf noch einzugehen ist. Die energieverwendenden Folgen der »globalen Arbeitsteilung«, die überlange und unnötige Transportwege erfordern, können so vermieden werden.

So wäre es ein erster Schritt mittels einer Flugsteuer zur Einschränkung des ressourcenfressenden Flugverkehrs solche ökologisch unsinnigen Projekte (z.B. Krabben zunächst nach Afrika zu fliegen, dort unter Billiglohnbedingungen die Krabbenpuhlerei durchführen zu lassen und die fertige Ware dann zurück zu deutschen Nordseeküste zu bringen), bereits im Kapitalismus unrentabel werden.

Dies bedeutet nicht, dass Menschen nicht mehr mobil sein sollen, eingeschränkt werden muss aber der Zwang zur Mobilität. Dies bedeutet, dass die alltäglichen Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Einkaufen, wichtigen Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten drastisch verkürzt werden müssen. Vor allem seit der individuellen Massenmotorisierung durch das Auto in den letzten fünfzig Jahren fallen in der Entwicklung unserer Städte diese Bereiche räumlich immer weiter auseinander und machen immer größere Wege erforderlich. Viele Dörfer und Stadtteile sind mittlerweile zu reinen Schlaforten verkommen, wo sich keinerlei Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten oder wichtige Dienstleistungen mehr befinden.

Der Wiener Verkehrswissenschaftler Hermann Knoflacher sieht den Beginn dieser negativen Entwicklung bereits durch die Einführung der Eisenbahn und der Faszination der Menschen des 19. Jahrhunderts für die Technik, die bewirkt habe, dass die städtebaulichen Anforderungen gegenüber dem Ausbau der Verkehrswege zurückgestellt wurden. Den Idealzustand sieht er in der Stadt der kurzen (Fuß)wege des Mittelalters.¹⁷⁸ Allerdings waren die Städte damals vergleichbar überschaubar. Auch lässt sich die Entwicklung der Städte nicht losgelöst von der Gesamtentwicklung betrachten. Faktisch ist aber der Trend zur autogerechten Stadt der lan-

durch eine Beschleunigung von Transportwegen schneller Gewinne realisieren lassen.

177 Onlinelexikon Wikipedia, »Entschleunigung«. In Österreich gibt es sogar einen »Verein zur Verzögerung der Zeit«.

178 Hermann Knoflacher, Städtebau aus der idealisierten Sicht eines Verkehrsplaners, S.2f, auf:www.stadtbaukunst.org

gen Wege von Städteplanern und Kommunalpolitikern nicht nur hingenommen, sondern auch gefördert worden, statt diesem entgegenzutreten.

Ziel hingegen müssen wieder multifunktionale städtische Räume sein, in denen die Trennung zwischen Schlafen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und wichtigen Dienstleistungen aufgehoben ist. Das dies dem Wunsch vieler Bürger entspricht, wird an der Beliebtheit der Innenstädte als Wohnorte deutlich. Es werden durch das Wegfallen des Mobilitätsweges nicht nur Energie und Zeit gespart, sondern auch Kosten.¹⁷⁹

Im ökosozialistischen Manifest findet sich die Forderung nach einer drastischen Reduzierung des privaten individuellen LKW- und PKW-Verkehrs zu Gunsten eines öffentlichen Transportwesens.¹⁸⁰ Dies ist nur konsequent, da die öffentlichen Transportmittel Bahn oder Bus wesentlich weniger zum Kohlendioxid oder Stickstoffausstoß beitragen als das Auto bzw. als das Flugzeug.¹⁸¹

Für den Öffentlichen Nahverkehr hat Winfried Wolf eine Studie vorgelegt, demzufolge Berlin seine derzeitige Verkehrsleistung weitgehend ohne privaten Autoverkehr bewältigen könne. Dabei setzt er vor allem auf die Straßenbahn als besonders umweltfreundliches Verkehrsmittel, das zudem im Gegensatz zu U- und S-Bahn für ein dichtes Haltestellennetz geeignet ist und auch auf Schienen der Fahrbahn fahren kann. Die U-Bahn, so rechnet er vor, ist vergleichsweise unwirtschaftlich. Am Ende der zwanziger Jahre, die Wolf für den Berliner ÖPNV als ideal ansieht, wurde mehr als die Hälfte aller Wege, die nicht zu Fuß oder das Fahrrad zurück gelegt worden, durch die Straßenbahn bewältigt. Durch komfortable Wege, eine größere Sicherheit und Mitnahmemöglichkeiten könnten auch das Fahrrad fahren und zu Fuß gehen gefördert werden.¹⁸² Elektrisch betrieben könnten alle öffentlichen Verkehrsmittel regenerativ sein.

Autos als Verkehrsmittel haben nicht nur den Nachteil des Schadstoffausstoßes, der bei elektrischen, mit regenerativen Strom betriebenen Fahrzeugen nicht mehr anfallen würde, sondern sie brauchen auch eine Menge Platz, Infrastruktur und sind vor allem unfallträchtig. Wie Winfried Wolf belegt, behindern und gefährden sie die übrigen Verkehrsteilnehmer.¹⁸³ Auch wenn es möglich ist, komplett recycelbare Autos zu bauen¹⁸⁴, so sollten diese aus den oben genannten Gründen

179 Vittorio Magnago Lampugnani, Die Architektur der städtischen Dichte, auf: www.stadtbaukunst.org

180 Ökosozialistische Erklärung, S.4f.

181 Unter den heutigen Bedingungen ist der Schadstoffausstoß von Autos pro km um ein Vielfaches höher als der von Bahn oder Bus. Das hier ungünstigste Verkehrsmittel ist allerdings das Flugzeug.(Vgl. Winfried Wolf, Berlin – Weltstadt ohne Auto, 1994, S.290 bzw. <http://marktcheck.greenpeace.at/oekobilanz-verkehrsmittel.html> (Greenpeace 2012).

182 Wolf, 1994., vor allem: S.239-281.

183 Wolf, 1994., S. 155.

184 Onlinelexikon Wikipedia »Soybean Car«: Ford hat bereits 1941 ein Auto gebaut, das aus rein pflanzlichen Stoffen, vor allem Hanf, aber auch Soja und Sisal hergestellt war. Im heutigen Brasilien haben Wissenschaftler aus Bananen und Ananas

allenfalls als Taxis oder in besonderen Fällen wie für Behinderte oder als alternatives Transportmittel zum Bus im dünn besiedelten ländlichen Raum zum Einsatz kommen.

Für den Fernverkehr und Ferntransport bietet sich vor allem die Bahn als flexibles und schnelles Massenverkehrsmittel an, das auch so nicht nur das Auto, sondern auch das Flugzeug bei Kurzflügen ersetzen könnte.

Beim Antrieb von Luftschiffen bzw. von Flugzeugen könnte auf das bisher übliche Kerosin oder andere konventionelle Treibstoffen verzichtet werden. Diese könnten mit kaltgepresstem Pflanzenöl betrieben werden oder mit Solartechnik. Letztgenanntes käme vor allem für Luftschiffe in Frage, die einen niedrigen Energieverbrauch haben und flexibler landen können als Flugzeuge.¹⁸⁵ Die Solartechnik ist bisher bereits für kleinere Flugzeuge ausgereift.

Zu den bisher größten Kohlendioxidschleudern gehört die Schifffahrt, die das extrem schwefelhaltige Schweröl als Brennstoff einsetzt. So verbrauchen die Handelsflotten weltweit durchschnittlich 1 Mio. Tonnen Schweröl am Tage und emittieren eine Milliarde Kohlendioxid in die Atmosphäre. Möglich wäre es aber auch, ein energieautonomes Schiff aus recycelbaren Material einzusetzen. So könnte wieder auf die Windenergie zurückgegriffen werden oder an den Bordwänden Solarstrom erzeugt werden.¹⁸⁶

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werden Städte bzw. Raumplanung kommunal und ein Gutteil des Verkehrs öffentlich organisiert. Vor etlichen Jahrzehnten war der Anteil vor allem am Fernverkehr noch höher. Von Kriegsende bis 1962 war die Deutsche Lufthansa vollständig im staatlichen Besitz.¹⁸⁷ Die Deutsche Bahn ist dies noch heute trotz privatwirtschaftlicher Strukturen. Eine vollständige öffentliche Kontrolle des Verkehrssektors erscheint vergleichsweise leicht durchführbar.

4.5 Zusammenfassung

In den wichtigen Bereichen Produktion, Energie, Landwirtschaft und Mobilität/Verkehr ist eine Kreislaufwirtschaft – wie sie von Ökosozialisten gefordert wird – bereits technisch möglich.

für den Karosseriebau geeignete Nanozellulosekunststoff entwickelt: www.golem.de/1103/82455.html. Allerdings könnten solche Fahrzeuge nicht mehr die Geschwindigkeiten der heute üblichen erreichen.

185 Scheer, S. 214f.

186 Scheer, S. 213 Einige Möglichkeiten zu Solar- und Elektroschiffen bei www.kopf-solarschiff.de. Oder Onlinelexikon Wikipedia »Türanor PlanetSolar«. Genannte Schiffe sind nicht auf ihre Recycelbarkeit getestet worden. Die Schifffahrtsgesellschaft Maersk Line, will hiernach ab April 2011 Schiffe nach den Cradle to Cradle-Kriterien bauen.

187 Onlinelexikon Wikipedia »Lufthansa«.

Insbesondere in den Bereichen Ernährung und Mobilitätsverhalten würden diese - zumindest in Deutschland und anderen Industrieländern - aber eine erhebliche Veränderung von Lebensgewohnheiten voraussetzen müssen.

Kaum vorstellbar erscheint es, einen solchen Umbau in relativ kurzer Zeit durch die Kräfte des Marktes zu bewerkstelligen, wenn auch wie im Green New Deal gefordert, staatliche Eingriffe erfolgen könnten. Vor allem muss ein solcher Umbau so abgefedert werden, dass die Existenz von Menschen nicht gefährdet wird. Dies widerspricht einer marktwirtschaftlichen Wachstums- und Gewinnlogik und damit den Interessen des Marktes.

Viele der einzelnen Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Energie und Produktion sind aber unter den Bedingungen des Kapitalismus erdacht worden; vielfach von Menschen, die keine grundlegende Veränderung der marktwirtschaftlichen Strukturen wollen bzw. sich diese nicht vorstellen können. Es wird deutlich, dass sich ein Umbau durchaus auch schon unter kapitalistischen Bedingungen anschieben lässt, allerdings ist dies ein äußerst langsamer und begrenzter Umbau mit ständigen Rückschrittsgefahren. In der gegenwärtigen Situation reicht dies nicht mehr aus. Ein Nebeneinander von Kreislaufwirtschaft und konventioneller Wirtschaftsweise würde zudem an den grundlegenden Problemen nichts verändern. Es bedarf also neuer Strukturen, um möglichst schnell zu einer Wirtschaftsweise gelangen zu können durch die weitere Umweltschäden vermieden werden können. Dass der Gedanke eines ressourcenbewahrenden Wirtschaftens nicht neu ist, zeigt die Lebensphilosophie des Buen Vivir einzelner indigener Völker in Lateinamerika, auf den unten noch eingegangen wird.

5. Demokratie und Planung durch öffentliches Eigentum

Trotz freier Wahlen, freier Meinungsäußerung und Grundrechten sind wesentliche Bereiche menschlichen Zusammenlebens bislang nicht demokratisch organisiert. Dies gilt vor allem für die Ökonomie, deren Gestaltung durch gewählte Parlamentarier nicht möglich ist. Auch zeigt sich im Bereich der Gesetzgebung der Einfluss der wirtschaftlich Mächtigen. Im Programm von DIE LINKE heißt es dazu: *»Der Kapitalismus hat die Grundlagen von Demokratie als Herrschaft des Volkes weitgehend untergraben. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Entscheidungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen und so der demokratischen Kontrolle entziehen.«*¹⁸⁸ Demokratie muss also alle Lebensbereiche umfassen, auch die Ökonomie. Wirtschaft und Staat sollen und können nicht mehr als verschiedene voneinander losgelöste Bereiche angesehen werden.

188 Programm Partei DIE LINKE, 2011, S.33f.

Wirkliche Demokratie setzt auch voraus, dass sich Menschen von gleich zu gleich begegnen können. Eine massive soziale Ungleichheit erschwert vielen Menschen den Zugang zu Bildung und Informationen sowie eine demokratische Beteiligung.

In zahlreichen Ländern, so auch in Deutschland, ist die kommunale Ebene weitgehend machtlos, staatliche Strukturen sind eher zentralistisch aufgebaut.

5.1 Was muss öffentlich sein?

Eine demokratische Planung der Ökonomie setzt voraus, dass deren entscheidende, zu planenden Sektoren nicht mehr privatwirtschaftlich, sondern öffentlich organisiert sind. Der Ökosozialist Michael Löwy schreibt dazu: *»Die Entscheidungen der öffentlichen Ordnung bezüglich Investitionen und technologischem Wandel müssen den Banken und kapitalistischen Unternehmen entzogen werden, wenn man will, dass sie dem Gemeinwohl der Gesellschaft und der Erhaltung der Umwelt dienen. Die Gesellschaft als Ganzes wird frei sein, über die Bevorzugung von Produktionslinien demokratisch zu entscheiden – nach sozialen und ökologischen Kriterien – und über den Umfang der Ressourcen, die in Alternativenenergien, Bildung, Gesundheit oder Kultur investiert werden sollen.«* Eine Absage erteilt er allerdings einer alles umfassenden Planung, die *»... die Verwaltung von kleinen Restaurants, Kaufläden, Bäckereien, kleinen Kaufhäusern, Handwerksbetrieben oder Dienstleistern«* betreffen würde. Auch eine Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben wäre nicht tangiert.¹⁸⁹

Grundsätzlich ähnlich wird, wie oben dargestellt, im Parteiprogramm von DIE LINKE die öffentliche Kontrolle der Daseinsvorsorge, der gesellschaftlichen Infrastruktur, der Energiewirtschaft und des Finanzsektor sowie *»eine demokratische Vergesellschaftung weiterer Struktur bestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum«* gefordert.¹⁹⁰ Dabei erklärt auch DIE LINKE, dass ein allumfassendes Staatsvermögen aufgrund der historischen Erfahrungen nicht ihr Ziel sei und verbindet dies mit einem Bekenntnis zu Kleinunternehmen, Arbeiterselbstverwaltung und dem solidarischen Sektor.¹⁹¹

Winfried Wolf sieht eine Vergesellschaftung der Banken als notwendig an, um unter heutigen Bedingungen durch eine Steuerung des Finanzwesens die wirtschaftliche Stabilität wieder herzustellen, die Funktion auf die realwirtschaftliche Aktivität zu begrenzen und weltweite Finanzgeschäfte transparent zu machen.¹⁹²

189 Michael Löwy, Klimawandel: Ein Beitrag zur Debatte, in; INPREKORR 456/457 (2009)

190 Programm Partei DIE LINKE, 2011, S.5 sowie Kap. 2.6.

191 Programm Partei DIE LINKE, 2011, S.23ff.

192 Wolf, 2009, S.200.

Bereits unter den heutigen Bedingungen sind in Deutschland und anderen Ländern die Gemeinden und Kreise für wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Recyclingkontrolle, Wasser- und Energieversorgung sowie Öffentlicher Nahverkehr zuständig, wobei diese Rolle wie unten beschrieben wird, in den letzten Jahrzehnten erheblich geschwächt worden oder durch Konzessionsverträge vor allem im Bereich der Energieversorgung (freiwillig) abgegeben worden ist. Hinzu kommen in einzelnen Städten oder Kreisen unterschiedlich öffentliche Wohnungsunternehmen, Krankenhäuser, Sparkassen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Sportstätten. Auf gesamtstaatlicher Ebene würde dann das übrige Bankensystem, der Fernverkehr (inkl. des Flugverkehrs), die überregionale Energieversorgung, die Verteilung knapper Ressourcen und wie bis in die neunziger Jahre der Informations- und Medienbereich mit Post, Telekommunikation, Fernsehen und als neues Medium das Internet. Hinzu käme neben der Regelung der Krankenversicherung auch der Bereich der Produktion von Medikamenten.

Wie es sowohl von Löwy als einem der international wichtigsten Theoretiker des Ökosozialismus als auch von der Linkspartei gefordert wird, ist es das Ziel, über einen ausreichend starken öffentlichen Sektor eine strukturelle demokratische Kontrolle der Wirtschaft ausüben zu können. Hinzu kommen Bereiche bei denen es im Wesentlichen um Grundbedürfnisse des Menschen oder solche Bereiche geht, die im Sinne eines Überlebens der Menschheit ökologisch organisiert werden müssen.

Ergänzt werden würde dieser öffentliche Sektor durch den bislang vernachlässigten Bereich der gemeinnützigen, durch Privatpersonen getragenen Dienstleistungstätigkeiten von freien Trägern im kulturellen, sozialen, ökologischen oder Jugendbereich. Dieser gemeinnützige Sektor könnte durch eine öffentliche - von den Kreisen zu steuernde - Beschäftigung unterstützt und gefördert werden.¹⁹³

An der Frage, ob es neben dem skizzierten öffentlichen Sektor noch so etwas wie einen marktwirtschaftlichen Sektor geben sollte, scheiden sich innerhalb der Linken die Geister. Sarah Wagenknecht schreibt, dass ein kreativer Sozialismus *»mehr und nicht weniger Wettbewerb wolle.«*¹⁹⁴ Dies funktioniert wie oben ausgeführt allerdings nur, wenn es keine Übermacht einzelner Anbieter gibt, auch haben sich die Auswirkungen der Spekulation mit Unternehmensanteilen als schädlich erwiesen. Manfred Sohn widerspricht und erteilt auch Nischenmärkten eine grundlegende Absage, da auch diese grundsätzlich der Gewinnmaximierung unterworfen seien.¹⁹⁵

193 Dies entspricht den von DIE LINKE geforderten Finanzierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors.

194 Wagenknecht, a.a.O., S.345.

195 Manfred Sohn, Der dritte Anlauf, 2012, S. 102.

Wie oben beschrieben fordert aber auch Sarah Wagenknecht grundsätzlich einen starken selbstverwalteten Sektor und die Zerschlagung der als wirtschaftlich schädlich betrachteten Konzerne. Als logische Konsequenz des nicht von der Gemeinschaft kontrollierten Wirtschaftsbereiches bietet sich hier selbstverwaltetes und genossenschaftliches Eigentum an. Dies könnte vor allem auch die Landwirtschaft betreffen.

Letztendlich kann und soll in der vorliegenden Arbeit nicht die Frage beantwortet werden, wie viel Privatwirtschaft und Markt es noch im Ökosozialismus geben kann. Entscheidend für die Durchsetzung einer demokratischen Planung anstelle des Marktes ist die Kontrolle der oben skizzierten Schlüsselbereiche und die Aufhebung der Konzentration von privatwirtschaftlicher Macht.

In der Logik des Ökosozialismus, erscheint Ökosozialismus in einem Land oder auch in einer einzelnen Weltregion kaum realisierbar. Es wäre in der Tat nur wenig damit gewonnen, wenn ein Teil der Menschheit in einer Kreislaufwirtschaft leben, aber ein anderer Teil weiterhin das Klima anheizen und die Welt verschmutzen und verseuchen würde. Auch Marx und Engels sowie Trotzky sind von einem weltweiten Sozialismus ausgegangen.¹⁹⁶

In der gegenwärtigen Lage erscheint eine weltweite Revolution oder auch Evolution noch unwahrscheinlicher, als wie in Lateinamerika geschehen die Umwandlung einzelner Staaten. Bleibt für einzelne sich zum Sozialismus bekennenden Völkern, die Möglichkeit der wie von Wagenknecht skizzierten Mischform mit einem starken öffentlichen Sektor. Eine öffentliche Planung in den Kernbereichen könnte nämlich auch ohne eine weltweite Verankerung eines ökosozialistischen Modells erfolgen. Sie ist sogar im begrenzten Umfang unter kapitalistischen Bedingungen möglich.

Ihr Erfolg und die Umstellung auf eine wirkliche Kreislaufwirtschaft wird aber im Wesentlichen davon abhängen, inwieweit und wann sich ein ökosozialistisches Modell weltweit verankern wird.

5.2 Weltweite Planung?

Ein mögliches Modell für eine weltweite demokratische Planung und der Wertstellung von Waren und Dienstleistungen liefert die Äquivalenz-Ökonomie oder auch

¹⁹⁶ Engert, S.80f. Er zitiert Engels, in: MEW, Bd. 4, Berlin (O) 1974, S. 361-380. Der Ökosozialist Klaus Engert sieht Stalins Weg vom »Sozialismus in einem Lande« als unmarxistisch an und hierin einen Grund des Scheiterns des real existierenden Sozialismus. Engert hatte auch die deutsche Übersetzung des Ökosozialistischen Manifestes von Belem vorgenommen.

Sozialismus-21-Konzept von Arno Peters¹⁹⁷ und Heinz Dieterich¹⁹⁸ sowie auch ähnlich bei den beiden schottischen Sozialisten, dem Ökonomen Allin Cottrell und dem Computerwissenschaftler Paul Cockshott, die vor allem in Lateinamerika auf Resonanz gestoßen sind. Diese besteht im Wesentlichen aus folgenden Kernpunkten:

- Die gesamte weltweite Ökonomie ist zumindest in ihren Kernbereichen planwirtschaftlich organisiert.
- Das digitale Zeitalter ermöglicht eine weltweite zentrale Wirtschaftsplanung, die eine Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen ermöglicht.¹⁹⁹
- Preise und Entlohnung richten sich (im Wesentlichen) nach der aufgewendeten Zeit, wobei sämtliche Bereiche (direkte Arbeit, Planung/ Verwaltung, Vorleistungen, Arbeitsmittel) berücksichtigt werden sollen. Zwar sind gewisse Übergangsregeln denkbar, jedoch soll die Art der Arbeit bzw. die Qualifikation keine wesentliche Rolle bei der Bezahlung mehr spielen. Dies würde auch für die Preise gelten, bei denen aber bei Dieterich, nicht bei Peters, auch »Energie-quota« in die Berechnung mit eingehen könnten.²⁰⁰
- Das Internet ermöglicht weltweite demokratische Entscheidungsprozesse. Vertretungskörperschaften werden überflüssig. Die Diskussion würde im Netz stattfinden.²⁰¹
- Einzelne Regionen befriedigen ihren Bedarf aus eigener Produktion/ Dienstleistung selbst. Erst wenn dies nicht möglich ist, wird überregionale Produktion/ Dienstleistung in Anspruch genommen.²⁰²

Dieses Modell wird von einzelnen Ökosozialisten wie Götz Brandt grundsätzlich positiv bewertet.²⁰³ Zumindest wird hier erstmals aufgezeigt, wie unter den heutigen technologischen Bedingungen eine demokratische weltweite Planung von knappen Gütern funktionieren könnte. Kritisch zu sehen ist sicherlich die These, Vertretungskörperschaften würden durch mögliche Diskussionen und Abstimmungen im Internet überflüssig. So ist es auch bisher der Piratenpartei nicht gelungen Parteitage online durchzuführen.²⁰⁴ Eine grundsätzliche Abschaffung

197 Der deutsche Historiker und Kartograph Arno Peters wurde mit seiner maßstabsgetreuen Weltkarte bekannt.

198 Heinz Dieterich ist ein deutscher Sozialwissenschaftler und Ökonom, der an der Universität Mexiko lehrt und zeitweise als Berater des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez galt.

199 Dieterich, S. 118. Arno Peters, Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Global-Ökonomie, 1996, S. 24f.

200 Dieterich, S. 160– 170. Hier wird die von Peters entwickelte Peters-Rose dargestellt, die ein Rechenmodell zur Ermittlung der aufgewendeten Zeit und damit des Wertes eines Produktes darstellt.

Peters, a.a.O., S. 22f.

201 Am deutlichsten vertritt dies Peters in seinem Interview mit Dieterich, vermutlich 2000, eingestellt am 6.3.2009, abrufbar über www.puk.de bzw. You tube.

202 Heinz Dieterich, Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006, S. 118. Der Autor zitiert aus einem eigenen Interview mit Arno Peters, auf dem er sich ausdrücklich in seinem Grundlagenbuch bezieht.

203 Götz Brandt, Ökologische Umbrüche und Technik, 2011, S. 56 Das Bekenntnis des Sprechers der ökologischen Plattform ist hier sehr allgemein formuliert, auf einzelne Punkte wird nicht eingegangen.

204 Tagesschau.de Piraten beraten über Probleme bei der Abstimmungssoftware.

von Vertretungskörperschaften zu Gunsten einer weltweiten Basisdemokratie ist ansonsten bisher nicht gefordert worden.

Umstritten ist unter Linken aber auch die Notwendigkeit einer zentralen Wirtschaftsplanung und die Wertbestimmung. So ist es zweifelhaft, ob eine Ware ausschließlich nach der Arbeitszeit bewertet bzw. die Arbeit ausschließlich nach der verausgabten Zeit entlohnt werden kann.²⁰⁵ Löwy sieht die Preisbestimmung der Güter im Ökosozialismus als politische Entscheidung: »Die Preise der Güter würden dann nicht mehr länger dem Gesetz von Angebot und Nachfrage entsprechen, sondern soweit möglich nach sozialen, politischen und ökologischen Kriterien bestimmt werden.«²⁰⁶ Der niedersächsische Landesvorsitzende der LINKEN Manfred Sohn bezieht sich in seiner Kritik ebenfalls positiv auf die vor genommene Wertbestimmung, wobei er aber den Ansatz einer zentralen Planung ablehnt und stattdessen eine konsequente Regionalisierung und Kommunalisierung fordert.²⁰⁷ Jochen Tesch fragt zu Recht: »Welche Eigenverantwortung, welche demokratischen Entscheidungsspielräume verbleiben unter solchen Bedingungen den Kommunen und den unmittelbaren Produzenten?«²⁰⁸

5.3 Statt Globalisierung Regionalisierung und Dezentralisierung

Zahlreiche der oben skizzierten ökologischen und sozialen Probleme haben ihre Ursache in einem uneingeschränkten Welthandel, auf dem Starke mit Schwächeren konkurrieren und sich die ökonomisch Schwächeren den ökonomisch Starken anpassen müssen. Dies gilt aber nicht nur im Weltmaßstab: Auch in einzelnen Industrieländern gibt es abgehängte Regionen, die im »Standortwettbewerb« kaum noch konkurrenzfähig sind wie beispielsweise der größere Teil Ostdeutschlands. In der Eurozone zeigt sich gerade anhand der Finanzkrise die Diskrepanz zwischen südeuropäischen Ländern wie Portugal und Griechenland einerseits und beispielsweise Deutschland andererseits, dessen Exportorientierung die Krise dieser Länder verursacht hat. Die Großen werden immer größer und die Kleinen werden geschluckt.

Sowohl aus ökologischer als auch sozialer Perspektive ist auch unter heutigen Bedingungen eine Regionalisierung der Wirtschaft dringend als Einschränkung eines unbeschränkten Welthandels geboten.

205 Ingo Stütze, Dem Wert auf der Spur: Von der Unmöglichkeit, den Wert zu messen, ohne sich einen abzubrechen. Eine Kritik der Äquivalenzökonomie und ihrer Kritiker, in: Z., Nr. 71, S.158. Der Marxist Stütze bezeichnet es als Unmöglichkeit, überhaupt einen Wert von Arbeit und Ware zu ermitteln.

Joachim Tesch, Sozialismus aus dem Computer, S.2f, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Heft 69 (2007).

206 Michael Löwy, Klimawandel: Ein Beitrag zur Debatte, in; INPREKORR 456/457 (2009).

207 Sohn, S. 100ff.

208 Tesch, S. 7f.

Einschränkungen des Welthandels sind nicht neu: Bereits seit der frühen Neuzeit haben einzelne Staaten wie die USA immer wieder versucht ihre Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz durch hohe Einfuhrzölle zu schützen.²⁰⁹ Auch in der heutigen Zeit wird von Marktmächtigen wie der EU ein Protektionismus gegenüber Drittweltländern im Bereich von Lebensmittelimporten und der Förderung von eigenen Exporten betrieben.

Eine Regionalisierung wäre aber ein Prozess, um benachteiligte Staaten und Regionen, eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. Dabei handelt es sich nach der Definition des »Kompetenz- und Kooperationsforum Postfossile Zukunft« um einen »Prozess, durch den sich eine Region, ein Verwaltungsbezirk, eine Stadt oder ein Stadtviertel aus der überhöhten Abhängigkeit von der globalen Wirtschaft befreit und die eigenen Möglichkeiten einsetzt, um einen erheblichen Anteil der Energie sowie der Güter, Nahrungsmittel und Dienstleistungen aus den vor Ort verfügbaren finanziellen und natürlichen Ressourcen und dem lokalen Humankapital zu erzeugen.«²¹⁰ Weitergedacht bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als dass die heutige »weltweite Arbeitsteilung« oder auch Globalisierung der Wirtschaft überwunden werden muss. Eine eigene Entwicklung innerhalb der globalisierten Weltmarktstrukturen ist für ärmere Länder unmöglich. Deren Ökonomie muss jenseits übermächtiger Konkurrenten wieder Raum für die eigene Entwicklung bekommen. Die oben dargestellten Konzepte zur Energiepolitik und Landwirtschaft entsprechen dieser Regionalisierung.

Eine Regionalisierung ist nicht mit Autarkie zu verwechseln. Ein weltweiter Warenaustausch würde weiter stattfinden. Er würde sich aber darauf beschränken, die jeweiligen lokalen Überschüsse und diejenigen Waren, die in einzelnen Gebieten nicht verfügbar sind, auszutauschen.

Das Ziel der angestrebten solidarischen Weltwirtschaft wäre überhaupt erst eine Entwicklung in Gang setzen zu können, um langfristig zu ausgeglichenen Handels- oder besser Warenaustauschbeziehungen zu kommen. Die konsequente Regionalisierung könnte mit Hilfe einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung und einer konsequenten Berücksichtigung der Transportkosten beim Preis des Produkts in einer solidarischen Ökonomie Abhilfe schaffen.

Gerade im Sinne einer demokratischen Wirtschaftsplanung müssen die Menschen vor Ort über ihre lokale Ökonomie entscheiden können. Eine entscheidende Rolle würden dann die Kommunen spielen können.

209 Onlinelexikon Wikipedia (englisch) »Protectionism«. Die USA verdanken ihren Aufstieg als Industriemacht einer konsequenten Zollpolitik zum Schutz der einheimischen Industrieprodukte im 19. Jahrhundert. Das Ziel gegenüber ihrer ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien konkurrenzfähig zu werden, konnte so erreicht werden.

210 www.postfossile-zukunft.de/node/9

5.4 Starke und demokratische Kommunen

In der heutigen kapitalistischen Bundesrepublik sind die Gemeinden und Landkreise chronisch unterfinanziert, da ihnen nur etwa ein Siebtel der gesamten deutschen Steuereinnahmen mit ständig sinkender Tendenz zur Verfügung steht. Nur noch eine Minderheit kann ihren Haushalt ausgleichen, eine deutliche Mehrheit muss ihre Haushalte von den Ländern genehmigen lassen. Die Folgen sind als »Zukunftsverträge« bezeichnete Entschuldungsprogramme, die einen massiven Stellenabbau, ein Schub in Richtung Privatisierung, die ständige Unterfinanzierung von lebenswichtigen Bereichen wie Gesundheit oder Bildung, die Schließung kommunaler Einrichtungen oder die Kürzung von als freiwillig angesehenen Zuschüssen für örtliche freie Träger und Initiativen zur Folge haben. Damit zusammenhängend schließen sich immer mehr finanzschwache Gemeinden mit anderen zusammen. So nimmt die Zahl der Kommunen immer weiter ab, zwischen dem Jahre 2000 und 2010 sank diese von 13.850 auf 11.300. Manfred Sohn sieht den Grund in der Unterfinanzierung der Gemeinden darin, dass diese dazu genötigt werden sollen, die Daseinsvorsorge an Privatunternehmen abzugeben. Dies betrifft bisher nahezu alle öffentlichen Bereiche.²¹¹

Karl Marx und Friedrich Engels haben die Pariser Kommune von 1871 als Prototyp der Diktatur des Proletariats angesehen. Im Gegensatz zu späteren sich »Marxisten« nennenden Personen wird von ihnen kein »demokratischer Zentralismus« vertreten, sondern im Gegenteil im Falle des damaligen Frankreich »eine freie Föderation aller französischen Kommunen«, die verbunden wird mit einer heftigen Kritik an die »unterdrückenden Macht der zentralisierten Regierung.«²¹² Auch die Partei DIE LINKE will die Stellung der Kommunen und ihre ökonomische Rolle stärken.²¹³ Oben wurde dargestellt, dass es eines starken öffentlichen Sektors und einer Regionalisierung der Wirtschaft bedarf. Faktisch also starker Kommunen, die im (öko-)sozialistischen Verständnis auch als Unternehmer der Daseinsvorsorge zu greifen sind.²¹⁴

Dass eine entsprechende Stärkung von Kommunen bereits unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen möglich ist, zeigen skandinavischen Länder, insbesondere von Dänemark. So stellt eine Untersuchung der linken Tendenzen unverdächtigen Bertelsmann-Stiftung fest:

1. »Zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben werden auf der kommunalen Ebene getätigt. In keinem anderen Land innerhalb der Europäischen Union oder der OECD wird dieser Wert übertroffen.

211 Sohn, S.13ff.

212 Friedrich Engels, Vorwort zu Karl Marx der Bürgerkrieg in Frankreich, 1891. MEW-Werke Bd. 22, S. 188-199, hier S.197 und 199.

213 Programm Partei DIE LINKE, 2011, S.34f.

214 Vgl. Kap. 4.3. Demokratische Planung durch öffentliches Eigentum.

2. *Die Kommunen, vor allem die Gemeinden, sind das zentrale Portal für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Der dänische Zentralstaat verzichtet weitgehend auf eigene oder nachgeordnete Behörden.*
3. *Die Kommunen beschäftigen rund drei Viertel aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In kaum einem anderen Land – mit Ausnahme anderer skandinavischer Länder – ist eine vergleichbare Beschäftigungsquote auf kommunaler Ebene festzustellen.»*²¹⁵

Die dänischen Kommunen erheben wie auch in Schweden eigene Steuern, insbesondere die Einkommenssteuer. Auch dort wird der größte Teil der öffentlichen Ausgaben durch die Kommunen getätigt. Die Kommunen sind hier erster Ansprechpartner für Bildung, Krankenhäuser, (Ab-)wasser und die Arbeitsvermittlung, also Bereiche, die auch in Deutschland teilweise privatisiert sind.

Würde man in Deutschland den derzeit 13 Prozent-Anteil der Kommunen an den Steuern auf dänische Verhältnisse erhöhen, wäre die Finanzierung der Daseinsvorsorge und entsprechende Investitionen kein Problem mehr.

Der weitaus größte Teil des oben beschriebenen öffentlichen Wirtschaftssektors wäre in der Hand der Kommunen, das heißt, der Städte/ Gemeinden und Landkreise. Sie wären auch Ansprechpartner für die regionale Wirtschaft, die sie durch regionale Sparkassen fördern könnten bzw. deren Produktionskreisläufe sie durch kommunale Recyclingunternehmen kontrollieren würden. Für die überregionale Ebene verblieben im Wesentlichen Koordinationsaufgaben.

Als mögliche Koordinationsgremien für die Städte und Gemeinden auf unterster Ebene hätten die Kreise (bzw. Distrikte) eine entscheidende Funktion. ÖPNV, Krankenhäuser, Recycling, Sparkassen, würden durch kommunale Eigenbetriebe des Kreises kontrolliert, hinzu kämen die Berufsschulen und der Naturschutz. Den Gemeinden würden die Wasser- und Energieversorgung bzw. der (soziale) Wohnungsbau obliegen. Auch im Bereich von Schule und Vorschule läge die Hauptverantwortung bei den Gemeinden, nicht wie bisher beim Land. Die die Praxis von untergeordneten Behörden auf kommunaler Ebene insbesondere im Bereich der öffentlichen Ordnung wäre zu Gunsten von eigenverantwortlichen Behörden, die sich lediglich nach der Gesetzeslage zu richten haben, zu beenden. Für eine Zentralregierung bzw. für Länder wie Deutschland auch die Landesebene würden im Wesentlichen die Bereiche übrig bleiben, die sich nicht auf kommunaler Ebene regeln lassen.

215 Alexander Wegener/ Ute Arbeit, Regionalisierungstendenzen in europäischen Staaten, 2006 (Studie der Bertelsmannstiftung), S.19, abrufbar: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/.../xcms_bst_dms_17075__2.pdf

Eine intakte und einflussreiche kommunale Ebene ist der ideale Bereich für die Bürgerbeteiligung. Dabei soll es nicht darum gehen, die repräsentativen Kommunalparlamente abzuschaffen²¹⁶, sondern darum neben die Verwaltung und Kommunalparlamente, die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger zu stellen, die eben nicht nur ihre Stimme abgibt, sondern sich permanent direkt einmischen kann. Bei Fachausschüssen gibt es die Möglichkeit grundsätzlich sachkundige Bürger hinzu zu ziehen, die sich beispielsweise in Initiativen engagieren.

In der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre gibt es seit über zwanzig Jahren ein Beteiligungshaushalt, an dessen Beratungen sich Zehntausende von Bürgern beteiligen. Im Jahre 2004 wurde über 20 Prozent des Haushalts so beraten, 1989 waren dies lediglich zwei Prozent, wobei auch Vorschläge zu Steuererhöhungen gemacht wurden. Die soziale Situation hat sich während dieser Zeit entscheidend verbessert: Porto Alegre gilt als eine der Städte mit der höchsten Lebensqualität in Lateinamerika. Mittlerweile ist dieses Modell von zahlreichen anderen Städten in Brasilien und anderen Ländern übernommen worden. In Deutschland ist dies beispielsweise der Berliner Bezirk Lichtenberg.²¹⁷

Bürgerbegehren und -entscheide könnten grundsätzlich ein Korrektiv zu Ratsentscheidungen darstellen, die Quoren sind allerdings mit bis zu 25 Prozent viel zu hoch. Die Einschränkungen, die vor allem wichtige Fragen wie Planungen oder den Haushalt betreffen, sind nicht hinnehmbar.²¹⁸ Auch zu ökonomischen Fragen müssen Bürgerentscheide möglich sein. Angemessen wären zehn Prozent für den Bürgerentscheid und 2,5 Prozent für das Begehren. In der Schweiz sind dies für landesweite Volksentscheide lediglich 100.000 Stimmen, also rund 2,5 Prozent. Die Schweiz zeigt in ihrer Praxis, dass direkte Demokratie durchaus funktionieren kann. Angenommen wurde lediglich ein kleinerer Teil der dortigen »Volksinitiativen«.²¹⁹

Die Voraussetzungen für eine funktionierende Bürgerbeteiligung stellen Transparenz und ausreichende Informationen dar. Das Internet und neue digitale Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern dies.

Im keinem Bereich zeigt sich die Gefährdung demokratischer Strukturen durch Konzerne so direkt wie bei den Medien und dem Internet. Privatkonzerne steuern und manipulieren Meinungen und Informationen oder sammeln die Daten

216 Abgesehen von dem oben skizzierten Vorschlägen der Computersozialisten/ Äquivalenzökonomien wird dies auch innerhalb der Linken (nicht) mehr gefordert.

217 Antonio Inacio Andrioli, Der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre/ Brasilien (2004): Ein Beispiel für Deutschland www.espacoacademico.com.br/043/43and_germany.htm, auch: Onlinelexikon Wikipedia »Bürgerhaushalt«.

218 Übersichten finden sich im Onlinelexikon Wikipedia »Bürgerbegehren« bzw. »Bürgerentscheid«.

219 Onlinelexikon Wikipedia »Volksinitiative (Schweiz)«.

ihrer Nutzer. Internet und digitale Netze sind öffentliche Güter, die für eine funktionierende Demokratie und demokratische Planung unerlässlich sind. Sie gehören unter Kontrolle der Allgemeinheit und müssen allen Bürgern zur Verfügung stehen.²²⁰ Eine freie Berufsausübung von Journalisten und anderen im Medienbereich Tätigen, ist am besten in selbstverwalteten Unternehmen möglich.

5.5 Existenzsicherheit statt Konkurrenz

Ökologischer Sozialismus setzt die Abwesenheit von existenziellen Nöten voraus. Ökosozialisten haben hier relativ klare Vorstellung dessen, was noch möglich, aber noch notwendig ist. Als Ziel wird ein menschenwürdiges Leben aller definiert. Dies bedeutet ein Leben ohne Existenzangst und bei vollständiger Befriedigung der Grundbedürfnisse, aber gleichzeitig »eine Abkehr von unserem (westeuropäischen) derzeitigen Konsumstil«.²²¹

Das bedeutet im Einzelnen das Recht auf folgende materielle Grundbedürfnisse²²²:

- eine gesunde und ausreichende Ernährung, allerdings ohne den in den westlichen Staaten üblichen erhöhten Fleischkonsum oder Lebensmitteln aus entfernten Weltregionen,
- den Zugang zu sauberem Wasser,
- ausreichender, warmer und trockener Wohnraum,
- einfache Kleidung
- körperliche Unversehrtheit, verbunden mit ausreichender gesundheitlichen Versorgung und dem Leben in einer nicht gesundheitsgefährdeten Umwelt,
- Energie (Elektrizität)
- Bildung und freie Information

Die Erfüllung dieser Grundbedürfnisse, deren Ausführung sich durchaus regional und kulturell unterscheiden kann, würde als Grundrecht jedem Einzelnen zustehen, unabhängig davon, wo er in der Welt lebt oder was er zu leisten vermag. Die Orientierung auf die persönliche Entfaltung des Einzelnen, der Erfüllung seiner Grundbedürfnisse und sozialen Rechte, verbunden mit einem Leben in Einklang

220 Dies entspricht dem Programm der Partei DIE LINKE, S.36f.

221 Ökologische & sozialistische Erklärung von Kassel 2010, S.5.

222 In Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: »Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.« Das Recht auf Bildung ist in Artikel 26 geregelt.

In der ökosozialistischen Erklärung von Belem werden »Sauberes Wasser und fruchtbarer Boden, wie auch der Zugang zu chemiefreien Lebensmitteln und erneuerbaren, umweltneutralen Energiequellen« als »grundlegende menschliche und natürliche Rechte bezeichnet.

mit der Natur stellt auch eine der Grundlagen des Lebensstiles des Buen Vivir von indigenen Völkern in den Andenländern dar.²²³

In der früheren Bundesrepublik der achtziger Jahre war die gesundheitliche Versorgung ebenso wie die Bildung kostenlos. Mittlerweile ist die technische Entwicklung weit genug gediehen, um dies auch für die Telekommunikation zu ermöglichen.

Da ein aufwändiger Lebensstil für Einzelne nicht mehr möglich wäre, würde dies eine deutliche Angleichung der Einkommen voraussetzen.

Auch der Charakter der Arbeit würde sich verändern. Die Erwerbsarbeit wäre ein Grundrecht, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vorgesehen ist.²²⁴

Würden, wie oben dargestellt, demokratische Verhältnisse am Erwerbsarbeitsplatz herrschen, würde sich deren entfremdeter Charakter relativieren. (Erwerbs-) Arbeit wäre dann nicht mehr der Verkauf von Zeit und Lebenskraft. Unter sozialistischen Vorzeichen lassen sich Erwerbsarbeitszeiten anders als heute regeln. Es ist nicht einzusehen, dass ein Teil der Gesellschaft als Hochleistungsarbeiter agiert, während ein anderer Teil in erzwungener Untätigkeit und materieller Not verharren muss. Eine deutliche Senkung der Erwerbszeit wäre geboten. Dies ermöglicht auch die bessere Verteilung von fürsorgender Reproduktionsarbeit wie beispielsweise der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen, die im Regelfall unbezahlt bisher vorwiegend von Frauen geleistet wird. Zugleich besteht mehr Zeit zum politischen Engagement bzw. für die eigene Entwicklung (beispielsweise Weiterbildung). Dies bedeutet nicht, dass Erwerbsarbeitsplätze beispielsweise im Pflegebereich überflüssig werden, sondern neben dieser von Fachleuten verrichteten Arbeit mehr Platz sein muss für eine liebevolle Fürsorge anvertrauter Menschen.²²⁵

Im ökosozialistischen Manifest von Belem heißt es: *»Essentielle, kreative, nicht-produktive, reproduktive menschliche Aktivitäten wie Haushalt, Kindergroßziehen, Pflege, Kinder- und Erwachsenenbildung und künstlerische Betätigung werden Schlüsselwerte einer ökosozialistischen Ökonomie sein.«*²²⁶

223 Eduardo Gudynas, Buen Vivir, Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, Reihe Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012.

224 Artikel 23.1. der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: 1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

225 Diese Aussagen beziehen sich auf Friega Haugs 4 in Eins-Perspektive, in Kurzform nachzulesen: Friega Haug, Die 4 in einem-perspektive als Leitfaden für Politik, in: Argumente 291/ 2011.

226 Ökosozialistisches Manifest von Belem, S.4.

Eine Aufwertung dieser Tätigkeiten würde auch einhergehen können mit einer Aufwertung von Subsistenz. Subsistenz meint alle (unbezahlten) Tätigkeiten, die sich auf das eigene Wohlergehen richten wie beispielsweise die Hausarbeit, das Kochen, das Bauen des eigenen Hauses oder das Herstellen und Reparieren von selbst genutzten Gebrauchsgegenständen. Während noch bis in die fünfziger Jahre auch in Deutschland eine – überwiegend von Frauen geleistete - Selbstversorgung mit Lebensmitteln auf dem Land üblich war, wurde diese seit den sechziger Jahren durch eine Verbesserung der Bezahlung der Lohnarbeit und durch billige Lebensmittel verdrängt. Sie wurde schlichtweg als nicht mehr notwendig empfunden. Damit ging auch die Fähigkeit zur Selbstversorgung bei den Menschen verloren. Faktisch gesehen wurde so die auf dem Land weitgehend marktfreie Versorgung mit überwiegend ökologisch angebauten Lebensmitteln dem nur noch aus wenigen Akteuren bestehenden Lebensmittelmarkt mit weitaus überwiegend industriell erzeugten Lebensmitteln eingegliedert.

Gerade diese in den Industrieländern verloren gegangene Subsistenz wurde beispielsweise von Maria Mies als Ausstiegsstrategie aus Marktstrukturen vertreten. Dies bedeutet nicht, dass Menschen einzeln für sich wirtschaften sollen, sondern dass Gemeinschaften gebildet werden können und sollen. Da die unbezahlte Subsistenzarbeit vorwiegend von Frauen verrichtet wird, würde eine Aufwertung der Subsistenz- gegenüber der Lohnarbeit auch deren Perspektive stärken.²²⁷

Die Folge wäre eine deutliche Veränderung der Geschlechterverhältnisse. Dort, wo Erwerbsarbeit ein Grundrecht ist, aber Arbeitszeiten Raum für Reproduktionstätigkeiten lassen, wird ein neuer Rahmen geschaffen, damit voneinander unabhängige Menschen in Partnerschaften und Familie besser zu einer gerechten Verteilung von Lasten finden. Auch würden dort, wo durch kürzere Arbeitszeiten und einem starken öffentlichen Beschäftigungssektor Erwerbslosigkeit nicht entsteht, demokratische Verhältnisse am Arbeitsplatz herrschen und zudem Menschen über ein garantiertes Grundrecht auf die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse verfügen, der heutige Leistungsdruck zu Gunsten einer umfassenden Existenzsicherheit wäre verschwunden.

227 Adler/ Schachtschneider, S. 43-62. Hier wird ausführlich die »Subsistenzperspektive« von Maria Mies und anderen Autorinnen wie Veronika Bennholdt-Thommsen und Claudia von Werlhof beschrieben.

Vgl. auch: Maria Mies, Die Subsistenzperspektive, Transkription eines Videos, Köln 2005, in: <http://www.staytuned.at/sig/0031/32952.html#2>

Ein Bekenntnis von Maria Mies zur Lokalisierung und Regionalisierung: Maria Mies, Lokalisieren statt Globalisieren, in: <http://www.staytuned.at/sig/0031/32952.html#2> Der Verfasser ist sich an dieser Stelle bewusst, dass eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Ansatz von Maria Mies und anderen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

5.6 Freie und neue Bildung im Ökologischen Sozialismus

Flexible Arbeitszeiten und Subsistenz bedeuten nicht, dass Familien mit ihren Kindern allein gelassen werden dürfen. Der Bildungssektor in Deutschland ist unterfinanziert. Während Dänemark mit 8,3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt an erster Stelle in Europa liegt, Schweden und Finnland ebenfalls überdurchschnittliche Werte aufweisen, liegt Deutschland mit 4,3 Prozent an drittletzter Stelle und Österreich mit 5,4 Prozent im EU-Durchschnitt allerdings mit sinkender Tendenz.²²⁸ Hier sind dringend Investitionen erforderlich.

So selbstverständlich es sein muss, dass Männer und Frauen gleichermaßen Zeit für ihre Kinder haben sollen, so sollte es auch ein lückenloses System der Kinderbetreuung geben wie es in den skandinavischen Staaten üblich ist. Die Professorin für soziale Arbeit Aila-Leena Matthies stellt für Finnland fest, dass die verstärkte Berufstätigkeit der Frauen den Ausbau des Sozialstaates ermöglicht hat.²²⁹ Neben einer Ermöglichung einer Berufstätigkeit für beide Eltern, insbesondere auch in kinderreichen Familien, zeigt sich, dass die Entwicklung der Kleinkinder am besten in Kindergärten oder Kindertagesstätten gefördert werden kann. Selbstverständlich sollte - anders als im heutigen Deutschland - sondern wie in den meisten europäischen Ländern schon praktiziert, eine gemeinsame pädagogische Ausbildung von Erziehern und Lehrern erfolgen. Der Kindergarten müsste wie in den skandinavischen Ländern als Vorschule verstanden werden.

Einem demokratischen Sozialismus entspricht eine Pädagogik, die auf Selbständigkeit und Solidarität der Schüler setzt, mit einer ursprünglichen Gesamtschule und einer Universität, die selbstbestimmtes und lebenslanges Lernen ermöglicht. Dies sind Grundsätze, wie sie nicht in Deutschland oder Österreich, sondern in den skandinavischen Ländern üblich sind.²³⁰

Dazu gehört auch, dass die durch Kommunen getragenen Schulen sich im Wesentlichen selbst verwalten. Dies lässt sich beispielsweise durch eine Drittelparität Eltern/Schüler, Lehrer und Kommune erreichen.²³¹

Für einen ökologischen Sozialismus stellt sich weiter die Herausforderung, dass ein neues Produktions- und Wirtschaftssystem verinnerlicht werden muss und eine Veränderung überkommener Verhaltens- und Konsummuster notwendig ist.

228 Wolf, 2009, S.202.

229 Aila-Leena Matthies, Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik: ein "leuchtendes" Beispiel? in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 41/2002). www.bpb.de/apuz/26689/finnisches-bildungswesen-und-familienpolitik-ein-leuchtendes-beispiel. Hiernach sind es vor allem Frauen, die im Sozialbereich beschäftigt sind.

230 Zu Dänemark: Dänisches Außenministerium, Dänische Themen, Bildung (2003). Zu Finnland: Matthies, a.a.O. Zu Schweden: www.sweden.se/de/Startseite/Ausbildung/Fakten/Das-schwedische-Schulsystem/

231 In Dänemark und Schweden werden die Schulen kommunal getragen, wobei in Dänemark sogar die Mehrheit des Schulvorstandes Elternvertreter sind. In Finnland ist das Schulsystem eher zentralstaatlich organisiert.

Ein Leben im Einklang mit der Natur und natürlichen Kreisläufen erfordert zudem (neues) Wissen. So würden kostenlose Volkshochschulen notwendig sein, um sich auch als Erwachsener selbstbestimmt neues Wissen für das berufliche Leben, zur Mitwirkung oder einfach aus Interesse anzueignen.

Nach der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 gibt es ein von der UNESCO getragenes Netzwerk »Bildung zur nachhaltigen Entwicklung« das seine Ziele wie folgt definiert: *»Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln. Sie versetzt Menschen in die Lage, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt.«* Mit der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (2005–2014) haben sich die Staaten der Vereinten Nationen verpflichtet, dieses Bildungskonzept zu stärken. In Deutschland wurden so einzelne Projekte gefördert, die Teilaspekte abdecken.²³² Es zeigt sich aber deutlich, dass eine »Bildung zur nachhaltigen Entwicklung« in Deutschland allenfalls Nischenfunktion hat. Die Schwierigkeiten ein solches Konzept überhaupt in den (heutigen) hier üblichen Schulen zu verankern zeigt eine Studie zur Umsetzung einzelner Elemente in Österreich.²³³

In Finnland als Land mit einem fortschrittlichen Schulsystem wird gerade der Versuch unternommen, nachhaltige Entwicklung als Unterrichtsthema in den Schulen zu verankern.²³⁴ Hierzu wurden Kriterien von der durch Lehrgewerkschaften und -verbände getragenen OKKA-Foundation entwickelt, die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit mit kulturellen und sozialen Werten sowie dem Schulalltag verbinden wollen. Sie enthalten Werte wie Toleranz, Demokratie, Gleichheit, Respekt vor Natur und Leben, den Respekt vor anderen Kulturen und Traditionen ebenso wie die Wissensvermittlung zu Ökoeffizienz, Kreislauf eines Produktes, schonender Umgang mit Ressourcen, fair gehandelte Produkte.²³⁵

Die Schulen können kaum besser sein als das jeweilige gesellschaftliche System. Das Schulsystem in Finnland und auch die Anfänge zur Umsetzung einer nachhaltigen Bildung haben jedoch durchaus Leuchtturmfunktion. In einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ohne gegenseitigen Konkurrenzdruck und übersteigerten Leistungsdenken sind jedoch auch weitergehende schulische Modelle denkbar wie

232 www.bne-portal.de (Homepage zur Bildung für nachhaltige Entwicklung für Deutschland).

233 Martin Heinrich, *Bildung für nachhaltige Entwicklung im österreichischen Schulsystem*, Abschießender Projektbericht im Auftrag des (österreichischen) Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, 2005, S.192–197. Die Schüler spüren den Widerspruch zwischen den Zielsetzungen des Projekts und ihrer Schulrealität.

234 http://www.umweltschulen.de/internat/fi_bne.html (2006) und aktueller: Sustainable development criteria and certification system for educational establishments in Finland (2010), Vortrag von Erkkka Laininen auf dem ESG International Forum in Järvenpää/ Finnland.

235 <http://www.koulujaymparisto.fi/sivu.php?id=1820> (Homepage von Okka in Englisch).

zum Beispiel die demokratische Schule, bei der auf Lehrpläne verzichtet wird und Schülern nicht mehr vorgeschrieben wird, was sie lernen sollen.²³⁶

6. Wie kann man das ändern?

In der vorliegenden Arbeit geht es vor allem darum, eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweise vor dem Hintergrund eines durch menschliches Handeln auf einem immer weniger bewohnbaren Planeten aufzuzeigen. Doch wie können erste Schritte zur realen Umsetzung erreicht werden. Wie hängt dies mit aktuellen Kämpfen zusammen? Was können einzelne Akteure tun?

6.1 Wie sollten sich Linke in aktuellen Kämpfen positionieren?

Vor dem Hintergrund der eigenen Schwäche mag es für viele, an sich antikapitalistische und ökologisch denkende Menschen attraktiv sein, den Green New Deal als kleineres Übel gegenüber dem Weiter so zu unterstützen. Immerhin handelt es sich dabei um ein Konzept, das innerhalb der bestehenden Strukturen agiert und sich mittlerweile breiter Unterstützung auch einzelner Kapitalfraktionen erfreuen kann. Insofern ist es verglichen mit weitergehenden Konzepten vergleichsweise leicht durchsetzbar.

Doch wie oben aufgezeigt bedeutet ein Green New Deal letztendlich keine Lösung der existenziellen Probleme. Durch solche Konzepte lässt sich allenfalls mehr Zeit gewinnen. Wenn man Tadzio Müller und Stephan Kaufmann dahingehend folgt, dass sich ein Green New Deal oder vergleichbare Ideen sowieso weltweit durchsetzen könnten, macht es wenig Sinn als »ressourcenarme« schwache Linke diesen Mainstream zu unterstützen.²³⁷ Rainer Rilling (Rosa-Luxemburg-Stiftung) geht ebenfalls von einem »schwarzgrünen Entwicklungspfad« aus und plädiert für einen »grünen Sozialismus«: *»Statt also die Sache Grün den Spezialisten für eine halbierte grüne Frage zu überlassen, muss die Linke einen dreifachen Kampf führen. Es geht erstens um einen gerechten Übergang, die just transition in einen langsam hegemonial werdenden ökokapitalistischen Entwicklungspfad, der die dauerhafte Auseinandersetzung mit der noch lange dominierenden nuklearfossilen Formation einschließt; es geht zweitens um den Kampf um seine ökologische, demokratische, soziale und solidarische Ausgestaltung und es geht drittens zugleich um seine sozialistische Transformation in einen grünen, solidarischen und demokratischen Sozialismus.«*²³⁸

236 Onlinelexikon Wikipedia »Demokratische Schule«. Homepage der Bewegung für Demokratische Schulen:: <http://www.eudec.org>

237 Kaufmann/ Müller, S. 221. Beide Autoren sind Aktivisten der Klimabewegung.

238 Rainer Rilling, Wenn die Hütte brennt..., Forum Wissenschaft 4/ 2011, abrufbar: www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/5415969.html#a1

In der vorliegenden Arbeit wurden jeweils einzelne Kernpunkte zur Ausgestaltung eines ökologischen Sozialismus entwickelt und Alternativen zum Kapitalismus aufgezeigt. Ein Kompromiss ist hier nicht möglich. Ein ökologischer und grüner Sozialismus muss gegen die Kapitalmacht durchgesetzt werden.

Auch wenn, wie in der heutigen Zeit, zumindest in Deutschland Umbrüche oder das Einleiten eines evolutionären Prozesses in Richtung Sozialismus nur schwer möglich erscheinen, so wäre es wie Kaufmann/ Müller vertreten, bei einem Erstarren der Linken und »aller sozialen und ökologischen Kräfte« möglich immerhin den Herrschenden Kompromisse abzutrotzen.²³⁹Weitergehende Positionen, auf die in Deutschland Bezug genommen werden kann, zeigen sich in Lateinamerika, wo viele Menschen, insbesondere Indigene einen ressourcenschonenden Lebensstil pflegen und sich deren Kämpfe gegen Konzerne oder Großgrundbesitzer richten, die wie oben beschrieben, deren Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung oder Landraub vernichten.

Aber worum handelt es sich bei den aktuellen Kämpfen, was will die Kapitalmacht, was sind aber dagegen Voraussetzungen für einen Ökologischen Sozialismus?

Die Kapitalmacht will	Dagegen steht
die Privatisierung bislang öffentlicher Bereiche oder von Kollektiveigentum, damit verbunden eine Schwächung von Kommunen und des öffentlichen Bereichs generell.	die Vergesellschaftung der wesentlichen Wirtschaftsbereiche und eine Dezentralisierung mit einer Stärkung der Kommunen.
die Vermarktung bisher marktfreier Bereiche und der möglichst umfassenden Eingliederung aller Bereiche und Territorien in den Weltmarkt.	eine Regionalisierung der Wirtschaft, der Schutz schwacher Ökonomien und die Ausdehnung marktfreier Bereiche und des Gemeineigentums.
eine Senkung der Realerwerbseinkommen und Erhöhung von Erwerbsarbeitszeiten, damit verbunden eine Verstärkung von sozialer Ungleichheit und der Existenzangst von Menschen.	eine weitgehende Angleichung der Einkommen, die Garantie einer Erfüllung der Grundbedürfnisse und eine gerechte Zeitverteilung für die Reproduktion.

239 Kaufmann/ Müller, S. 230.

die Stärkung des auf Individualisierung ausgerichteten, Wachstum und Konsum orientierten Lebens- und Entwicklungsmodells bei gleichzeitiger Vernichtung alternativer oder traditioneller Lebensstile beispielsweise der indigenen Völker.	die Stärkung des Buen Vivir oder auch die Entwicklung eines neuen nachhaltigen Lebens- und Konsumstiles in den Industrieländern.
nur dann einen ökologischen Umbau, wenn dieser nicht Marktinteressen widerspricht.	die Durchführung eines ökologischen Umbaus, der in jeden Fall erfolgen muss.

Doch womit sollte begonnen werden?

6.2 Der Kampf um das (öffentliche) Eigentum

Entscheidend für Veränderungen sind die Eigentumsfrage und ein neuen Lebensstil, verbunden mit der Verteilungsfrage. Privatwirtschaftliche Macht wird von den Vertretern des Green New Deal nicht hinterfragt. Sie steht aber der Realisierung einer ökologischen Wirtschaft im Wege. Die Ballung von wirtschaftlicher Macht muss thematisiert und Wirtschaftskonzerne direkt angegriffen werden. Dazu gehört auch, dem von Großkonzernen beherrschten Weltmarkt so viele Bereiche seiner Vermarktung wie möglich zu entziehen.

Um eine ökologisch-soziale Wende zu erreichen, bedarf es eines starken öffentlichen Sektors. Dies gilt insbesondere für die Kommunen, die wie oben dargestellt, in Deutschland davon bedroht sind, kaputt gespart zu werden. Die Wiedergewinnung der öffentlichen Verantwortung für die Daseinsvorsorge ist insofern die wichtigste Aufgabe für sozialistisch denkende Kommunalpolitiker. Manfred Sohn schreibt dazu: »Insofern geht es darum, vor allem in der Vergesellschaftungsfrage die Kommune in den Mittelpunkt dieses entscheidenden strategischen Elements zu stellen.«²⁴⁰ Dabei ist wenig damit gewonnen, wenn die Stadt, die Gemeinde oder der Kreis Eigentümer von privatwirtschaftlich organisierten Betrieben werden. Es geht vielmehr um die Schaffung von kommunalen Eigenbetrieben, deren Betriebsführung öffentlich diskutiert werden kann. Ähnliches sollte für die noch zumindest teilweise öffentlichen Bereiche Gesundheit, öffentlicher (Fern)Verkehr und Medien gelten. Die Wiederherstellung von öffentlichen Sektoren wie sie noch vor rund dreißig Jahren bestanden haben, gilt als nicht unbedingt revolutionär. Am schwierigsten und zugleich am wichtigsten ist aber die Durchsetzung einer öffentlichen Kontrolle von Banken. Vor allem in Lateinamerika sind zahlreiche

²⁴⁰ Sohn, S.176.

Vergesellschaftungen unter demokratisch gewählten progressiven Regierungen durchgeführt worden, die durch die Volksbewegungen in den jeweiligen Ländern ermöglicht worden sind. Aber sind dies Schritte in Richtung eines sozialökologischen Umbaus oder gar hin zu einem ökologischen Sozialismus

6.3 Buen Vivir en America Latina – Erste Ansätze?

Das ökosozialistische Manifest von Belem benennt als den »am meisten unterdrückte Teil der menschlichen Gesellschaft die Armen und indigenen Völker«, die »ökologisch nachhaltige Traditionen revitalisieren« und dabei helfen sollen, »die Konturen der in der Entstehung begriffenen ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Gesellschaft zu bestimmen«.²⁴¹

Vor allem in Bolivien und Ecuador ist die indigene Bevölkerungsmehrheit wesentlicher Träger der Volksbewegungen, die dort seit 2005 bzw. 2006 die Wahl von antikapitalistischen Regierungen ermöglicht haben. In anderen lateinamerikanischen Ländern spielen sie wichtige Rollen bei der Landlosenbewegung oder anderen sozialen Bewegungen. Weltweit gesehen hat also die im ökosozialistischen Manifest beschriebene erste Phase des teilweise schon erfolgreichen Widerstandes der am meisten Unterdrückten bereits begonnen.

Das Buen Vivir als Konzept von indigenen Völkern für ein erfülltes und materiell gesichertes Leben im Einklang mit der Natur ist in den neuen Verfassungen von Ecuador 2008 und Bolivien 2009 verankert. In Ecuador beinhaltet dies soziale Grundrechte und den Umgang mit natürlichen Ressourcen. In Bolivien ist das Buen Vivir ein Grundwert, an dem sich der Staat grundsätzlich und zwar auch in seiner Wirtschaftspolitik auszurichten hat.²⁴²

Dies spiegelt den Einfluss der Indigenen und ihrer dem kapitalistischen Entwicklungsmodell entgegen gesetzten Traditionen wieder. Neben diesen beiden Ländern verfügt auch bereits seit 1998 Venezuela über eine demokratisch legitimierte anti-kapitalistische Regierung, wobei dort Indigene aufgrund ihres geringen Bevölkerungsanteils keine vergleichbare Rolle spielen.

Folgendes haben die drei Länder gemeinsam:

- Die Regierungen sind demokratisch legitimiert, es handelt sich bisher uneingeschränkt um parlamentarisch-demokratische Staaten.
- Wesentliche Bereiche, insbesondere die Rohstoffindustrie, hier insbesondere Erdöl ist verstaatlicht, wobei dies für Ecuador nur eingeschränkt gilt.
- Staatliche Einnahmen aus den verstaatlichten Industrien, insbesondere der

241 Ökosozialistische Erklärung, S.5.

242 Eduardo Gudynas, Buen Vivir, Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, Reihe Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012, S. 8f.

Rohstoffförderung werden verwendet, um soziale Einrichtungen zu aufzubauen und zu fördern bzw. einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Dies gelingt natürlich im erdölreichen Venezuela am Besten.

- Kommunen wurden gestärkt und Dezentralisierungsmaßnahmen durchgeführt. In der indigenen Tradition spielen kommunitäre Strukturen eine wichtige Rolle, so sieht sich Bolivien als kommunitärer Staat.
- Die drei Staaten sind weiterhin in kapitalistische Weltmarktstrukturen eingebunden, wenn auch mit der Bolivarischen Allianz für Amerika (ALBA) versucht wird, sich vom Weltmarkt unabhängiger zu machen. Der ALBA gehören außerdem Kuba, Nicaragua und drei kleine karibische Inselstaaten an.
- In Venezuela und Bolivien gibt es eine militante, durchaus auch mal putschbereite Opposition, die die Einheit der Länder gefährdet.

Erste Reformschritte in Richtung Sozialismus sind in den drei Staaten sichtbar. Wesentlich dabei sind die Stärkung des öffentlichen Eigentums, die Stärkung der Kommunen und eine Verankerung des Buen Vivir in der Verfassung. Demzufolge hat Bolivien wiederholt die Vereinbarungen der Klimakonferenz als völlig unzureichend kritisiert und diese 2010 als einziges Land nicht angenommen.²⁴³

Als sozialistisch kann man sie allerdings noch nicht bezeichnen. So ist vor allem ein Wandel der Wirtschaftsweise nicht erkennbar. Weiterhin werden Rohstoffe abgebaut auch mit den bekannten Folgen für die Umwelt. Insofern gibt es dort auch eine linke und ökologische Opposition, auch von Indigenen. Proteste der Indigenen oder auch anderer Teile der Zivilgesellschaft richten sich gegen Umweltfolgen bei der Erdölförderung oder dem Abbau von anderen Rohstoffen.²⁴⁴ Der Ökosozialist Saral Sarkar sieht hier lediglich die gerechte Verteilung des Öl- und Gasreichtums der Länder.²⁴⁵ Aus europäischer Sicht muss man natürlich in Rechnung stellen, dass die Lateinamerikaner nur einen geringen Anteil an den Ursachen einer möglichen Klimakatastrophe haben. Auch würden für die oben skizzierte ökologische Kreislaufwirtschaft die technischen Voraussetzungen fehlen.

Anders als beim europäisch-nordasiatischen Sozialismusversuch des 20. Jahrhunderts scheint aber in Südamerika sicherlich auch vor dessen Hintergrund nicht die Meinung vorzuherrschen, dass sich mit einer Regierungsübernahme von Linken alles ändern muss. Man hat schließlich 500 Jahre Kolonialismus und Neokolonialismus hinter sich. Die Transformation ist eben in diesem Verständnis ein langfris-

243 www.hintergrund.de/201012131286/politik/welt/klimakonferenz-in-cancun-bolivien-als-logischer-suedenbock.html (Nachrichtenmagazin Hintergrund) und Onlinelexikon Wikipedia »UN-Klimakonferenz in Cancun«.

244 Joachim Wahl/ Helma Chrenko, Lateinamerikas Linke in der Diskussion – Strategische Überlegungen und transformatorische Ansätze, 2011, Zu Venezuela: S.11-18, Bolivien: S. 19-23, Ecuador: S. 23-26. Hier wird auch ausführlich die linke Diskussion um diese Länder wiedergegeben.

245 Saral Sarkar, Die Krisen des Kapitalismus, 2009, S.338.

tiger Prozess.²⁴⁶ Es bleibt also abzuwarten, wie die Entwicklung weitergehen wird, allerdings scheint ohne eine Veränderung in den Industrieländern nicht wirklich etwas in Gang kommen zu können, das man als Ökologischen Sozialismus bezeichnen kann.

6.4 Zur Rolle der Gewerkschaften und den Verteilungskampf

Das ökosozialistische Manifest von Belem sieht den »*Kampf ... für soziale Gerechtigkeit (als)... untrennbar verbunden mit dem Kampf für Umweltgerechtigkeit (an). Der Kapitalismus, sozial wie ökologisch ausbeuterisch und umweltverschmutzend, ist der Feind der Natur und der arbeitenden Menschen.*« Insofern soll die »*revolutionäre Transformation der sozialen und politischen Strukturen*« durch die Mehrheit der Bevölkerung, »*ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, Landlose und Arbeitslose*« getragen werden.²⁴⁷

Die hier angesprochene in der Landwirtschaft bzw. Subsistenzwirtschaft tätige Bevölkerung spielt in Europa anders als in Lateinamerika zahlenmäßig nur noch eine untergeordnete Rolle und stellt somit keine vergleichbare gesellschaftliche Macht dar. Gleichwohl haben sie es in der Hand den derzeitigen Flächenanteil von nur knapp sechs Prozent der biologischen Landwirtschaft zu erhöhen.

Eine besondere Funktion kommt in Deutschland den Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung zu. Diese müssten allerdings ihre gegenwärtige Praxis stark verändern:

1. Der Verteilungskampf müsste intensiviert werden. Hier würde es vor allem um eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Angleichung der Einkommen gehen. Eine prozentuale Erhöhung von hohem Einkommen wäre im ökosozialistischen Sinne kontraproduktiv. Leider beschränkt sich gewerkschaftliche Verteilungspolitik zu sehr auf Forderungen nach prozentualen Lohnerhöhungen. Eine Arbeitszeitverkürzung wird gegenwärtig kaum gefordert.²⁴⁸
2. Bisher so gut wie gar nicht erfolgt ist ein Kampf zur Übernahme von Betrieben.
3. Für einen sozialökologischen Umbau sind die Begleitung des Konversionsprozesses bei Produktion und Energiepolitik und eine Orientierung auf einen gerechten Übergang durch die Gewerkschaften unverzichtbar. Immerhin ist der DGB laut einer Positionsbeschreibung zumindest beim Green New Deal angekommen und damit bereit sich dem notwendigen Umbau zu stellen: »*Landwirtschaftliche und industrielle Produktion müssen sich an ökologischen Not-*

246 Wahl/ Chrenko, S.8.

247 Ökosozialistische Erklärung, S.5.

248 Innerhalb der Gewerkschaft VerDi existieren Forderungen, die Verkürzung der Arbeitszeit wieder auf die Agenda zu setzen. Position der VerDi-Jugend: http://jugend.verdi.de/news/arbeitszeitverkuerzung_jetzt

wendigkeiten orientieren. Unser Ziel ist eine weitgehende Kreislaufwirtschaft und eine Produktgestaltung, die sich auf Dematerialisierung, Langlebigkeit, Erneuerbarkeit und ressourcenschonende Herstellung stützt..»²⁴⁹ An anderer Stelle wird aber immer noch der alte Wachstumsgedanke vertreten. Von den Schwierigkeiten, Gewerkschaften und Beschäftigte für einen sozialökologischen Umbau zu gewinnen, zeugt eine Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Konversion der Autoindustrie im Jahre 2010.²⁵⁰

Nach wie vor existiert ein deutlicher Graben zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Umwelt- und Nord/ Süd-Bewegung andererseits.²⁵¹

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland rund ein Sechstel der Bevölkerung ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze hat²⁵², wird man einen ökologischen Umbau nur erreichen können, wenn die Menschen keine Angst vor dem sozialen Absturz haben müssen. Dazu sind die Gewerkschaften unerlässlich. Ohne sie wird es keine Mehrheiten für eine linke politische Veränderung geben. Hier können wiederum Lateinamerika oder die südeuropäischen Länder Hoffnung geben.

Der Verteilungskampf ist aber nicht nur Sache der Gewerkschaften. Ein Existenzsicherndes Grundeinkommen, einen Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzungen sowie ein neues Steuersystem zur stärkeren Belastung Wohlhabender werden ja bereits heute von Linken gefordert. Damit verbunden ist auch die Demokratisierung in Betrieben, also ein stärkeres Partizipationsrecht der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften.²⁵³ Dies sind wichtige erste Schritte in die richtige Richtung. Eine wirkliche Umverteilung von Einkommen und Zeit ist allerdings wie oben beschrieben innerhalb der heutigen Strukturen kaum möglich, sie setzt einen starken öffentlichen Sektor voraus.

Eine öffentliche Diskussion um eine Begrenzung von überhöhten Einkommen, unabhängig, ob sie selbst »erarbeitet« oder ererbt worden sind und die ökologischen Folgen des luxuriösen Lebensstiles ist notwendig. Forderungen nach einer Begrenzung von Managergehältern, der berüchtigten Boni oder einer höheren Erbschaftssteuer sind berechtigt, sie bewegen sich aber nur auf der Spitze eines Eisberges.

249 Homepage des DGB-Bundesvorstandes: www.dgb.de/uber-uns/unsere-zukunft/gestaltung-der-oekonomie, Kap. 2. Ökologisch wachsen und umsteuern.

250 Stephan Krull, Auto und Mobilität, Transformationsdebatte in der Krise, auf auto-mobil-krise.blog.rosalux.de/?p=1098#more-1098

251 <http://postwachstum.net/2011/01/08/no-cuts-no-growth-gewerkschaften-und-wachstumskritik/>Die Homepage ist ein Projekt von attac.

252 <http://www.cecuc.de/armutsgrenze.html> (Portal für Finanzen und Versicherungen).

253 So im Parteiprogramm von DIE LINKE, S. 26-28 zur guten Arbeit, S.31/32 zur Steuerpolitik und sozialen Sicherheit.

Die Entwicklung eines neuen Lebensstiles kann letztendlich nur von unten wachsen. Sie bedeutet eine grundlegende Veränderung der Lebensgewohnheiten. So betrifft der überhöhte Fleischkonsum in Deutschland nahezu alle Einkommensgruppen.

6.5 Neuer Lebensstil von unten

Die wesentlichen Impulse für Veränderungen in Deutschland gehen von den sozialen Bewegungen aus. Elmar Altvater sieht die Antwort auf den Neoliberalismus in der solidarischen Ökonomie als Ökonomie, die sich nicht am Markt, sondern an menschlichen Werten und am solidarischen Gemeinschaftsprinzip orientiert. Die OECD schätzt die hier weltweit Tätigen auf rund 3,6 Prozent. In Deutschland sind immerhin 12,5 Prozent der Beschäftigten im Non-Profit-Bereich tätig. Damit gehört es mit dem Spitzenreiter Niederlande (14,7 Prozent), Dänemark und Irland (12,5 Prozent) zur Spitzengruppe in Europa, Österreich (7 Prozent) rangiert hingegen im Mittelfeld.²⁵⁴

Gerade für den sozialökologischen Umbau in seinen unterschiedlichen Bereichen spielen hierzulande engagierte Bürgerinnen und Bürger eine sehr wichtige Rolle. Ein erfolgreiches Beispiel der solidarischen Ökonomie sind die Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Ursprünglich 1994 gegründet, um das lokale Stromnetz in Schönau/ Baden-Württemberg und die Energieversorgung regenerativ zu betreiben, und den Energiemonopolisten Kraftübertragungswerke Rheinfelden zu entreißen, beliefert die EWS im April 2012 bundesweit 130.000 Kunden mit regenerativen Strom und 7.000 mit Gas.²⁵⁵ Auch zahlreiche Windräder oder Solarprojekte sind von engagierten Bürgerinnen und Bürgern initiiert worden.

Das Ökozentrum Verden ist ein Zentrum für ökologisches Bauen mit verschiedenen solidarischen Betrieben, Bildungsarbeit und auch wichtigen Einrichtungen wie dem Bundesverband Unabhängiger Handwerker, der Bewegungsstiftung oder Bewegungsakademie.²⁵⁶

Für den Bereich ökologische Landwirtschaft ist das Ökodorf 7 Linden in der Altmark zu nennen, das sich als »sozial und ökologisch ausgerichtete Siedlung für bis zu 300 Menschen« versteht, wo Menschen im Einklang mit der Natur leben möchten und u. a. ökologischer Gartenbau betrieben, auch nach den oben beschriebenen Kriterien der Permakultur.²⁵⁷

254 Altvater, S.203ff.

255 Onlinelexikon Wikipedia »Elektrizitätswerke Schönau«, Homepage: www.ews-schoenau.de

256 www.oekozentrum.org (Homepage des Ökozentrums).

257 www.siebenlinden.de/htmlcontent2000.html

Selbst einzelne Banken wie die »Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken« (GLS-Bank) arbeiten nach solidarökonomischen Bedingungen, in dem sie die Kriterien der Kreditvergabe danach ausrichtet, ob Projekte ökologischen oder sozialen Kriterien genügen. Die Bochumer Genossenschaftsbank hat über 400 Mitarbeiter und über 22.000 Mitglieder. Sie vergibt bei einer Gesamteinlage von rund zwei Mrd., Kredite von etwa einer Mrd. Euro.²⁵⁸

Darüber hinaus sind Unternehmen der solidarischen Ökonomie im fairen Handel, bei der Lebensmittelvermarktung, im Bildungsbereich oder im Bereich Wohnen aktiv.²⁵⁹

In Südamerika haben sich ursprünglich abhängig beschäftigte Menschen oder Landarbeiter sich auch als Antwort auf repressive Regime genossenschaftlich organisiert. Dies betraf häufig von den Regierungen unterdrückte Land- oder Fabrikbesetzungen. In dem im Jahre 2002 von einer Staatspleite betroffenen Argentinien wurden zahlreiche Betriebe von ihren Belegschaften übernommen und selbstverwaltet weitergeführt. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Brasilien in den achtziger und neunziger Jahren. In Brasilien und Venezuela, wo sie besonders stark sind, werden sie staatlich gefördert.²⁶⁰

Sven Giegold und Dagmar Embshoff sehen bei den Akteuren sowohl, den Wunsch nach einer Ergänzung des Kapitalismus, als auch nach seiner Überwindung. Problematisch ist die Einbindung in die kapitalistischen Strukturen durchaus, so füllt hiernach die solidarische Ökonomie in Deutschland vor allem Nischen, die die kapitalistische Ökonomie lässt.²⁶¹

Hinzu kommt ein zunehmendes Unverständnis öffentlicher Verwaltungen für die Belange und Interessen sozialer Träger und Einrichtungen²⁶² und die völlige Streichung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Erwerbslose seit den 1.4.2012,²⁶³ die in den achtziger Jahren über 100.000 und 1996 in Westdeutschland rund 70.000 und in Ostdeutschland mehr als 200.000 Stellen ausgemacht haben.²⁶⁴ War es früher selbstverständlich, dass es eben gesellschaftlich notwendige, nicht durch

258 Onlinelexikon Wikipedia »GLS Gemeinschaftsbank« und Homepage der Bank: www.gls.de

259 Sven Giegold/ Dagmar Embshoff, Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus (Vortrag), abrufbar über www.solidarische-oekonomie.de unter Literatur. Hier finden sich noch weitere Texte zum Thema.Folie 11.

260 Onlinelexikon Wikipedia »Solidarische Ökonomie«.

261 Vgl. Vortrag von Giegold/ Embshoff. Giegold ist bei Attac aktiv und Europaabgeordneter der Grünen. Embshoff im Vorstand der Bewegungsakademie.

262 Zu beobachten sind ständige Kürzungen von Landeszuschüssen in Niedersachsen und beispielsweise beim Landkreis Göttingen, wo Kontrollmechanismen verstärkt und Aufträge für gemeinnützige Träger entzogen werden.

263 Die seit 1969 ABM und die ähnlichen Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante wurden zum 1.4.2012 mit der Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 gestrichen.

264 Onlinelexikon Wikipedia »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«.

den Markt finanzierbare Arbeit gibt, die öffentlich gefördert werden muss, so gilt dies in der heutigen Zeit nicht mehr.

Ähnlich wie in Brasilien und Venezuela müsste also der Staat hierzulande genossenschaftliche Firmengründungen erleichtern und die solidarische Ökonomie unterstützen. In der EU gibt es zwar umfassende Förderprogramme, von denen auch die Solidarische Ökonomie profitieren kann, jedoch bedroht die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf nationaler, europäischer und durch die WTO oder OECD auch die solidarische Ökonomie.²⁶⁵

Der Kampf für einen starken öffentlichen Sektor und öffentlich geförderter Beschäftigung oder auch für die Übernahme von bisher kapitalistischen Betrieben ist also zugleich ein Kampf für bessere Rahmenbedingungen der Solidarischen Ökonomie und des sozialökologischen Umbaus.

Wie der Blick in die Geschichte zeigt, waren es soziale Bewegungen, die Veränderungen angestoßen haben. Dies gilt für Lateinamerika ebenso wie auch die von ihren Ergebnissen kritisch zu betrachtenden Umstürze in Osteuropa am Ende der achtziger Jahre oder im letzten Jahr den arabischen Ländern. In der alten Bundesrepublik sind die Studierendenbewegung der sechziger und die Umwelt- und Alternativbewegung der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ursächlich für die Demokratisierung und das Erkennen der existenziellen Probleme.

Mit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 hatte sich eine weltweite Bewegung gebildet, die zumindest in Teilen auch erstmals wieder grundsätzlich den Kapitalismus in Frage stellte. Auch erzwang im Jahre 2011 in Deutschland eine wieder erstarkende Anti-Atombewegung die Abschaltung der Hälfte aller Atomkraftwerke und einen Komplettausstieg in den nächsten zehn Jahren. Und vor allem: Im südlichen Europa lassen sich Menschen die dortigen Sparprogramme auch nicht mehr gefallen.

7. Zusammenfassung

Die drohende Klimakatastrophe und zerstörte oder aufgebrauchte Lebensgrundlagen zeigen, dass es eines dringenden sozialökologischen Umbaus hin zu einer Kreislaufwirtschaft bedarf. Langfristig werden (im Wesentlichen) nur noch sich erneuernde Stoffe und Ressourcen zur Verfügung stehen können. Bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine solche Kreislaufwirtschaft grundsätzlich möglich, erste Schritte zu einem Umbau lassen sich durchaus auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen anschieben.

265 Judith Dehlheim, Solidarische Ökonomie – Ein Thema für sozialistische Politik. (RLS-Standpunkte 28/2008).

Das heutige kapitalistische, nach Marktgesetzen strukturierte Wirtschaftssystem kann aber ohne wirtschaftliches Wachstum und die Aussicht auf Gewinn nicht existieren und würde so den Rahmen knapper Ressourcen sprengen. Auch passen Markterfordernisse und solche des sozialökologischen Umbaus nicht unbedingt zusammen oder widersprechen sich. Eine deutliche Mehrheit der Weltbevölkerung, darunter auch eine Minderheit in den Industrieländern, lebt zudem unter einem menschenwürdigen Niveau, während sich eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit und der Umwelt einen individualistischen luxuriösen Lebensstil leistet. Der Green New Deal greift somit zu kurz.

Notwendig ist ein Ökologischer Sozialismus mit einer an sozialen und ökologischen Kriterien orientierten Planung, die zumindest die ökonomischen Grundbereiche umfassen muss, um wirkungsvoll sein zu können. Dazu bedarf es einer öffentlichen Kontrolle der Daseinsvorsorge, der Banken und anderer strukturell ökonomisch wichtiger Bereiche. Diese Planung soll dezentral erfolgen, deren wesentlicher Träger wären die Kommunen und selbstverwaltete Unternehmen und Einrichtungen. Ziel ist eine Weiterentwicklung der heutigen parlamentarischen Demokratie zu einer umfassenden demokratischen Mitbestimmung in allen Bereichen, auch in der Ökonomie. Zu den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten kämen soziale Rechte, die allen Menschen weltweit zustehen würden.

Um dies zu erreichen, muss vor allem der Kampf um die Ausdehnung des öffentlichen Sektors und die Umverteilung von Produktionsmitteln, Einkommen und Zeit sowie die Art der Produktion offensiv geführt werden. Der Beginn dieses Kampfes für einen neuen Sozialismus zeigt sich in Lateinamerika angestoßen durch Indigene und die Landbevölkerung, wo wesentliche Bereiche der Ökonomie unter öffentliche Kontrolle genommen worden sind. In Europa ist es für eine Evolution der Gesellschaft erforderlich, Gewerkschaften und die arbeitende Bevölkerung zu gewinnen. Davon sind wir aber weit entfernt. Ansätze für etwas Neues zeigen sich aber in der solidarischen Ökonomie und bei den neuen sozialen Bewegungen.